



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 116. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 10. November 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- R. U., BND (Beweisbeschluss Z-39)	4, 100
- T. P., BND (Ausschussdrucksache 545)	82

* Hinweis:

Die Zeugen R. U. und T. P. haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Fischer, Sebastian D. Haun, Fabian Schrot, Jacob Schneider, Bastian Wehrl, Wolfgang, Dr.
SPD	Heyer, Christian Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Harald, Dr. Hanke, Christian Diego Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Busold, Christian Leopold, Nils



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Metscher, Andreas
Auswärtiges Amt	Müller-Berner, Kai Stephen
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Brandt, Karsten, Dr. Fremke, Eva Hofmann, Christian Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Bruske, Petra Unterlöhner, Ulrike, Dr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.34 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses; es ist die 116. Sitzung dieses Untersuchungsausschusses in der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Ich freue mich, dass doch einige wieder auf der Tribüne sitzen und über diesen Untersuchungsausschuss berichten. Die Vertreter der Presse darf ich ganz herzlich begrüßen, die Öffentlichkeit insgesamt. Und auch unser Zeuge Herr R. U. ist schon da. Auch Sie seien vorab schon mal begrüßt. Ich komme gleich noch einmal zu Ihnen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die die Anwesenden, wenn ich das richtig erkenne, alle schon einmal erlebt haben.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ich bitte, dies also zu berücksichtigen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- R. U., BND
(Beweisbeschluss Z-39)
- H. H., BND
(Beweisbeschluss Z-130)
- T. P.
(Beweisbeschluss Z-138)
- S. B.
(Beweisbeschluss Z-139)
- B. R.
(Beweisbeschluss Z-133)

Wenn es denn dazu kommt. - Der Beweisbeschluss Z-39 stammt vom 11.09.2014, der Beweisbeschluss Z-130 vom 22.09.2016, die Beweisbeschlüsse Z-138 und Z-139 stammen vom 20.10.2016, und der Beweisbeschluss Z-133 stammt vom 22.09.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugen R. U., H. H., T. P., gegebenenfalls Zeugin S. B. und in eingestufte Sitzung Zeuge B. R. Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen, dann nicht-öffentlich. Ausschließlich der Zeuge B. R. ist von allen Fraktionen nur für die nichtöffentliche Sitzung geladen worden, und deswegen wird er nur nichtöffentlich vernommen.

Vernehmung des Zeugen R. U.

Nochmals darf ich unseren Zeugen Herrn R. U. begrüßen. Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr R. U., Sie haben den Erhalt der Ladung am 31. Oktober 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Herr U., Sie wurden ja bereits am 25. September 2014, also sehr früh, und am 2. Mai 2015 von diesem Ausschuss vernommen. Wir haben eben kurz darüber gesprochen. Ich gehe also davon aus, dass Ihnen die Belehrung noch erinnerlich ist. Trotzdem würde ich Sie noch auf einige Punkte hinweisen, die Sie entweder kennen oder wiedererkennen werden, und auch belehren.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Die Tonbandaufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann auch wieder gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt, so wie bei den letzten Malen, und Sie haben dann 14 Tage Zeit und die Möglichkeit, etwaige Korrekturen oder Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen und uns dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann wieder zurückzuschicken. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat das beim letzten Mal geklappt?

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Es gibt ja nicht viele Zeugen, die ich danach fragen kann, ob das auch klappt. Aber wenn das klappt, dann bin ich schon mal beruhigt, dass wir ordentlich arbeiten.

Ich stelle fest, dass Sie von einem Zeugenbeistand begleitet sind. - Frau Rechtsanwältin Dr. Schork, wir kennen Sie zwar; aber wenn Sie sich noch einmal vorstellen möchten.

RAn Dr. Stefanie Schork: Dr. Schork, Rechtsanwältin aus Berlin. - Hallo!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. Seien Sie auch ganz herzlich begrüßt. - Herr R. U., Sie wissen, dass ich Sie vor Ihrer Anhörung zu belehren habe; das mache ich nun. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geord-

neten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen entsprechenden Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Vernehmung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen und Ihnen dann die Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen noch ganz kurz den Ablauf, den Sie wahrscheinlich noch erinnern, darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung würde ich Ihnen - - haben Sie zuerst die Gelegenheit - das wollen wir nicht unterschlagen -, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand aus Ihrer Sicht die Dinge einmal darzustellen, ohne unterbrochen zu werden durch Fragen von den Mitgliedern dieses Untersuchungsausschusses. Danach habe ich kurz die Gelegenheit, Sie zu befragen, danach die Mitglieder dieses Ausschusses, und dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen untereinander. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Gut. - Dann darf ich Sie kurz bitten, sich noch einmal mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. Sie wissen, dass in Ihrem Fall die Angabe der Initialen sowie die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können, genügen. Herr R. U., bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Mein Name ist R. U. Meine Dienststelle ist mittlerweile Pullach, Heilmannstraße, BND. Alter ist 47 Jahre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann möchte ich Sie jetzt zu Anfang fragen: Möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum gesamten Beweisgegenstand vorzutragen?

Zeuge R. U.: Nein. Kein Eingangsstatement.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Dann würden wir zur Befragung kommen. Und ich würde aus Effizienzgründen Folgendes vorschlagen: dass ich direkt der Fraktion der CDU/CSU das Wort gebe für die erste Fragerunde, dann aber mit Fragen aus diesem Kontingent beginne und ein, zwei Fragen stelle. Das geht dann etwas flinker. - Dann beginnt die Fraktion der CDU/CSU, und ich würde gerne mit einigen Fragen noch mal beginnen. - Welche Kenntnis haben Sie zur Thematik der BND-eigenen Selektoren?

Zeuge R. U.: Zur Thematik der BND-eigenen Selektoren? Also, bis auf Selektorebene - das hatte ich ja bei meiner ersten Vernehmung - - auch schon mehrfach darauf hingewiesen - habe ich selten oder eigentlich nie mich bewegt. Und weder die BND-Selektoren noch damals die - da ging es ja um die NSA-Selektoren - - Insofern: Zu einzelnen Selektoren - weder von dem Großteil der Selektoren aus der Zentrale noch den eigenen, die wir in Bad Aibling hatten - bin ich wenig auskunftsfähig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und zu was sind Sie auskunftsfähig?

Zeuge R. U.: Na ja, ich weiß die - - Ich nehme mal an, dass Sie mich in meiner Funktion als Dienststellenleiter von Bad Aibling befragen. Ich bin ja jetzt schon ein Jahr weg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine jetzt zur Thematik Selektoren, also jetzt nicht allgemein, was so ein Dienststellenleiter macht, wie der Tagesablauf ist, dass es ein hartes Leben ist, viel zu tun und so was; das möchte ich jetzt gar

nicht hören. Ist auch total schön, aber da fehlt uns ein bisschen die Zeit für. Was Sie über Selektoren wissen - - Wenn Sie nicht über einzelne Selektoren was wissen - - sondern: Was wissen Sie überhaupt über Selektoren? Und am liebsten wären mir die BND-eigenen Selektoren.

Zeuge R. U.: Ja, ich weiß natürlich, wie das grundsätzlich mit den BND-eigenen Selektoren funktioniert, dass ein Großteil der Selektoren in der Zentrale eben verwaltet und gesteuert wird. Diese Selektoren werden an alle Außenstellen gegeben. Und jede Außenstelle hat daneben noch - - Ich sage jetzt mal so - - oder für jede kann ich nicht sprechen. Für Bad Aibling war es zumindest so: Aufgrund der Strecken, die aufgeschaltet waren, hatten unsere Nachrichtensachbearbeiter eben noch - wie haben sich die Listen genannt? -, ich sage jetzt mal, eigene Selektoren, wo sie versucht haben, aus schon gegebenen noch weitere zu generieren; aber das war da die Minderheit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mal so ein bisschen noch einmal, damit wir präziser werden: Wir sprechen manchmal von Listen. Kann man da die genaueren Begriffe benutzen? Es gibt doch gar keine Listen. Oder gehen Sie mit Papier rum und tippen das dann irgendwo ein? Also, Sie reden doch von Datenbanken, richtig? Oder haben Sie eine Liste in der Jackentasche?

Zeuge R. U.: Nein, eine Liste hat wahrscheinlich keiner in der Handtasche. Das wären - - Früher waren es, glaube ich, Excel-Files, und jetzt ist es halt im Rahmen dieser Gesamtdatenbank, die aus der Zentrale gehegt und gepflegt wird. Und da hat halt jede Außenstelle auch die Möglichkeit, eben neue Selektoren sozusagen einzustellen, um zu sehen, ob das Terrorbezug oder was auch immer hat. Und wenn ja, dann werden die Selektoren eben von der Zentrale noch mal geprüft und übernommen und dann auch allen Außenstellen zur Verfügung gestellt. Also, Liste in dem Sinne nein, sondern halt neue Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Ich meine, wenn wir darüber reden, dass wir jetzt genau reden - - Und wenn wir jetzt mal diese Prozedur des Einstellens der Selektoren in Bad Aibling Schritt für Schritt durchgehen - da geht es mir auch darum, wie die geflaggt werden, wenn man



Nur zur dienstlichen Verwendung

es mal so nennen darf -: Wie funktioniert denn das, soweit Sie es sagen können in öffentlicher Sitzung?

Zeuge R. U.: Wie die im Detail geflaggt werden, weiß ich nicht. Aber wenn ein Nachrichtensachbearbeiter in Bad Aibling - - Er hat ja in der Regel ein definiertes Aufgabengebiet, vielleicht aufgrund seiner Sprachfähigkeiten. Und wenn der eben Meldungen erzeugt aus schon vorhandenen Selektoren, schaut der natürlich, ob er nicht auch neue Selektoren finden kann, weil vielleicht ein Terrorist mit einem anderen telefoniert hat, und überprüft das dann. Wenn es dann Relevanz hat für die Zukunft, dann wird dieser Selektor - - Also, irgendwie wird er ihn dann garantiert markieren - ich weiß aber nicht genau, wie -, sodass der dann übernommen wird von der Zentrale, und dann eben allen zur Verfügung stellen. Ob der da jetzt ein Häkchen macht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die Zentrale entscheidet, ob er dann aktiv gesteuert wird. Oder entscheidet man das in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Die Zentrale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also man findet bei der Meldungserstellung, bei der Auswertung zum Beispiel eine weitere Handynummer. Der Mann scheint Gefährdeter zu sein, vielleicht Terrorverdacht etc. Dann sagt man: Hier haben wir eine neue Handynummer. - Das sieht die Zentrale, weil man es irgendwie in dem System kenntlich macht, und die Zentrale entscheidet dann, ob aktiv oder nicht.

Zeuge R. U.: Ja, in der Regel wird die Zentrale den dann aktiv schalten; aber ich gehe davon aus, dass die Zentrale noch weitere Prüfschritte dann macht, G 10 zum Beispiel und so was.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: G 10 - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage!)

- Ja, aber du bist ja gar nicht dran.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß, aber ich halte das - - Ich frage mich, ob das, was der Zeuge berichtet, im Untersuchungszeitraum liegt, also ob er den heutigen Zustand beschreibt oder den Zeitraum, den wir untersuchen!)

- Ja, das ist berechtigt. - Ich bin jetzt vom Untersuchungszeitraum ausgegangen. Oder was berichten Sie?

Zeuge R. U.: Ja, na ja - - Der Untersuchungs- - Es sind dann drei Zeiten letztlich. Der Untersuchungszeitraum geht ja, soweit ich weiß, bis zum Juni 2016 jetzt mittlerweile. Also, ich kann berichten bis zum Oktober 2015, weil ich danach nicht mehr in Bad Aibling war. Und in meiner Zeit, in der ich in Bad Aibling war, gab es eben zwei verschiedene Systeme. Ich nenne das einmal - - Vor dieser elektronischen Datenbank, die es auch jetzt gibt, da war ich - - Das war, glaube ich, 2014, als die eingeführt wurde. Davor wurde eben mit Excel-Listen gearbeitet, danach eben mit dieser Datenbank. Und die ist jetzt, meinem Kenntnisstand zufolge, immer noch aktiv. Aber, wie gesagt, seit einem guten Jahr weiß ich es eben nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich interessiert nur der Untersuchungszeitraum, und da waren Sie ja da.

Zeuge R. U.: Genau. Ja, nicht komplett, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Klar. Okay. - Nach Ihrer Erkenntnis - - Wenn so ein Vorgang stattfand, wer ist denn dann alles beteiligt gewesen? Der Sachbearbeiter, der die Meldung erstellte, der den weiteren Selektor fand. Wer noch? Oder hat der das selber quasi nur in der Datenbank vermerkt? Und dann war es ein Sachbearbeiter in der Zentrale, der sagt: „Ja“, oder - - Mir geht es darum: Hat man dann auch den Referatsleiter unterrichtet? Hat der auch den Gruppenleiter unterrichtet? Wie läuft so was? Oder ist das ein rein technischer Vorgang? Ein Häkchen dran. In Pullach macht man dann auch ein Häkchen dran. Und das war es schon. Oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie - - So Richtung Meldungskette will ich wissen, nicht?

Zeuge R. U.: Also ich - - Zu hundert Prozent weiß ich es nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass, da es ja doch relativ viele Selektoren auch immer wieder sind, maximal der Nachrichtensachbearbeiter vielleicht mit seinem Gruppenleiter noch darüber gesprochen hat, aber wahrscheinlich auch nur, wenn er sich selber unsicher war, ob das jetzt wirklich zum Beispiel Terrorbezug hat oder nicht. Also, ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich nur wegen der Begrifflichkeiten: Der „Gruppenleiter“ in Ihrer Definition, ist das der unter dem Abteilungsleiter? Oder ist das der unter dem Referatsleiter? Also, „Gruppe“ ist - - Was ist „Gruppe“ in Ihrem Verständnis?

Zeuge R. U.: In Bad Aibling gibt es einen Dienststellenleiter; das ist der Leiter der Dienststelle. Darunter gibt es fünf Sachgebiete; das sind die Sachgebietsleiter. Und in manchen Sachgebieten, zum Beispiel in der Nachrichtengewinnung und Nachrichtensachbearbeitung, gibt es eben noch Gruppen - eine Nachrichtengewinnungsgruppe, eine Nachrichtensachbearbeitungsgruppe -; das sind dann eben einige Menschen. Und die werden dann eben von einem Gruppenleiter geleitet, der keine disziplinarische Gewalt hat, aber eine fachliche Dienstaufsicht sozusagen macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und in der Zentrale war das da ähnlich, im Sinne von flachen Hierarchien? Oder nicht „flachen Hierarchien“, aber dass es nicht in der Hierarchie besonders weitergegangen ist. Würden Sie das sagen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal: Was?

Zeuge R. U.: Nein, kann ich Ihnen leider nicht sagen. Ich weiß es nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, können Sie nicht sagen. Okay.

Zeuge R. U.: Ich weiß es schlichtweg nicht, wie - - Das ist ja eine Nachbarunterabteilung: T2. - Also, ich weiß auch, dass die natürlich in Referaten und Sachgebieten organisiert sind. Und es gibt zum Teil dort auch Gruppenleiter, aber ich weiß nicht, ob überall und wie da die Verfahrensweisen genau sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Zu der Zeit nach Excel-Listen wurden die BND-eigenen Selektoren in einer anderen Datenbank gepflegt als nicht-BND-eigene Selektoren, oder war das eine Datenbank nur mit unterschiedlicher Kenntlichmachung?

Zeuge R. U.: Die Frage habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, ich kann zum Beispiel ein Excel-Dokument haben, wo ich eine Tabelle habe: „BND-eigene“. Und dann fängt unten die zweite Excel-Tabelle an: „Fremde“. Und dann speichere ich das als eine Excel-Datei. Oder ich habe zwei Dateien: Die eine nenne ich „BND-eigen“, die andere nenne ich „Sonstiges“. Und die speichere ich in zwei Dateien ab. Also, waren es zwei Dateien? Oder war es eine Datei mit individueller Kenntlichmachung? Oder war es vielleicht eine dritte Variante - die habe ich jetzt gar nicht in Betracht gezogen -: Waren die alle in einem Topf, in einer Datei?

Zeuge R. U.: Also, nach meinem Kenntnisstand war es - - Ob das eine Datei oder letztlich dann eine Datenbank war - - Aber es muss ja, ich sage jetzt mal, aus einem Guss dann sein und gleichzeitig müssen natürlich die Selektoren auch markiert sein, dass man hinterher, wenn eine Erfassung stattgefunden hat, auch sieht: Das ist jetzt ein BND-eigener Selektor, der getroffen hat, oder es ist eben - im Aiblinger Fall - ein Selektor der Amerikaner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie das jetzt? Oder vermuten Sie das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Nein, natür- - Ich weiß, dass die markiert sind. Man muss ja hinterher das dann auch, ich sage mal, verteilen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie sind die markiert? Also, was ist das für eine Markierung? Wie stelle ich mir das vor? Ist das ein Häkchen, oder ist das - -

Zeuge R. U.: Ja. Ich weiß - - Ich müsste - - War das eine Datenbank? Ja, es war, glaube ich, schon so eine Datenbankanwendung, wo man wahrscheinlich mehrere Häkchen machen konnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar. Aber auf jeden Fall die Datensätze, der Content, der Inhalt, das ist alles in einer Datei, und dieses Dateimanagementsystem, Datenmanagementsystem erkennt dann aufgrund der Markierung: Das ist ein BND-eigener Selektor, und das ist ein fremder Selektor.

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese Einstufung als fremder Selektor: Kann man da noch differenziert erkennen, wer der Fremde war, der einem den Selektor gegeben hat? Also: Waren das Amerikaner? Waren das Briten? Waren das Kanadier? Waren das Australier? Oder waren das andere?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Oder Russen!)

- Nein, nein. Es blieb ja noch Neuseeland übrig.

Zeuge R. U.: Muss ich für Bad Aibling jetzt ein bisschen unterscheiden. Also, ich sprach jetzt - was ich gerade gesagt habe - von den NSA-Selektoren, die eben in Bad Aibling in die Erfassungssysteme eingestellt waren. Das, was Sie ansprechen, sind nach meinem Verständnis Selektoren von internationalen Partnern, und die werden alle in der Zentrale gepflegt. Also, wie die Zentrale da irgendwelche Häkchen macht und sagt, das ist jetzt von den Briten oder von den Holländern oder wem auch immer, weiß ich nicht.

(Christian Flisek (SPD):
Vielleicht können Sie uns einen systematischen Überblick geben! An einer Zeitachse!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, noch mal. Das kommt - - Was der Kollege Flisek gerade - - Ich wüsste jetzt noch einmal - - Dass Sie uns mal - ähnlich wie der Kollege Flisek gerade auch erwähnt hat - erklären, wie es technisch funktioniert. Sie sagen jetzt - - Die sind in Pullach gepflegt, also in der Zentrale. Also, ich habe jetzt das Bild, dass wir einen Topf mit einer großen Datei der Selektoren haben; das ist die Datei. Die wird genutzt durch verschiedene Standorte. Diese Datei wird zentral gepflegt in Pullach. Da wird auch gesagt: aktiv oder nicht aktiv. - Eingestellt werden die gefundenen Selektoren aus verschiedenen Standorten. Und wenn Sie dann von der Zentrale aktiv gestellt werden, können die Standorte sie auch in der Erfassung nutzen. Wir reden also von einer Datei und einem System, was diese Daten dieser Datei sichtbar und benutzbar macht. Und in dieser einen Datei stecken alle Selektoren drin, und die werden nur unterschiedlich kenntlich gemacht, ob es BND-eigene sind oder von Dritten dazu erworbene.

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das so? Kann man das so beschreiben?

Zeuge R. U.: So denke ich es mir. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Denken Sie sich es? Oder wissen Sie es?

Zeuge R. U.: Na ja, es ist - - Es gibt aktuell - ich glaube, ich weiß nicht, ob der Name schon gefallen ist, aber der ist vielleicht auch geheim - dieses eine Datenbanksystem des Bundesnachrichtendienstes, das auch eine Dateianordnung hat und das in der Zentrale und in den Außenstellen im Einsatz ist. Und wenn die Zentrale jetzt, hier Unterabteilung T2, verantwortlich ist, alle Selektoren von - - also sowohl die BND-eigenen Selektoren als auch die von anderen Diensten, einzustellen, dann müssen die das natürlich irgend-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie kenntlich machen, weil ich kann ja nicht einen Selektor, den ich jetzt von der Nation A bekomme, wenn der trifft, der Nation B dann zurückgeben. Aber wie das in diesem Datenbanksystem die Zentrale genau macht, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir dieses „Zurückgeben“ gerade mal erklären? Also, der Selektor der Nation A trifft. Und warum geben Sie es dann nicht Nation B zurück? Die kann doch auch Terrorangst haben.

Zeuge R. U.: Vielleicht passiert das auch, aber das weiß ich nicht. Das ist ja alles im Geltungsbereich T2. Das passiert ja alles in der Zentrale, nicht in Außenstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Wir sind ja nur diejenigen, die sozusagen diese Selektoren von anderen Nationen durch die Zentrale bekommen. Dann werden die in die Erfassungssysteme eingespielt, und dann treffen die oder treffen auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge R. U.: Und dann wird so ein Ergebnis eben wieder an die Zentrale zurück übermittelt. Und was die Zentrale damit macht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also das Weitergeben an Dritte geht ausschließlich über die Zentrale.

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Weitergeben an den Partner, der geliefert hat, geht das noch über Sie oder auch über die Zentrale? Also Nation A jetzt in unserem Beispiel.

Zeuge R. U.: Immer über die Zentrale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und bezüglich des zur Verfügung stehenden Staates, der den Selektor gibt, da ist aber klar: An den geht die Info, der Treffer. Und ob es an Nation B geht, ist dann eine Individualentscheidung, oder wie ist das?

Zeuge R. U.: Das macht die Unterabteilung T2.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge R. U.: Es tut mir leid. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie wissen es nicht. Also im Endeffekt - -

Zeuge R. U.: Ich könnte da jetzt mutmaßen, aber das bringt nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein.

Zeuge R. U.: Ich weiß es einfach nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz sagen: Ich verstehe nicht, über welchen Zeitraum der Zeuge spricht, wenn er sagt: „Es geht immer über die Zentrale“, ob das im Untersuchungszeitraum liegt oder außerhalb.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal: Ich gehe immer davon aus, dass er im Untersuchungszeitraum antwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich habe Zw- -

(Christian Flisek (SPD): Das ist der Status quo heute!)

Das ging immer über die Zentrale; das ist Ihre Aussage.

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei jedem Selektor.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Okay. - Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur den Zeugen darauf aufmerksam machen: Er sagt jetzt, er



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß es nicht. Aber das wären auch eingestufte Sachverhalte. Also, wenn es um die tatsächliche Weitergabe von Informationen dann geht, das wäre eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn ich es richtig sehe: Die Antwort: „Ich weiß es nicht“, ist nicht eingestuft. Weil, wenn er was nicht weiß, darf er gerne sagen, er weiß es nicht; er soll ja nicht mutmaßen. Wenn er mutmaßen möchte, würde ich sagen, das soll er nicht, weil Mutmaßen hilft uns nichts. Und wenn er was weiß, dann kann er sagen: Ist eingestuft; da kann ich was in der eingestuften Sitzung zu sagen.

Okay. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, sind Sie in Bad Aibling mit der Erfassung betraut gewesen von Selektoren, die Sie aus der Zentrale bekommen haben, wo Sie vielleicht auch noch sehen konnten: „Sind sie BND-eigene oder sind sie von Dritten zugelieferte?“; aber wenn Sie dann die Treffer und Trefferergebnisse zurück an die Zentrale geliefert haben, wissen Sie nicht, was damit weiter passiert ist.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie denn auch Treffer und Trefferergebnisse Dritten zur Verfügung gestellt? Jetzt sage ich mal, es geht im Kern jetzt mal um die NSA.

Zeuge R. U.: Ja klar. Ich habe ja vorher genau differenziert. Die NSA war in Bad Aibling der Sonderfall. Da wurden ja die Selektoren überprüft in der Unterabteilung T2 und dann in die Erfassungssysteme eingestellt und danach - aber das hatten wir in den anderen Sitzungen schon - durch alle diese Filterstufen usw. noch mal G-10-gefiltert und dann an die NSA weitergegeben. Die ganzen anderen Selektoren von allen anderen Nationen gingen ausschließlich über die Zentrale in die Erfassungssysteme - das muss natürlich eine Außenstelle machen, einen Selektor einstellen in ein Erfassungssystem - und gingen dann wieder zurück an die Zentrale. Und wie das da dann weiterverteilt wurde, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die von der NSA in Bad Aibling im Rahmen der Kooperation zur Verfügung gestellten Selektoren: Wurden die auch noch mal in der Zentrale quasi geprüft?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also das erfolgte nur vor Ort.

Zeuge R. U.: Genau. Deswegen gab es ja die Selektorenprüfung, dass jeder Selektor, den die NSA übergeben hat - seit 2005 oder wann das begann; weit vor meiner Zeit -, an sich überprüft wurde, ob er denn gegen G 10 oder was auch immer verstößt. Und wenn das nicht der Fall war - diese Überprüfung fand auch in der Zentrale statt -, dann durfte der eingestellt werden. Und wenn es dann einen Treffer gab, dann wurde der Treffer sozusagen noch mal geprüft mit den automatischen Filterstufen, die auch wiederum von der Zentrale gepflegt wurden auf G 10. Und dann, wenn das alles sozusagen negativ war, wurde der an die NSA weitergegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da eigentlich mal Ihres Wissens so eine Art Doppelung? Ich meine, ich könnte mir ja vorstellen, dass die NSA dem BND einen Selektor liefert auf klassischem Wege, dass gleichzeitig die Mitarbeiter der NSA in Bad Aibling diesen gleichen Selektor auch haben, sprich: dass er einmal beim BND über die Zentrale aufläuft - ich stelle mir jetzt so eine Handynummer eines Terroristen vor -, gleichzeitig die Mitarbeiter der NSA in Bad Aibling aber auch sagen: „Der ist uns wichtig“, dass man dann sagt: Den haben wir ja schon; der ist ja schon über die Zentrale aktiv geschaltet worden. - Gab es da so Doppelungen?

Zeuge R. U.: Ist mir nicht bekannt. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es überhaupt mal irgendwas Auffälliges?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil mich wundert so ein bisschen - - Wir reden ja jetzt nicht über drei, vier, fünf Selektoren; es ist schon ein bisschen mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn man da wirklich intensive Prüfungen macht, die ja wahrscheinlich deswegen angestellt werden, weil das ja doch ein etwas sensibler Bereich ist - - Sonst hätte man ja sagen können: Ist völlig unproblematisch; das machen wir; beschäftigen wir uns mit anderen Dingen, genug zu tun. - Sondern wir haben also, rein mal theoretisch gesprochen, eine große Masse von irgendwas, wir haben eine sensible Prüfung, und irgendwie passiert nie was Auffälliges. Das ist - in der Mathematik würde man wahrscheinlich sagen - sehr ungewöhnlich bei diesen Faktoren. Nie eine Dopplung von Selektoren, wo man sagt: Haben wir schon längst im System. - Nie Selektoren, wo man sagt: „Die gehen ja gar nicht“, oder: „Die entsprechen nicht dem Auftragsprofil des BND“.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn Sie ihn überhaupt lesen konnten!)

Also nie irgendwas - - Alles perfekt.

Zeuge R. U.: Nachdem wir in Bad Aibling für die Prüfung dieser Selektoren nicht zuständig waren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, für die - - in der Kooperation mit der NSA ja doch.

Zeuge R. U.: Gen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge R. U.: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Auch nicht.

Zeuge R. U.: Die Selektoren - - Wenn die NSA - - Also, ich spreche über Bad Aibling. Ich weiß nicht, ob die NSA auch noch über die Zentrale Selektoren austauscht; das weiß die Unterabteilung T2.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war jetzt mein fiktiver Fall gerade.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht. Ich kann nur über Bad Aibling sprechen. Und da ist es so - das hatte ich aber auch - - in der ersten Vernehmung haben wir da schon viel drüber gesprochen -: Dann kommen diese Selektoren. Die holt Bad Aibling von einem NSA-Server ab und gibt diese Selektoren, bevor sie in die Erfassung gehen, an die Zentrale zur Selektorenprüfung. Da wird nicht schon ein Treffer oder so was überprüft, sondern der Selektor an sich wird in der Zentrale überprüft. Und wenn die Zentrale dann sagt: „Der NSA-Selektor ist in Ordnung; mit dem darf erfasst werden“, dann kommt der wieder zurück nach Bad Aibling und wird in Bad Aibling in die Erfassung genommen. Da hat Bad Aibling nichts zu prüfen, und wir sind - wie soll man sagen? - der physikalische Selektorübermittler in die Zentrale und wieder zurück.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da sind solche Selektoren, wie wir sie mal im *Spiegel* lesen konnten, mit de-Endung zum Beispiel, nie aufgefallen.

Zeuge R. U.: In meiner Zeit nicht, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, so was wie die Feuerwehr Ingolstadt wäre dann aufgefallen nach Ihrer Meinung, wenn die drin gewesen wäre: feuerwehr-ingolstadt.de.

Zeuge R. U.: Ich bin mir ziemlich sicher, dass das in Bad Aibling nicht aufgefallen wäre; denn die Strecken, auf denen wir erfasst haben, waren nicht in - wie haben Sie gesagt? - Ingolstadt, sondern die waren in Afghanistan. Sprich: Wir werden sehr wahrscheinlich, wenn da so ein Selektor drin war, dazu nie eine Erfassung haben.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie kommt der da rein?)

Also, die Wahrscheinlichkeit geht gegen null. Und wie soll es dann in Bad Aibling auffallen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, das System - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Weil der Selektor an sich ist ja in der Zentrale überprüft worden und nicht in Bad Aibling.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, sprich: Die Zentrale hätte dann erkennen müssen: Da ist ja ein Selektor mit einer de-Endung. - Bei einer G-10-Prüfung wäre es aufgefallen. Der hätte rausgenommen werden müssen; wie man auch immer das dann macht, ob man es den Amerikanern sagt oder nicht. Und bei Ihnen, da Sie ja nur übernehmen, hätten Sie es nicht mehr gemerkt, weil das nie aus der großen Masse der Selektoren zu einem Treffer geführt hätte, wo Sie gesagt hätten: Oh, was gibt das denn für einen Treffer? So was dürfen wir doch eigentlich gar nicht haben. - Also, Sie hätten den drin gehabt, und der hätte nie irgendein Produkt hervorgerufen.

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Lasse ich es erst mal damit bewenden und lasse die Kollegin Warken noch Fragen stellen. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Zeuge, wir untersuchen ja hier die kritischen BND-eigenen Selektoren, und das Parlamentarische Kontrollgremium hat das ja auch schon getan. Die hatten eine Task Force eingesetzt, die auch eine öffentliche Bewertung gemacht hat, die vom 7. Juli 2015 ist. Und darin heißt es, wie folgt:

Im Oktober 2013 wurde innerhalb der Abteilung TA eine mündliche Weisung erlassen, dass Botschaften und Regierungseinrichtungen von EU/NATO-Staaten zu deaktivieren sind.

Und der damalige Unterabteilungsleiter T2 - das ist der Zeuge D. B. - hat uns bestätigt, diese Weisung Ende Oktober fernmündlich direkt vom Präsidenten des BND erhalten zu haben. Und bei diesem Telefonat war auch Ihr damaliger UAL T1, der Herr W. K., anwesend. Jetzt würde mich interessieren, wie und von wem Sie denn von dem Vorgang erfahren haben. Wie kam die Weisung bei Ihnen an? Weil es ging ja darum, eben alles, was da kritisch war, mit Bezug auf EU-/

NATO-Staaten rauszunehmen. Wie haben Sie davon erfahren?

Zeuge R. U.: Kann ich mich überhaupt nicht mehr erinnern. Wir hatten zu der Zeit - das begann im Juni 2013 bis eigentlich fast zu meinem Weggang - Weisungen und Anfragen im Stundentakt. Ich weiß nicht, wie viele Hundert Weisungen ich ausgeführt habe; aber wir haben so eine Weisung - - Also, deswegen weiß ich auch nicht mehr, ob die jetzt per Mail kam, ob die vielleicht im Rahmen einer Referatsleiterbesprechung in der Zentrale weitergegeben wurde. Wenn sie kam - in welcher Form auch immer -, dann haben wir sie natürlich umgesetzt.

Nina Warken (CDU/CSU): Na, das ist jetzt für mich schon ein bisschen überraschend, nachdem das, so wie ich es verstanden habe, ja schon was war, was sehr umfassend war. Also, da ging es jetzt nicht drum: „Wir machen das nicht mehr“, oder: „Wir machen jenes jetzt so“, sondern da ging es drum: „Alles rausnehmen, was diesen Bezug hat“, pauschal, ohne es zu überprüfen, ohne zu gucken, ob es vielleicht berechtigt ist oder nicht, sondern pauschal: Nehmt das jetzt raus! - So was merkt man sich doch, oder? So was ist doch wahrscheinlich was anderes als eine übliche Weisung, wie sie jeden Tag dann vielleicht kam, wenn Sie das so sagen.

Zeuge R. U.: Ja. Ich sage ja nur: Ich weiß den Zeitpunkt nicht mehr genau und wie es übermittelt wurde. Aber es gab dann natürlich mal ein Papier, das wir hatten. Auch da weiß ich nicht mehr, ob es jetzt im Entwurfsstadium von Herrn B. schon an uns übermittelt wurde oder im - ich nenne es jetzt mal - Endstadium, wo dann eben diese Punkte drinstanden, die Regierungsstellen aus der Erfassung zu nehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt erzählen Sie von einem Papier von D. B. - -

Zeuge R. U.: Entschuldigung. Ich weiß nicht, ob es von D. B. war. Ich weiß, wir hatten irgendwann dann mal ein Papier, wo das drinstand.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, D. B. hat uns nämlich auch berichtet, dass er selbst ja auch, sage ich mal, da geprüft hat und eine, sage ich mal,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorlage, einen Vermerk erstellt hat, wie man mit solchen Sachen umgeht, der aber nie zum Einsatz kam, weil dann eben zuvorkommend diese Weisung des Präsidenten kam - mündlich -, alles rauszunehmen, sodass das, was D. B. da sich an Überlegungen gemacht hat, irgendwie überholt war. Also den Sachverhalt kennen wir so.

Meine Frage war jetzt konkret noch mal dahin gehend, ob dieses Telefonat, das es dann gab an W. K., der ja Ihr UAL war - - ob Sie sich daran erinnern, dann irgendwie auch telefonisch unterrichtet worden zu sein, bzw. wann Sie konkret von dieser pauschalen Weisung, alles rauszunehmen, Kenntnis genommen haben bzw. wie das dann umgesetzt wurde. Können Sie da mehr dazu sagen?

Zeuge R. U.: Nein, kann ich nicht, weil ich mich wirklich nicht mehr dran erinnern kann, wann und in welcher Form das genau passierte. Noch mal: In der Zeit hatten wir unsere Dienstage bis 20 Uhr abends und jedes Wochenende. Da ist so viel auf uns eingepresselt, was wir zu melden hatten, was wir umzusetzen hatten. Ich kann mich nicht an jeden einzelnen Vorgang erinnern, wann und wie, in welcher Form der jetzt genau - in dem Fall - nach Bad Aibling kam. Ich weiß es nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das wäre ja schon - - So eine Weisung, wie ich sie beschrieben habe, wäre jetzt schon was, sage ich mal, Größeres oder was, wo Sie sagen: Oh, da müssen wir jetzt aber gucken, wie wir das hinkriegen. - Oder ist das was ganz Alltägliches wie die anderen Weisungen, von denen Sie jetzt auch berichtet haben, wenn da gesagt wird: „Mal alles rausnehmen“?

Zeuge R. U.: Nein, alltäglich war es wahrscheinlich dann nicht. Aber ich sage ja auch nicht, dass wir diese Weisung nicht ausgeführt haben. Natürlich haben wir die ausgeführt. Ich kann mich bloß nicht mehr genau erinnern, in welcher Form die nach Bad Aibling übermittelt wurde und wann das genau war. Ich weiß es nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie haben dann tatsächlich die Selektoren mit Bezug „Botschaften, Regierungseinrichtungen von EU-/NATO-Staaten“ deaktiviert.

Zeuge R. U.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurde das, ich weiß nicht, schrittweise - - Oder kann man das sofort machen?

Zeuge R. U.: Das weiß ich auch nicht, wie es im Detail funktioniert. Noch mal: Zu der Zeit - - So was gibt man an einer Dienststelle natürlich weiter in den entsprechenden Bereich. Der Sachgebietsleiter - der wird das auch nicht im Detail wissen - gibt das an seine Gruppenleiter und seine Nachrichtenbearbeiter weiter, dass das zu tun ist, und die erledigen das dann.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das würde bei Ihnen aufschlagen, und dann würden Sie es nach unten geben.

Zeuge R. U.: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und dann fragen Sie noch mal nach: „Habt Ihr das jetzt gemacht?“, oder wie läuft das?

Zeuge R. U.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. Okay. - Das heißt, Sie können jetzt auch gar nicht genau sagen, ob es umgesetzt wurde.

Zeuge R. U.: Also, ich habe in den knapp sechs Jahren, wo ich in Bad Aibling war, nicht ein Mal - und wir hatten ja in der Vor-Snowden-Zeit auch schon viele Weisungen, die umzusetzen waren - ein Indiz, dass irgendwas, was wir in der Runde der Sachgebietsleiter miteinander besprochen hätten und aus der Zentrale als Anweisung kam, nicht umgesetzt wurde.

Nina Warken (CDU/CSU): Kommt so was üblicherweise mündlich oder schriftlich?

Zeuge R. U.: Völlig unterschiedlich. Sie kriegen Weisungen telefonisch; Sie kriegen Weisungen per E-Mail; Sie kriegen Weisungen im Rahmen



Nur zur dienstlichen Verwendung

regelmäßiger Besprechungen in der Zentrale, wo die Dienststellenleiter und Referatsleiter beim UAL teilnehmen. Das ist völlig unterschiedlich, auch die zeitlichen Horizonte, die Aufgabengebiete. Dann gibt es eine Weisung, dass der Dienstreiseetat zu Ende ist und man nur noch nötige Dienstreisen in diesem Jahr macht. Also, die Bandbreite ist sehr, sehr groß, und auch die Form, wie solche Weisungen erteilt werden, ist groß.

Nina Warken (CDU/CSU): Na gut, jetzt ist ja wahrscheinlich eine Weisung betreffend EU-/NATO-Staaten ein bisschen heikler als das mit der Dienstreise, aber okay. - Wie ist das dann? Kriegen Sie die Weisungen so, dass Sie dann direkt sagen: „Ich gebe das an meine Mitarbeiter weiter; die setzen das um“? Müssen Sie da selbst noch mal, sage ich mal, in der Zentrale nachfragen? Oder geben Sie Ihren Mitarbeitern dann Handreichungen, Anweisungen mit, dass Sie sagen: „Wir haben jetzt die Weisung. Bitte setzt das so und so um“? Oder wie läuft das?

Zeuge R. U.: Also, bei uns in Bad Aibling war es so, dass wir uns auch mindestens zweimal in der Woche morgens im Arbeitszimmer zusammengesetzt haben, die Sachgebietsleiter und ich. Und immer wenn Weisungen kamen - welcher Art auch immer, so wahrscheinlich dann die auch -, wenn sie nicht so zeitkritisch waren, dass man sie sofort erledigen musste, dann hat man die eben an die entsprechenden Sachgebietsleiter weitergegeben. Da waren alle mit dabei, und die haben sie in ihren Sachgebieten dann umzusetzen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt war das ja, sage ich mal, schon was, was jetzt recht weitgreifend war. Hat man da sich vielleicht einen Gedanken drüber gemacht? Sie sagen jetzt, Sie erinnern sich nicht. Aber wenn es doch da heißt: „Nehmt mal alles raus, was diesen Bezug hat“, gibt es dann da nicht eine Diskussion drüber, dass dann Ihre Mitarbeiter gesagt haben: „Aber wieso? Da und da, das brauchen wir doch. Ist das wirklich so gemeint?“? Da erinnern Sie jetzt gar nichts, dass man da drüber gesprochen hat, sich vielleicht Gedanken drüber gemacht hat.

Zeuge R. U.: Doch, natürlich hat man sich Gedanken darüber gemacht. Und die einzelnen Mitarbeiter haben das natürlich auch diskutiert auf den Fluren. Das ändert ja aber nichts an der Tatsache, dass es eine Weisung ist. Und die ist umzusetzen, ob das jetzt dem einzelnen Mitarbeiter - - also, ob er sich da jetzt viel oder wenig Gedanken macht. Ja, es hat natürlich jeder Herzblut mit dabei. Das sind alles gute Leute. Aber es ist eine Weisung, und kein Mitarbeiter hätte was davon, wenn er dieser Weisung nicht Folge leisten würde. Also wird die umgesetzt - Punkt -, so wie alle anderen Weisungen auch.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Die Linke. Und Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Nachfrage zu einer Frage des Vorsitzenden. Sie sagten, man könne in der Datenbank die eigenen von den AND-Selektoren unterscheiden. Seit wann ist das so?

Zeuge R. U.: Sprechen wir jetzt von - - Entschuldigung. Ich darf keine Frage stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, Sie können natürlich nachfragen, wie die Frage zu verstehen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich glaube, die Frage war ganz einfach gestellt.

Zeuge R. U.: Ich muss jetzt unterscheiden in Bad Aibling zwischen NSA-Selektoren und den Selektoren, die von anderen Diensten aus der Zentrale kommen. Wie das aus der Zentrale gemarkt wird, weiß ich nicht. Bei den NSA-Selektoren ist es eben ein bisschen ein anderes Verfahren. Da war ja natürlich Bad Aibling mit der Datenbank verantwortlich, dass die Treffer - -

Martina Renner (DIE LINKE): In der Datenbank in Bad Aibling - - Seit wann konnten Sie dort die NSA- von den BND-Selektoren unterscheiden?

Zeuge R. U.: Während meiner Zeit immer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Immer. Und wie? Dadurch, dass sie unterschiedlich geflaggt waren.

Zeuge R. U.: Ganz genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war durchgehend so?

Zeuge R. U.: Während meiner Zeit ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in den Excel-Listen war es auch immer so?

Zeuge R. U.: Die Excel-Listen, von denen ich gesprochen habe: Das waren jetzt wieder die BND-Selektoren inklusive der anderen ND-Selektoren aus der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und da war es auch immer so.

Zeuge R. U.: Da hatten - - Wir kriegen eine Liste - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch ganz einfach.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht, weil das T2 macht. Auch die Excel-Listen hat ja aus der Zentrale die Unterabteilung T2 an uns weitergegeben. Das waren ja sozusagen deren Selektoren, von denen wir ja wenig bis keine Kenntnis - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben sie doch gesehen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben sie doch gesehen. Seit wann konnte man dort sehen, ob die von der NSA, dem GCHQ oder dem BND kamen? Seit wann konnte man das sehen?

Zeuge R. U.: Wir in Bad Aibling konnten immer sehen, ob es ein NSA-Selektor war oder ein Nicht- -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich meine jetzt die Daten auf den Excel-Listen. Seit wann konnte man sehen, ob diese von der NSA oder vom BND kamen?

Zeuge R. U.: Die Unterscheidung NSA-BND konnte man immer sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Immer.

Zeuge R. U.: Immer während meiner Amtszeit, soweit ich das weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch aus den Listen, die aus Pullach kamen.

Zeuge R. U.: Nein. Die Pullacher Listen sind etwas anderes.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, zu denen habe ich - - Das eine haben wir eben geklärt - -

Zeuge R. U.: Zu denen bin ich aber nicht ausk- -

Martina Renner (DIE LINKE): Das eine hatten wir erst geklärt und haben gesagt: In Bad Aibling konnte man das immer unterscheiden. - Ich frage jetzt zu den anderen Listen, die aus Pullach kamen. Seit wann konnte man unterscheiden, von welchem Dienst die Selektoren kamen?

Zeuge R. U.: Tut mir leid, da bin ich nicht auskunftsfähig. Das macht T2. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben nie solche Listen gesehen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben sie doch gesteuert!)

Aber Sie haben sie gesteuert auch in Bad Aibling.

Zeuge R. U.: Die wurden von der Zentrale klar an alle Außenstellen - so auch an Bad Aibling - übergeben und wurden da auch eingesteuert. Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben nie so eine Liste gesehen.

Zeuge R. U.: Ich persönlich nicht. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Mitarbeiter haben das gesehen, und die könnten das dann auch einordnen, ob man dort - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Da ich es nicht weiß, kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob ein Nachrichtenbearbeiter in Bad Aibling jetzt die Liste aus der Zentrale so - wie soll man sagen? - interpretieren kann, dass er sieht, ob das jetzt ein BND-Selektor oder ein Selektor von einer anderen Nation ist. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mal was ganz anderes: Wann haben Sie 2013 das erste Mal von Ihren US-amerikanischen Partnern gegebenenfalls auch in Bad Aibling erfahren, dass der NSA 1,7 Millionen Dateien abhandengekommen sind?

Zeuge R. U.: Das höre ich jetzt das erste Mal. „Dateien abhandengekommen“?

Martina Renner (DIE LINKE): Kopiert wurden unberechtigterweise.

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wenn man so eng zusammenarbeitet, wie Sie in Bad Aibling mit den US-Amerikanern, und dort passiert so ein Riesen-GAU - 1,7 Millionen Dateien werden unberechtigterweise kopiert -, dann sagt man dem Partnerdienst nicht Bescheid? Also, wenn beim BND 1,7 Millionen Dateien kopiert würden, würde man auch niemandem Bescheid sagen: „Wir haben hier ein Problem; da sind auch eure Daten dabei“?

Zeuge R. U.: Ich verstehe jetzt den Vorgang nicht. Ich weiß nicht, wovon Sie sprechen - - mit 1,7 Millionen - - Welche kopierten Dateien?

Martina Renner (DIE LINKE): Von den Snowden-Dokumenten.

Zeuge R. U.: Ach, die der Snowden sozusagen mitgenommen hat. Also, wir reden jetzt nicht von Selektoren oder Meldungen oder - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, ich rede von - -

Zeuge R. U.: Entschuldigung. Okay. Das waren die 1,7 Millionen kopierten Dateien.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. U.: Wann ich davon erfahren habe?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. U.: Mitte 2013 aus dem -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fernsehen.

Zeuge R. U.: *Spiegel*.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die NSA hat es dadurch auch erfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Die NSA hat das doch viel früher gemerkt, im April und im Mai, dass dort etwas fehlt. Das hat sie nicht an den engsten Partner in der Bundesrepublik, den Außenstellenleiter von Bad Aibling, weitergegeben?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn beim BND Millionen Dateien illegal kopiert werden, wird das festgestellt?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie entsprechende Software auf den Rechnern, die zum Beispiel registriert, ob ein USB-Stick oder eine Festplatte angehängt wird, ob Dateien kopiert werden?

(Der Zeuge nickt)

- Richtig. Haben Sie. Hat die NSA auch. Kurze Information. Das wird also registriert, wenn etwas unberechtigterweise kopiert oder verschoben wird.

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn so eine Information aufkommt, dass es in einem Bereich ist von 1,7 Millionen, wen informiert man dann?

Zeuge R. U.: Na ja, also, das sind jetzt hypothetische Fragen. Wenn - ich kann jetzt nur wieder in meiner Eigenschaft als Dienststellenleiter sprechen - mir wie auch immer zu Ohren käme, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer meiner Mitarbeiter Dateien sozusagen illegal aus dem BND-eigenen System abzieht, wenn ich es mitbekäme von unserer internen - es wäre wahrscheinlich die Abteilung Sicherheit, die so was feststellt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Und wenn das Dateien wären in Bad Aibling, die auch die NSA betreffen in hohem Maße, würde man die NSA informieren: „Wir haben ein Leck“?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht. Das ist ja wohl - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren der Dien- - Sie müssen das doch wissen, ob Sie dann Ihr Pendant, irgendwie Frau Soundso, informiert hätten.

Zeuge R. U.: Also, die jeweilige Leitung der Amerikaner da draußen war erst mal, wollen wir mal sagen, vom Ranking her deutlich über mir angesiedelt. Wenn so was passiert wäre, dann wäre ich nie autorisiert gewesen, selbstständig zu den Amerikanern zu gehen und denen irgendwas zu erzählen. So was wäre bei uns -

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn die - -

Zeuge R. U.: - mindestens auf Abteilungsleiter-ebene entschieden worden. Wahrscheinlich hätte es der Präsident gemacht, aber doch nicht ich; da bin ich ja viel zu klein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn - - Es gibt ja Abkommen über die Behandlung von Geheimunterlagen. Wenn bei einem Dienst in einem solchen Ausmaße Dateien unberechtigterweise kopiert werden und davon sind auch Unterlagen betroffen aus dem Partnerland, informiert man den Partnerdienst?

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Sie wissen es nicht. Das haben wir ja heute schon öfter gehört. - Ich möchte gerne noch mal was zur Erfassung in Bad Aibling wissen, was für mich dient zur Einordnung. Wir wissen ja aus anderen Zeugenvernehmungen, dass wir von 4,7 Millionen NSA-Selektoren ausgehen müssen. Können Sie

uns sagen, ob die Zahl der BND-Selektoren ähnlich hoch war, ob es möglicherweise die Hälfte oder 10 Prozent waren?

(Der Zeuge blickt zu MR Philipp Wolff (BK))

MR Philipp Wolff (BK): Also, zu den Zahlen bitte, Frau Renner, in eingestufte Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will keine konkrete Zahl. Ich will wissen, ob es ähnlich hoch war, ob es die Hälfte war oder 10 Prozent, Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Die Diskussion hatten wir aber letztes Mal schon, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich glaube, dass so eine allgemeine Auskunft hier in öffentlicher Sitzung zu geben ist. Ich will ja nicht irgendwie einen einzelnen Selektor wissen. Ich will auch nicht die Arbeitsweise des BNDs wissen. Ich will wissen, wer die Hosen anhatte in Bad Aibling. Und deswegen möchte ich wissen, ob es ähnlich hoch war, ob es die Hälfte war oder 10 Prozent.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen es nicht.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie müssen doch wissen, wie viele Selektoren bei Ihnen gesteuert werden.

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wussten auch nicht, dass es 4,7 Millionen US-amerikanische Selektoren waren.

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wussten, dass es Selektoren gibt?

Zeuge R. U.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann wussten Sie das? Von Anfang an?

Zeuge R. U.: Selbstverständlich. Für mich war wichtig, als ich in Bad Aibling übernommen habe, nicht die Anzahl der Selektoren, sondern wichtig war für mich, zu wissen, dass die Selektoren, die wir bekommen, egal wie viele es sind, von der Zentrale geprüft werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war für Sie wichtig.

Zeuge R. U.: Ja. Aber die absolute Anzahl erscheint mir jetzt nicht so - - also weniger entscheidend, als dass ich weiß, die Selektoren an sich sind von einer entsprechenden Kontrollstelle überprüft worden und sind sozusagen einwandfrei in dem Sinne, dass man es einem - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und Ihnen wäre es egal gewesen, ob das 10 oder 5 Millionen sind?

Zeuge R. U.: Das ist an der Stelle - - ja, war es für mich nicht relevant. Wichtig war, dass sie überprüft waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube Ihnen nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - auch um. Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr U., es ist nicht ganz so einfach, hier jetzt in öffentlicher Sitzung so Fragen zu stellen, zu denen Sie scheinbar was sagen können. Ich probiere es jetzt mal einfach damit: Sie sind seit 1999 Mitarbeiter des BNDs, richtig?

Zeuge R. U.: Seit 1996.

Christian Flisek (SPD): Aha. In Ihrer Tätigkeit als BND-Mitarbeiter: Wann sind Sie da zum ersten Mal überhaupt auf das Thema - - oder mit einem Selektor oder mit Selektoren in Berührung gekommen, also jetzt nicht im Sinne von haptisch,

sondern dass Sie damit intellektuell befasst waren?

Zeuge R. U.: Selektoren - - Das war das erste Mal in meiner ersten Verwendung in der Zentrale 2003.

Christian Flisek (SPD): Verwendung in der Zentrale. - Was war das für eine Verwendung in der Zentrale zu diesem Zeitpunkt?

Zeuge R. U.: Das war ein operatives Referat der Nachrichtengewinnung mit Ansätzen im Ausland.

Christian Flisek (SPD): Operatives Referat der Nachrichtengewinnung mit Ansätzen im Ausland. - Ist das ein Referat gewesen, wo Sie Meldungen dann produziert haben? Oder - -

Zeuge R. U.: Nein, wir waren für die Technik verantwortlich und für das Geschäft mit den ausländischen Partnern. Die Bearbeitung, die Meldungserstellung aus diesen Ansätzen lief auch über die Außenstellen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen - -

Zeuge R. U.: Also, wir - - Unser Referat hat sozusagen an diesen Ansätzen keine Selektoren, auf die Sie rauswollen, eingestellt und wieder Meldungen zurückgekriegt, sondern das haben die Außenstellen gemacht, weil da die Kompetenz einfach der Nachrichtenbearbeitung und Nachrichtengewinnung liegt.

Christian Flisek (SPD): Was war denn der Kontext, dass Sie sagen: „Das war der Zeitpunkt, wo ich zum ersten Mal eigentlich mit Selektoren zu tun bekam“? In welchem Kontext lief das damals im Rahmen dieser damaligen Tätigkeit ab?

Zeuge R. U.: Ja, dass man halt ein technisches System vor Ort mit Kollegen zusammen installiert, zusammen mit einem anderen Dienst, und dann die Außenstelle sagt: In dem Land XY stellen wir unsere Selektoren ein oder machen da Nachrichtengewinnung und Nachrichtenbearbeitung. - Aber ich habe - - Ja, also, einzelne Selektoren habe ich mir auch da nicht angeschaut, weil wir für die Technik - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): War ja jetzt gar nicht - - Aber Sie haben damals zum ersten Mal - ich formuliere es jetzt mal so - für sich realisiert, was die Bedeutung von Selektoren im SIGINT-Bereich ist.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was hat denn - - Wenn Sie mal zurückdenken, hat sich Ihre damalige Vorstellung - 2003 -, wenn Sie sozusagen den ganzen Bogen spannen bis zum heutigen Zeitpunkt - - Hat sich da was verändert?

Zeuge R. U.: Ja, da hat sich massiv verändert, dass wir 2003 keine Interneterfassung hatten, sondern die klassische Telefonie, und dass dann natürlich -

Christian Flisek (SPD): Leitungsvermittelt.

Zeuge R. U.: - leitungsvermittelt, genau - der fliegende Übergang - auch von der Gewichtung jetzt - eben zum Paketvermittelten auch stattfand.

Christian Flisek (SPD): Der fliegende Übergang fand statt. Und was hat das für die Bedeutung von Selektoren für Konsequenzen gehabt?

Zeuge R. U.: Für die Bedeutung von Selektoren - - Ja, das war eine andere Art von Selektoren einfach. Also, ich weiß jetzt nicht, worauf Sie rauswollen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ist doch eine klare Frage: Was hat sich geändert durch den Übergang noch mal von leitungs- auf paketvermittelt, wenn es - -

Zeuge R. U.: Na, die Selektorart hat sich geändert.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja selber gesagt, dass sich da was geändert hat. Also - -

Zeuge R. U.: Die Selektorart, genau.

Christian Flisek (SPD): Es sind neue Arten hinzugekommen, eine E-Mail-Adresse -

Zeuge R. U.: Zum Beispiel.

Christian Flisek (SPD): - beispielsweise, die es vorher nicht gab.

Zeuge R. U.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Ja. Okay. - Und hat sich an der Menge was geändert?

Zeuge R. U.: Ja, jetzt im Vergleich zu früher dürften die Mengen aus der Interneterfassung deutlich höher sein. Zahlen weiß ich jetzt nicht, aber - sagt mir so mein Bauchgefühl - deutlich höher als die früheren klassischen leitungsvermittelten.

Christian Flisek (SPD): Wenn ich jetzt mal die These in den Raum stellen würde - - dass ich sagen würde: Selektoren sind im Bereich der Signals Intelligence so ziemlich eigentlich das Wichtigste, was es gibt, weil an der Qualität der Selektoren entscheidet sich, ich sage mal, jetzt jenseits von Einzelüberwachungen, wo ich ganz gezielt jemanden ins Visier nehme - - Aber wenn ich jetzt, sage ich mal, strategische Überwachung mache, entscheidet sich an der Qualität der Selektoren, wie gut meine Arbeit ist und wie ertragreich meine Arbeit ist. Also, Selektoren nehmen einen zentralsten Stellenwert ein.

Zeuge R. U.: Das würde ich so - -

Christian Flisek (SPD): Würden Sie das unterschreiben?

Zeuge R. U.: In der strategischen Fernmeldeaufklärung ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und Sie sagen eben auch: Durch den Übergang hat sich die Art der Selektoren geändert, und es hat sich eben auch die Anzahl entsprechend geändert, ohne dass Sie das jetzt quantifizieren.

Wenn Sie sich jetzt noch mal - und das ist uns ja ganz wichtig noch mal, weil unser Auftrag 2001 ff. im Blick hat - anschauen, vom heutigen Standpunkt aus natürlich betrachtet, wie der Umgang mit diesem zentralen, ich formuliere das jetzt mal, Instrument im SIGNIT-Bereich innerhalb des BNDs war von diesem Zeitpunkt, der uns betrifft, 2001 beginnend - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Wie der Umgang - -

Christian Flisek (SPD): Oder fangen wir 2003 an, weil Sie ja gesagt haben, zum ersten Mal sind Sie 2003 damit in Berührung gekommen. Wie würden Sie das bewerten?

Zeuge R. U.: Wie man 2003 mit Selektoren an sich umgegangen ist, weiß ich nicht - die hatten wir ja nicht in der Hege und Pflege -; aber was ich so mitbekommen habe eben bis jetzt, ist natürlich, dass die Qualitätssicherung sich immer weiter verbessert hat und man natürlich auch das Problem erkannt hat - Stichwort: G 10 -, dass man hundertprozentigen Schutz ja wahrscheinlich nicht hinbekommt und dieses Problem aber natürlich versucht so gut wie möglich - - weil immer bessere Filtersysteme - - dass man dem eben begegnet und wirklich alles tut, um sicherzustellen, dass die Selektoren, die im Einsatz sind, eben auch rechtlich und auftragskonform und einwandfrei sind. Aber wie das im Detail sich verändert, das ist jetzt meine - -

Christian Flisek (SPD): Ich will auch gar nicht im Detail - - Ich will von Ihnen jetzt mal so aufgrund dessen, was Sie überblicken können - ich will ja nicht mehr von Ihnen verlangen, als das, was Sie wirklich überblicken können, sei es durch eigene Wahrnehmungen oder sei es eben auch, was Sie durch Gespräche mit Kollegen, die damit dann unmittelbar befasst waren, mitbekommen haben - einfach mal - - 2003, haben Sie gesagt, war der Zeitpunkt, da sind Sie in Ihrer damaligen Tätigkeit operativ in diesem Referat zum ersten Mal mit Selektoren in Berührung gekommen. Und so bis jetzt, 2013 und darüber hinaus: Was hat sich da im Umgang geändert?

Zeuge R. U.: Die Qualitätssicherung.

Christian Flisek (SPD): Und wenn Sie jetzt mal vergleichen - - Nehmen Sie mal den Zeitpunkt 2003, 2004, 2005, so den Zeitkomplex, und vergleichen das mit heute: Inwieweit hat sich Qualitätssicherung da geändert?

Zeuge R. U.: Kann ich Ihnen im Detail nicht sagen, weil das auch damals schon von der - - damals hieß die Unterabteilung nicht T2, sondern Vorläufer - weil die immer zentral für Selektoren

verantwortlich waren. Und wir als technisches Referat wussten zwar, dass die Selektoren in unseren Ansätzen eine wichtige Rolle spielen und dort eingesetzt werden, aber die wurden auch nicht von uns in der Zeit - also ich war von 2003 bis 2010 in dem Referat -, nicht von unserem Referat sozusagen bedient. Und deswegen weiß ich nicht genau, wie die Qualitätssicherung da war, welche Filterstufen es schon gab, ob da über Selektoren Juristen gucken. Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut, jetzt würde ich Ihnen aber doch noch mal so aus der Vogelperspektive heraus eine Frage stellen wollen: Finden Sie es nicht relativ un- - Also, ich muss jetzt gucken, welches Wort ich da nehme. Aber finden Sie es nicht - - Wenn man jetzt mal unterstellt, dass diese Selektoren im SIGINT-Bereich so eine zentrale Bedeutung haben - - Dass wir über diesen Zeitraum hinweg noch nahezu keinerlei interne Dienstvorschriften dokumentiert haben, wie damit umzugehen ist, unter anderem mit diesen doch sehr gravierenden Problemen, nämlich Deutschland-Bezug, G-10-Problematik und darüber hinausgehend später auch dann noch mal das Thema „Interessen“, dass es dazu nichts gibt, dass man zu einem Zeitpunkt - 2013 -, wo sozusagen die Bombe eingeschlagen hat, nämlich Edward Snowden, erst anfängt, sich damit auseinanderzusetzen, ist das nicht etwas, was der Bedeutung von Selektoren im SIGINT-Bereich überhaupt nicht gerecht wird?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Ich meine - -

Christian Flisek (SPD): Ja, das wissen Sie nicht.

Zeuge R. U.: Zen- -

Christian Flisek (SPD): Sagen Sie mir mal, über was es alles interne Dienstvorschriften schriftlich gibt bei Ihnen. Nennen Sie mal Beispiele: Reisekosten.

Zeuge R. U.: Es gibt ein Reisekostenrecht.

Christian Flisek (SPD): Wann darf man Dienstreisen machen? Wahrscheinlich schon, nicht?

Zeuge R. U.: Ja stimmt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Reisekostenrecht, Urlaubsrecht - -

Christian Flisek (SPD): Alles. Alles, was Personalfragen betrifft.

Zeuge R. U.: G 10 - - Und da waren die Selektoren und die Meldungen natürlich - - Also, insofern ist das für mich, für mein Dafürhalten schon eine Art Dienstvorschrift, auch wie man mit Selektoren oder mit Meldungen umgeht, wenn die nach G 10 geprüft werden müssen.

Christian Flisek (SPD): Na, das ist Gesetzeslage.

Zeuge R. U.: Ja. Trotzdem ja eine Vorschrift, nach der wir handeln, also ein Gesetz, nach dem wir handeln müssen. Also schon irgendwo - wie soll man sagen? - ein Kriterium, das hohe Priorität hat und das - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber Sie werden mir zustimmen, dass dann noch einmal die internen Richtlinien, Dienstvorschriften, wie immer man das nennt, natürlich immer die Aufgabe haben, das doch immer relativ generell abstrakte Gesetz ein Stück weit mal für den jeweiligen Mitarbeiter runterzubrechen, weil das ist ja der Sinn von Vorschriften, die ich in den Apparat einpreise, zu sagen: Liebe Leute, ihr lest ja nicht alle gleich immer das Gesetz. Im Zweifel seid ihr ja auch nicht Juristen und könnt euch die entscheidenden Antworten geben. - Und hinzukommt, dass ein Gesetz Ermessensspielräume hat, die ausgefüllt werden müssen durch die Verwaltung, durch den Dienstherrn. Und dann muss im Prinzip der Mitarbeiter vor Ort ja auf so einer Grundlage Entscheidungen treffen. Finden Sie das nicht völlig komisch, dass am Ende aller Tage bei einem so zentralen Punkt - wenn wir Reisekosten- oder Reisedienstvorschriften, alles das haben - man die Mitarbeiter alleine lässt?

Zeuge R. U.: Also, tut mir leid. Da bin ich zu klein, um zu beurteilen, ob das jetzt grob falsch ist oder warum es da keine Vorschrift gibt.

Christian Flisek (SPD): Ich frage Sie.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Sie sollen das ja nicht - - Sie sollen aus Ihrer Sicht als Mitarbeiter mir das sagen.

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie keine Meinung dazu haben, oder was?

Zeuge R. U.: Ich habe eher keine Meinung dazu. Das Wichtige war für mich auch immer - oder vielleicht ist das ein Erklärungsversuch -, dass die Meldungen, die der BND insgesamt produziert hat, eben gesetzeskonform waren. Und da war ganz oben G 10 - - Weiß ich, bei uns ist schon immer ein - auch wenn es jetzt keine Weisung ist, sondern ein Gesetz - - G-10-Beachtung hat bei uns schon immer sehr, sehr hohe Priorität gehabt. Und vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass ein Großteil der Selektoren bzw. der Meldungen, die erstellt wurden - wie soll man sagen? -, wirklich aus den APB-relevanten Bereichen auch kamen, also: Terrorismus, Migration und solche Dinge. Vielleicht hat sich deswegen die Notwendigkeit nicht ergeben, noch mal explizit Vorschriften dafür zu machen. Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): So kann man sich das auch erklären. - Haben Sie - - Ich meine, Sie sind ja als BND-Mitarbeiter in solchen Bereichen auch immer natürlich mehr oder weniger - - Auch wenn Sie nicht unmittelbar vielleicht dies vorbereiten, aber man sieht ja, was sozusagen dann auch Gegenstand der parlamentarischen Kontrollarbeit wird. Hat man sich jemals vorstellen können, dass Selektoren, so wie wir es jetzt hier tun, Gegenstand einer parlamentarischen Kontrolle werden könnten, einschließlich der Tatsache, dass man Listen einsieht sowohl eigener Selektoren als auch eventuell der Selektoren anderer Dienste?

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Ich habe es nicht abschätzen können, ob das wahrscheinlich ist oder ob das unwahrscheinlich ist, ob sich das Parlament damit intensiv beschäftigt. Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut. Ich meine, solche Einschätzungen wurden halt angestellt innerhalb des BNDs, und deshalb frage ich Sie ja. Das sind ja jetzt nicht Dinge, die ich aus der Luft greife. Wir haben ja Einschätzungen diesbezüglich, die ja sogar verschriftlicht sind.

Zeuge R. U.: Aber solche Einschätzungen sind in der Regel ja auch - gehe ich jetzt mal davon aus - in der Zentrale getroffen worden, wahrscheinlich an deutlich höherer Stelle als bei mir, und wenn, dann in der zentralen Nachrichtensbearbeitung bei T2, die vielleicht auch den Kontakt zu Ihnen oder ins Kanzleramt oder sonst wohin haben. Das hatte ich ja alles nicht, also insofern kann ich diese Frage - - bin ich der Falsche.

Christian Flisek (SPD): Glauben Sie denn, dass in der Zeit, in der Sie in Bad Aibling tätig waren, aus Sicht eines Mitarbeiter klar war, wie der Umgang mit Selektoren zu erfolgen hat?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja? Jeder Mitarbeiter, der also Tätigkeiten auszuführen hatte innerhalb des BNDs, die einen Selektorenbezug - - dem war völlig klar, wie damit umzugehen ist?

Zeuge R. U.: Dem war - - Ob es völlig klar war, weiß ich nicht, aber es war ihm, ich sage jetzt mal, zu 98 Prozent klar. Aber es gab ja auch die Mechanismen, dass jeder Nachrichtensbearbeiter seinen Gruppenleiter hatte, und wenn er sich bei irgendwas unsicher war, dann mit seinem Gruppenleiter diskutieren konnte. Er konnte zu seinem Sachgebietsleiter gehen, wenn er sich bei irgendwas unsicher war. Also, in fast allen Fällen war er sich sicher, und wo nicht, da hat er halt - -

Christian Flisek (SPD): Gut, dann würde ich Sie gerne fragen: Wenn sich alle so sicher waren, wie Sie das jetzt schildern, wie erklären Sie sich dann die Hektik im Anschluss an die Snowden-Veröffentlichungen, zum einen, dass sowohl in der Abteilung selber interne Vorbereitung für eine Anweisung getroffen worden sind, als auch die Präsidentenweisung im Nachgang des Kanzlerinstituts? Das ist eine unglaubliche Hektik, die plötzlich eintritt. Wie kann das sein, dass diese

Hektik überhaupt - - Oder wie ist diese Hektik erklärbar, wenn alles völlig klar ist?

Zeuge R. U.: Wie die Hektik eingetreten ist, weiß ich nicht. Die ist in der Zentrale - -

Christian Flisek (SPD): Na, die kann ich Ihnen erklären. Das ist mir klar.

Zeuge R. U.: Ich sage ja nur: Ich weiß es nicht. - Und das ändert ja nichts an der Tatsache, dass die Mitarbeiter vor der Weisungslage sich sicher gefühlt haben -

Christian Flisek (SPD): Na ja, das ist schon was anderes.

Zeuge R. U.: - und einen Ansprechpartner hatten. Und dann gibt es halt eine neue Weisung und dann fühlen sie sich genauso sicher, weil sie nach der neuen Weisung adäquat handeln, wie vorher auch. Wenn ich mir nach der neuen Weisung unsicher bin, dann muss ich natürlich mit meinem Vorgesetzten Rücksprache halten und fragen, ob das alles in Ordnung ist. Dafür gibt es ja Gruppenleiter, dafür gibt es ja Sachgebietsleiter.

Christian Flisek (SPD): Die im Zweifel alle genauso schlau sind.

Zeuge R. U.: Die Kette geht halt dann nach oben, bis man sich das endgültige Go dann, wenn es dann wirklich mal was Problematisches gäbe, holt. Klar.

Christian Flisek (SPD): Waren Sie dabei als der Chef-BK im März 2015 in Pullach über die Selektoren informiert worden ist, über die Prüfung der BND-Selektoren und über die Löschung der NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Ich war bei einer Sitzung mal mit dabei, als der Minister Altmaier da war; aber ich weiß nicht, wie oft der da war.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie waren bei einer dabei. Ich glaube, der war auch nur einmal da. Also, so wie ich den Herrn Altmaier kenne, -

Zeuge R. U.: Dann muss es die gewesen sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): - fährt der da nicht wöchentlich nach Pullach. War das im März 2015?

Zeuge R. U.: Könnte gewesen sein, ja. Weiß ich nicht auswendig. Wir hatten zu der Zeit relativ viele, viele, viele Besuche von vielen, vielen Politikern.

Christian Flisek (SPD): Ich will nur wissen, ob Sie bei dem dabei waren. Ich will nicht - -

Zeuge R. U.: Bei dem war ich dabei.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. Also, da können Sie sich dran erinnern.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wissen Sie auch noch, was damals ihm sozusagen - - wie das war, was ihm da eröffnet wurde? Oder - -

Zeuge R. U.: Nicht mehr im Detail. Ich weiß, dass der - - Ich glaube, da hat der Präsident persönlich mehr oder weniger vorgetragen, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: - und ich meine, man hat ihm so die Grundprinzipien der Filtermechanismen erklärt; aber im Detail weiß ich es wirklich nicht mehr. Ich saß am Rand.

Christian Flisek (SPD): Und wie war die Reaktion vom Herrn Altmaier damals auf das, was der Präsident ihm vorgetragen hatte?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Ach kommen Sie! Hören Sie auf!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wann treffen Sie denn in Ihrem Leben mal den Herrn Altmaier, den Chef des Bundeskanzleramtes?

Zeuge R. U.: Also, ich weiß, dass es ein - - Ich kann mich noch an die Stimmung erinnern; die war zumindest unter den kleinen Mitarbeitern - wie wir so schön am Rande saßen - sehr, sehr - wie soll man sagen? - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bescheiden! Bedrückt!)

- Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Wert darauf legen, dass der Zeuge antwortet und nicht der Kollege der Grünen.

Zeuge R. U.: Also, es war schon eine sehr, sehr angespannte Stimmung an sich.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Aber ich kann mich nicht erinnern, dass es da irgendwie laut wurde oder der Minister irgendjemanden vor, ich sage jetzt mal, versammelter Mannschaft irgendwie gemäßregelt hat oder so. An so einen Vorgang könnte ich mich nicht erinnern. Nein.

Christian Flisek (SPD): Warum war die Situation angespannt unter den - -

Zeuge R. U.: Na ja, wie Sie selber gerade schon gesagt haben, weil es einfach das erste und einzige Mal in meinem - für mich persönlich, ich kann ja nur von mir reden - Leben war, dass ein Minister, ein Chef BK, einen Kontrollbesuch oder Besuch oder Einweisung oder wie auch immer macht.

Christian Flisek (SPD): Und hatten Sie den Eindruck, dass dem Chef BK vom Präsidenten - Sie haben ja gesagt, der hat vorgetragen - da ein völlig neuer Sachverhalt eröffnet wurde?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr. Also, ich kann mich an einzelne Reaktionen, ob da jetzt jemand erstaunt war oder - - nicht erinnern. Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also, Herr U., jetzt sage ich Ihnen mal was. Ich kann mich - - Wir sind jetzt seit März 2014 hier in diesem Untersuchungsausschuss unterwegs, und an die wesentlichen Zeugenaussagen hier - da gibt es eine ganze Reihe - kann ich mich noch sehr gut erinnern. Und wir treffen - also ich will das jetzt nicht als arrogant verstanden wissen - in unserem Job neben dieser Tätigkeit hier eine ganze Reihe von Leuten. Und jetzt möchte ich noch mal Sie bitte daran erinnern, dass Sie sich wirklich versuchen, konzentriert darauf zu besinnen: Was waren Ihre Wahrnehmungen bei diesem, wie Sie gerade selber sagen, singulären Ereignis, wo Sie mal den Chef BK vor sich hatten, wo Sie sagen, die Reihe der Mitarbeiter hinten war angespannt? Also, was hat der Präsident vorgetragen? Und wie war die Reaktion vom Chef BK darauf?

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht mehr im Detail, was vorgetragen wurde.

Christian Flisek (SPD): Sie sollen nicht - - Details lassen wir weg. Wie war es?

Zeuge R. U.: Es war ein - -

Christian Flisek (SPD): Was können Sie sagen?

Zeuge R. U.: Es war eine angespannte Atmosphäre, wo es aber, soweit ich mich erinnere, nie laut wurde und auch keiner persönlich irgendwie angegriffen wurde. So habe ich es in Erinnerung.

Christian Flisek (SPD): Und hat der Präsident damals deutlich neuen Sachverhalt vorgetragen? Das werden Sie ja anhand dessen, was dann die Reaktion war - -

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Das wissen Sie alles nicht mehr.

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Was war denn die Reaktion vom Chef BK auf den Vortrag?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er hat sich bedankt!)

Zeuge R. U.: Er hat sich informiert und hat Fragen gestellt - was weiß ich? -, ob - - Ich kann mich doch nicht an einzelne Fragen erinnern. Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Ist er aufgestanden und hat gesagt: -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten - - Wir sind schon deutlich - -

Christian Flisek (SPD): - „Das ist eine neue Sachlage. Jetzt müssen wir hier Weisungen erteilen“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind schon deutlich über die 17 Minuten hinaus.

Christian Flisek (SPD): Ich will noch diese Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Das ist die letzte.

Zeuge R. U.: Kann ich mich nicht dran erinnern, dass er das getan hätte.

Christian Flisek (SPD): Sie können sich an wenig erinnern, nicht? Das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Das passt nicht mit der Singularität dieses Ereignisses zusammen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Die Kollegen verlassen schon den Sitzungssaal, obwohl wir noch acht Minuten haben bis zur namentlichen Abstimmung.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs! - Martina Renner (DIE LINKE): Sechs!)

- Ja, gut. Da können wir jetzt drüber streiten. Wir sehen es ja hier auch am Monitor. Also, von daher würde ich jetzt vorschlagen, dass wir die Sitzung unterbrechen, weil eine namentliche Abstimmung auf uns zukommt. Wir sehen uns hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

direkt nach der namentlichen Abstimmung wieder.

Die Sitzung ist für diese namentliche Abstimmung unterbrochen. - Danke schön noch mal an Sie, Herr R. U.

(Unterbrechung von
12.40 bis 13.23 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgeführt. - Es hatte gerade die Fraktion der SPD gefragt. Von daher ist nun in der ersten Runde jetzt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dran, und der Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr R. U., auch von meiner Seite! - Ich habe zunächst mal eine Verständnisfrage bezüglich der Weisungen. Ich habe verstanden, dass Sie die auf ganz unterschiedlichem Wege erreichen. Es gibt mündliche Weisungen, es gibt schriftliche Weisungen, es gibt Weisungen, die am Telefon gemacht werden, es gibt Weisungen, die in Sitzungen erteilt werden. Ist das korrekt?

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, aber mich interessiert jetzt gar nicht, wie die Sie grundsätzlich erreichen, sondern wie man in Ihrer Abteilung oder jetzt in Bad Aibling denn dann diese Dinge sozusagen festhält, um ein konformes und beständiges und nicht willkürliches Verwaltungswesen zu bekommen. Also, wenn Sie jetzt die Anweisung bekommen: „Zukünftig bei Spesen dürfen pro Getränk nicht mehr 1,67, sondern 1,92 abgerechnet werden“ - ich meine, wenn das Sie mündlich erreicht -, wie wird das denn umgesetzt? Oder, um meine Frage zu konkretisieren, wird - jetzt mal unabhängig von der Art und Weise, wie Sie eine Weisung erreicht - nicht eigentlich grundsätzlich am Ende jede Weisung irgendwo verschriftlicht festgehalten?

Zeuge R. U.: Nein. Es wird nicht jede Weisung verschriftlicht festgehalten. Was Sie jetzt ansprechen, zum Beispiel mit den Bewirtungskosten, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: - und wenn die sich erhöhen würden, dann wäre das mit Sicherheit eine Weisung oder eine neue Dienstvorschrift, die dann auch schriftlich in die Breite verteilt werden würde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge R. U.: Gehe ich mal davon aus, weil das ja dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar. Aber warum?

Zeuge R. U.: Ja, weil es - - Da werden sich ja dann irgendwelche Bewirtungskostengesetze -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: - geändert haben. Und dann muss man das ja den Leuten, die mit anderen essen gehen, auch zur Kenntnis geben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Damit dass, -

Zeuge R. U.: In dem Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - umgesetzt wird, nicht wahr?

Zeuge R. U.: In dem Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, jetzt frage ich mich, wenn Sie eine Weisung bekommen bezüglich, welche Selektoren gesteuert werden sollen und welche nicht. Wie wird das denn da so umgesetzt, dass das auch wirklich tatsächlich dann der Praxis des Dienstes entspricht?

Zeuge R. U.: Auch das ist sehr, sehr unterschiedlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein. Wir waren gerade dabei, dass, wenn es um Bewirtungskosten geht, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

findet auf jeden Fall eine Verschriftlichung statt. Jetzt frage ich mich: In einem grundrechtsrelevanten Bereich, zu dem ich die Bewirtungskosten jetzt nicht zähle: Wie wird das da gemacht in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Auch da gibt es Selektoren. Oder sagen wir mal: Wenn es jetzt Einzelanweisungen sind, dann können die schriftlich kommen oder auch mündlich kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, nicht: „kommen“, sondern: Wie wird das am Ende umgesetzt? Dass Sie das unterschiedlich erreicht, das haben wir schon konsentiert. Aber wie sorgt man dann dafür, dass das umgesetzt wird? Wenn das nirgendwo steht, wer überprüft das? Oder, ich meine, wenn jetzt da aus dem Bundeskanzleramt eine Weisung kommt, das ist ja irgendwie ein relevanter Vorgang.

Zeuge R. U.: Also, jede Weisung, die bei uns ankam - egal in welcher Form -, musste ich - - Also, wenn sie über mich reinkam als Dienststellenleiter - - In unseren regelmäßigen Sitzungen mit den Sachgebietsleitern habe ich die natürlich bekannt gegeben. Also, wenn der Zeitdruck so war, dass es ein oder zwei Tage dauern konnte, wenn - - Wir saßen ja zweimal in der Woche zusammen. Und dann habe ich vor den anderen Sachgebietsleitern dem jeweiligen Sachgebietsleiter, den es betroffen hat, bei den Bewirtungskosten die Verwaltungsleiterin, bei den - - oder den Verwaltungsleiter, bei Selektoren dann natürlich den Sachgebietsleiter NG/NB.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Dann wurde die Weisung mitgeteilt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie mitgeteilt?

Zeuge R. U.: In der Form, wie ich sie erhalten habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge R. U.: Wenn ich es schriftlich hatte, hat er es natürlich gekriegt. Wenn ich es aus einer Sitzung, aus der Zentrale, selber nur mir mitgeschrieben habe, dann konnte ich es ihm ja auch nur mündlich überliefern, weil es ja nur - - also, weil es kein offizielles Dokument war; dann hat er sich das halt aufgeschrieben. So wie ich es bekommen habe, habe ich es weitergegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Leute schreiben das dann auf, die Untergeordneten schreiben das dann auf. Sie sagen das dann in der Sitzung, und die schreiben das auf. Oder gibt es ein Protokoll von der Sitzung?

Zeuge R. U.: Da gibt es kein Protokoll. Das sind ja die -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja.

Zeuge R. U.: - Arbeitssitzungen, die wir regelmäßig haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber, -

Zeuge R. U.: Und da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Herr R. U., jetzt habe ich gelernt: Es gibt da eine hohe Fluktuation auch bei den Leuten, die dort arbeiten, und es kommen ja immer mal neue Leute auch dazu und so. Wie wird dann dafür gesorgt bei einer Frage wie: „Welche Selektoren dürfen gesteuert werden und welche nicht?“, wenn das nicht verschriftlicht wird? Wie wird verwaltungskonformes Handeln bei Ihnen in der Behörde abgesichert? Das verstehe ich nicht.

Zeuge R. U.: Die Weisungen, die den Sachgebietsleiter dann erreichen, die werden natürlich von ihm in dem Sachgebiet auf die Arbeitsebene weitergegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wird die weitergegeben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Da müssen Sie den fragen; das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein. Sie sind - -

Zeuge R. U.: Der wird es - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, jetzt hören Sie mal: Sie leiten diese Behörde viele Jahre lang, Sie tragen da die Verantwortung. Also: Wie wird verwaltungskonformes, regelmäßiges, nicht willkürliches Verwaltungshandeln in Bad Aibling, im BND, gesichert, wenn Sie relevanteste Weisungen nicht verschriftlichen?

Zeuge R. U.: Ich kann es Ihnen nur noch mal sagen: So wie ich die Weisung reinkriege, in der Form, gebe ich sie weiter an den zuständigen Bereich, und der zuständige Bereich wird diese Weisung, ich nehme mal an, genauso in der Form weitergeben, wie er sie von mir empfangen hat, bis natürlich zu dem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also „Stille Post“ sozusagen. Jeder sagt das dann: Heute hat der Chef gesagt, so und so; macht es doch so und so. - Also, es findet keine Verschriftlichung statt.

Zeuge R. U.: Nein. Das ist nicht zwingend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glauben Sie, dass das ein Verstoß gegen Ihre Dienstvorschriften ist?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass das einer ist. Sind Sie sicher, dass da nichts verschriftlicht wurde in dieser relevanten Frage, die wir jetzt besprechen, nämlich wie man mit diesen Selektoren umgehen sollte nach den Snowden-Veröffentlichungen?

Zeuge R. U.: Ich kann von mir ausgehen: Ich habe nichts verschriftlicht und habe da keine schriftlichen Weisungen allgemeiner Art formuliert. Wenn, dann kommen die von - - aus dem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie eine Weisung, nichts zu verschriftlichen?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Ihnen niemand gesagt: „Das schreibe mal besser nicht auf“?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie gesagt: „Ich schreibe das mal besser nicht auf“?

Zeuge R. U.: Für mich ist eine Wei - Ich habe nie gesagt: Ich schreibe besser nichts auf. - Eine Weisung ist auszuführen und ist umzusetzen, egal in welcher Form sie ankommt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir haben hier -

Zeuge R. U.: Ob ich das jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gehört, dass diese Weisung sehr mangelhaft umgesetzt wurde, und man fragt sich ja jetzt, warum das so ist. Sie waren ja in Verantwortung.

Zeuge R. U.: Ich finde, die Weisung wurde korrekt umge - oder alle Weisungen. Ich weiß nicht, von welcher Sie jetzt konkret sprechen. Immer wenn Weisungen kamen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß es auch nicht, weil Sie sie offensichtlich nicht verschriftlichen. Also deswegen: Die Weisung, über die das Bundeskanzleramt hier das letzte Mal geredet hat, die am Ende des Tages zu dem unangenehmen Gespräch mit Herrn Altmaier im März 2015 geführt hat, die mangelhafte Umsetzung dieser Weisung, da gab es keine Commande, dass man das nicht verschriftlicht. Sie sagen, das ist ganz normales Handeln in Ihrer Behörde gewesen.

Zeuge R. U.: In meiner Behörde weiß ich es nicht. Ich kann sprechen für Bad Aibling, und da waren wir - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge R. U.: Wir waren weder verpflichtet noch irgendwie wurde uns angewiesen, wir sollen das unterlassen, nein. Also, wir haben in Bad Aibling solche Weisungen nicht verschriftlicht. Wenn sie schriftlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir die exakte Formulierung der Weisung bitte sagen. Was wurde da angewiesen von Ihnen?

Zeuge R. U.: Die exakte Formulierung weiß ich nicht mehr. Es gibt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wie sollen denn Ihre Mitarbeiter das umsetzen, wenn Sie noch nicht mal die exakte Formulierung wissen? Was war die Ansage? Versuchen Sie es grob. Was war die Weisung, die Sie erteilt haben, die dann im März 2015 bezüglich ihrer Umsetzung zum Eklat geführt hat?

Zeuge R. U.: Also, im Detail weiß ich es nicht mehr; aber grob war es, dass wir die - ich meine, es waren Regierungsorganisationen - aus der Erfassung nehmen sollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Regierungsorganisationen.

Zeuge R. U.: So ungefähr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ukrainische? Slowenische? Afrikanische?

Zeuge R. U.: EU, soweit ich weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): EU, soweit Sie wissen.

Zeuge R. U.: Soweit ich mich jetzt erinnere, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soweit Sie sich erinnern: EU-Organisationen, Ministerien?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vereine? Personen? KFOR-Mitarbeiter? Rein oder raus?

Zeuge R. U.: Auf einzelne Personen weiß ich es nicht mehr. Es waren EU, EU-Organisationen, Regierungsstellen, so ganz - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Territorial-EU oder Mitgliedstaaten-EU?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht mehr, ja? Mhm.

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, das ist das Problem, wenn man was nicht aufschreibt, nicht? Also, Sie wissen nicht mehr, ob Territorial- oder Mitgliedstaaten.

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich jetzt nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sollen das denn Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch wissen?

Zeuge R. U.: Ich gehe jetzt mal davon aus, dass es damals, wenn es unklar gewesen wäre, wie die Weisung von oben nach unten weitergegeben wurde, auch zu Rückfragen gekommen wäre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie als Chef erinnern sich ja nicht mehr, was Sie angewiesen haben.

Zeuge R. U.: Dann kam auch keine Rückfrage an mich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, na klar. Ja, gut. - Wenn der Chef es nicht mehr weiß, wie soll es dann der Mitarbeiter wissen?

Zeuge R. U.: Der hat es ja umgesetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal, Herr R. U. - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten eigentlich jetzt wechseln wieder; sind schon bei neun Minuten, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jesus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sogar bei 9.30.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann mache ich die nächste Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. - Ich hätte nur noch mal eine Nachfrage nur zu dem Thema Weisungen. Weisungen sind ja innerbehördliche Anweisungen. Wissen Sie, in welcher Form Weisungen zu ergehen haben oder ergehen, allgemein, ganz allgemein? Sind das Verwaltungsakte, die schriftlich ergehen müssen, mit Außenwirkung?

Zeuge R. U.: Also, wie Weisungen ergehen müssen, verwaltungs- oder gesetzmäßig, weiß ich nicht. Ich weiß nur, wie die Weisungen uns erreicht haben in Bad Aibling. Und die waren eben teilweise schriftlich, die waren teilweise per Mail, die waren per Telefon, die waren also Ergebnis aus Referatsleiterbesprechungen; einfach in unterschiedlicher Form.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Teilweise werden die sogar einfach als Aufträge bezeichnet, wenn sie an einen einzelnen Mitarbeiter gegeben werden. Es gibt sogar teilweise Staatssekretäre, die Generalbundesanwälte anweisen und das per Telefon machen; hat es hier schon mal die Diskussion gegeben. Danach war ein Generalbundesanwalt nicht mehr Generalbundesanwalt. Also, dann diskutiert man, ob man Weisungen verschriftlichen sollte oder nicht. Aber sie scheinen auch mündlich erteilt zu werden; dann ist das der sogenannte Auftrag. Ist das Alltag in der Verwaltung, oder sind Sie da ein völliger Einzelfall? Und der Fall der Staatssekretärin, die einen Generalbundesanwalt angerufen hat: Sind das totale Einzelfälle in der Verwaltung?

Zeuge R. U.: Na ja, Verwaltung; ich würde jetzt mal Bad Aibling nicht als Verwaltung bezeichnen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch; ist Exekutive.

Zeuge R. U.: - sondern als technisches - -

(Christian Flisek (SPD): Das ist ja interessant!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ist nicht Judikative; ist auch nicht Legislative. Bleiben Sie bei Exekutive.

(Martina Renner (DIE LINKE): Was ist es dann? - Christian Flisek (SPD): Lassen Sie ihn mal erklären, was es sonst ist!)

- Nein, wir sind hier nicht im Examen.

Zeuge R. U.: Habe ich jetzt nicht verstanden. Wie war die Frage noch mal konkret, bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ist das ein Einzelfall, wenn eine Weisung bei Ihnen mündlich erteilt wird? Sie haben es ja eben schon gesagt.

Zeuge R. U.: Nein. Das ist kein Einzelfall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Und je nach Wichtigkeit: Wie gewährleistet man denn bei Ihnen - weil das ist nicht eben ein Einzelfall; viele andere Behörden, Verwaltungen machen das genauso -, dass die Mitarbeiter eines Sachgebiets, einer Gruppe, eines Referats davon Kenntnis erlangen? Welche Wege gibt es da?

Zeuge R. U.: Bei den Weisungen oder Aufträgen - wie Sie es nennen -, die nach Bad Aibling kamen, war es in der Regel - also, ich kann mich zumindest an keinen anderen Weg erinnern - immer der gleiche Weg, wie sie zu uns kamen. Ich bin ja nur als Vermittler sozusagen, als Dienststellenleiter - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sagen Sie ihn; sagen Sie ihn einfach. Wie kam er denn? Sie können sich an einen Weg erinnern, der war?

Zeuge R. U.: Per Mail, schriftlich, per Telefon; eben all die Möglichkeiten, die es gibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und die Weisung, von der der Kollege von Notz eben sprach, die kam wie?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber sie kam.

Zeuge R. U.: Sie kam, und ich meine auch, dass dann irgendwann mal ein schriftliches Papier dazu kam. Aber ob wir im Entwurfsstadium da schon was hatten oder davor sozusagen, bevor die Weisung - von wem auch immer die dann letztlich unterzeichnet war - offiziell kam, schon was in der Richtung, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sie kam.

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn sie per Mail kam, wer empfängt diese Mail? Haben Sie eine Funktionsadresse und einen Infosachbearbeiter, oder empfangen Sie die auf Ihrem - hofentlich sicheren - Rechner als Chef von Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Also, wenn sie per Mail kommt, dann kommt sie in der Regel an die Funktionsadresse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Da sitzt dann wahrscheinlich ein Infomanager, der verteilt, richtig? Oder wer betreibt die Funktionsadresse?

Zeuge R. U.: Das - - In dem - - Also, im Dienststellenleiterfalle kommt sie an mich und alle, die eben meine regelmäßigen Vertreter sind, die kriegen es dann auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und Sie machen dann im Zweifel was damit? Sie behalten es ja nicht für sich, sondern Sie werden sie wahrscheinlich an die nachgeordneten zuständigen Gruppen und Sachgebiete verteilen und sagen: Achtet drauf!

Zeuge R. U.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, wenn sie mündlich kommen, wie läuft das dann?

Zeuge R. U.: Wenn sie mündlich kommen, dann sitze ich zweimal in der Woche - - saß ich mit meinem Sachgebietsleiter zusammen und habe gesagt: „Der Herr oder Frau XY hat mir mitgeteilt, dass wir“, keine Ahnung, „unsere Erfassung auf Afrika konzentrieren sollen“, oder irgend- - je nachdem, was die Weisung halt war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge R. U.: Habe ich es halt mündlich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn sie per E-Mail gekommen ist, ist sie verteilt worden. Dann müssten wir ja diese E-Mail, wenn sie nicht irgendwo verschwunden ist, noch sehen können als Untersuchungsausschuss, und wenn sie mündlich gekommen ist, dann werden Sie sie in den regelmäßigen Besprechungen mit den Sachgebietsleitern oder Gruppenleitern, wie auch immer, denen mündlich mitgeteilt haben. Die haben wahrscheinlich fleißig in ihre Kladden mitgepinnt, was sie dann zurück in ihre Sachgebiete genommen haben, und dann das den Kollegen gesagt haben: In der Besprechung haben wir erfahren: So und so müssen wir es jetzt machen.

Zeuge R. U.: Genau. In den Sachg- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann haben wir wahrscheinlich keine Aufzeichnungen mehr.

Zeuge R. U.: Im Einzelfall - - Also, manchmal ja, manchmal nein. Die Kollegen haben natürlich dann in ihren Sachgebieten eben ihre Gruppenleiter zusammengerufen und haben logischerweise - - Die Gruppenleiter sind ja auch noch nicht einmal diejenigen, die dann am Computer



Nur zur dienstlichen Verwendung

sitzen und so was ausführen. Die Gruppenleiter haben wiederum in ihren Gruppen dann alle Mitarbeiter auch regelmäßig, nehme ich mal an, einmal die Woche, zweimal die Woche, zusammengeholt und eben die Information bzw. die Weisung weitergegeben, bis halt die Kette erreicht war, die die Weisung dann tatsächlich physikalisch ausführen konnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, ich hege nicht viel Hoffnung, dass, wenn es eine mündliche Weisung ist, wir dann noch irgendwelche Aufzeichnungen finden. Ich wollte ja gerne mal die individuellen Kladden der Mitarbeiter haben, weil das wäre interessant, was man aus solchen Besprechungen mitschreibt; aber die scheinen ja nicht mehr zu existieren. Aber wenn es eine Mail war, dann müssten wir ja gucken, ob die noch da ist. Also wäre es ja interessant, zu wissen: Kam die Weisung per Mail, oder ist sie mündlich erteilt worden? Aber das erinnern Sie nicht mehr.

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber vielleicht kann man das mal irgendwie nachprüfen.

Zeuge R. U.: Kann ich gerne mich drum bemühen, sofern ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Zeuge R. U.: Ja, ich kann mich drum bemühen.

(Christian Flisek (SPD):
Weisung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Okay, gut. - Dann macht die Kollegin Warken weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir bleiben beim selben Thema. Sie hatten vorhin ausgeführt, dass die Mitarbeiter sich da ja schon auch mal auf dem Gang drüber unterhalten hätten, über diese Weisungen, und ob es vielleicht, sage ich mal, zu weit reichend war oder nicht oder welche Auswirkungen es gegebenenfalls hat. Gab es Mitarbeiter, die dann auch zu Ihnen gekommen sind - so würde ich das ja schon vermuten - und haben vielleicht gefragt oder haben gesagt: „Hm, jetzt

haben wir da alles rausgenommen, und das Aufkommen ist zurückgegangen“, oder: „Ist das tatsächlich euer Ernst, dass wir das so machen sollen?“? Gab es da, sage ich mal, intern Diskussionen, die jetzt nicht nur irgendwie in der Kaffeeküche stattgefunden haben, sondern die dann schon an Sie herangetragen wurden, die Sie vielleicht auch weiter an die Zentrale gegeben haben?

Zeuge R. U.: Also, dass jetzt konkret jemand zu mir kam und gesagt hat: „Bei mir ist jetzt die Erfassung total eingebrochen“: Nein. Aber ich bin natürlich auch regelmäßig durch die, nicht durch alle Büros - - aber durch die Büros gegangen und habe mich mit den Leuten unterhalten. Und de facto: Es ist natürlich insgesamt die Erfassung zurückgegangen; aber das war ja - - Auch da gab es wahrscheinlich was, eine Weisung, einen Auftrag, eine Meinung; keine Ahnung. Aber es war klar intern bei uns, dass zugunsten dieser, ich sage jetzt mal, Selektorenreduzierung und auch zugunsten des Untersuchungsausschusses und der Kleinen Anfragen, die es gab - - dass das die oberste Priorität ist. Und wenn Aufträge dadurch, also das Meldungsauftreten, zurückgehen, dann ist das zu akzeptieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie haben es schon gemerkt.

Zeuge R. U.: Ja, ja. Wir haben ja auch gemerkt, dass die mehr insgesamt - - Jetzt nicht nur dadurch, sondern insgesamt sind die Meldungen natürlich zurückgegangen, weil die Leute ja auch teilweise eben nicht mehr mit ihrer originären Arbeit beschäftigt waren.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie das dann mal nach oben gemeldet, dass Sie gesagt haben: „Also, wir haben das jetzt gemacht, aber ihr müsst wissen, dass jetzt -

Zeuge R. U.: Ja, natürlich.

Nina Warken (CDU/CSU): - die Meldungen einbrechen oder zurückgehen“? Das haben Sie schon auch gemeldet, oder?

Zeuge R. U.: Natürlich. Das waren ja - - Was heißt „gemeldet“? Wir waren dann auch wieder in den



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

regelmäßigen Besprechungen; das Feedback, das man natürlich gibt. Aber es gab ja, wie gesagt, die - - Ich sage jetzt bewusst nicht „Anweisungen“, weil ich wieder nicht mehr weiß, ob es schriftlich, mündlich oder in welcher Form auch immer kam. Aber es war auf alle Fälle von der Leitung des Hauses das einhellige Credo, dass die Aufklärungsarbeit im Ausschuss, dass, wenn man Selektoren rausnehmen soll, das alles höhere Priorität hat und zugunsten der Meldungszahlen einfach hinzunehmen ist. Das war ja über - - ja, eigentlich seit Ende 2013 dieser Grundsatz; der galt bei uns.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat uns D. B. gesagt, dass - also, er hat es „pauschale Weisung“ genannt aus Oktober 2013 - zu weit gehend war und dass man dann mit Entscheidungsvorbehalt des UAL und ab März 2014 dann des AL wieder angefangen hat, einige Selektoren zu reaktivieren. Und auch das PKGr hat festgestellt, dass mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele dann ja rechts- und auftragskonform waren, nicht zu beanstanden waren und wieder eingesteuert werden konnten, oder zumindest, dass die nicht zu beanstanden waren. Und man hat eben auch begonnen, irgendwann wieder mit ebendiesem Entscheidungsvorbehalt Selektoren einzusteuern. Können Sie das auch so bestätigen, dass man Selektoren zunächst deaktiviert hat und dann doch wieder zum späteren Zeitpunkt eingesteuert hat? War das bei Ihnen auch so in der Außenstelle?

Zeuge R. U.: Ja, muss ja auch so gewesen sein; denn diese Selektoren sind ja aus der Zentrale dann gekommen und dort auch überprüft worden, ob ja, ob nein. Und wenn man zuerst welche rausnehmen musste zentral und die dann wieder reinkamen, dann wurden natürlich unsere Erfassungssysteme auch damit wieder befüllt.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie da sagen, wann das war, in welchem Umfang? Also, waren das viele, die man da zuerst pauschal rausgenommen hat, die man dann doch wieder einsteuern konnte, und gab es da einen gewissen Anlass?

Zeuge R. U.: Wie viele es waren, weiß ich nicht; aber ich - - Soweit ich mich jetzt erinnere, war das schon zu der Zeit, als wir diese PBDB hatten, und da meine ich, haben wir das als Außenstelle

gar nicht so richtig aktiv begleiten können, weil wir da keinen Einfluss hatten; das hat die Zentrale gemacht. Also, genau weiß ich es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie erinnern jetzt keinen Zeitraum und auch keinen Umfang.

Zeuge R. U.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm. - Jetzt geht es bei der ganzen Sache ja um Selektoren mit EU- und NATO-Bezug. Spätestens ab Oktober 2013 hat man dann ja darüber auch diskutiert, hat man die Problematik erkannt. Gab es vorher in Ihrer Abteilung schon Diskussionen darüber, ob solche Selektoren zu steuern sind, ob das vielleicht kritisch sein könnte, oder hat man das einfach gemacht?

Zeuge R. U.: Also, bei uns in Bad Aibling war das eher kein Thema; denn unsere Gebiete waren ja ganz klar Afghanistan, unsere Gebiete waren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Also, zu Inhalten der Steuerung, wenn es jetzt darum geht: „Wo erfassen wir? Was erfassen wir?“, dann bitte ich, das nur in eingestufter Sitzung zu sagen.

Zeuge R. U.: Also - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber gab es Diskussionen?

Zeuge R. U.: Wenig bis keine, weil genau das - - also dazu sozusagen bei uns eh mir nicht bekannt ist, dass wir da Meldungen produziert hätten oder großartig - -

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben wir ja schon umfassend auch besprochen, wie es mit den Weisungen war: ob Einzelweisungen, was es da gab. D. B. hat uns gesagt, dass es wohl keine umfassende Dienstvorschrift gab, sondern vielmehr Einzelanweisungen und kein dokumentiertes Verfahren bei der Selektorensteuerung. Ist Ihnen da irgendwas bekannt? Können Sie das so bestätigen, wie D. B. das sagt? Also, es gab keinen Leitfaden oder keine Handreichung, sondern das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde halt mit Einzelanweisungen gemacht. Ist das so richtig? Ist das bei Ihnen auch so gemacht worden?

Zeuge R. U.: Also, eine Handreichung ist mir jetzt auch unbekannt. Es gab halt - ist klar - das G-10-Gesetz, das vielbemühte. Und man ist gesteuert worden ja aus Berlin, aus der Zentrale, mit konkreten Selektoren; aber Handreichung ist mir jetzt keine bekannt, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wäre das aus Ihrer Sicht sinnvoll gewesen? Haben Sie so etwas vielleicht mal angeregt, vielleicht auch, weil Mitarbeiter sich beklagt haben, dass sie zu wenig Rechtssicherheit haben?

Zeuge R. U.: Nein. Habe ich nicht angeregt, und war bei uns einfach deswegen auch nicht im Fokus - ich muss das leider wiederholen -, weil wir eben - - unser Erfassungshorizont in APB-relevanten Bereichen war, sodass diese Frage nicht sich gestellt hat in dem Sinne.

Nina Warken (CDU/CSU): Zwischenzeitlich gibt es ja wohl - hat D. B. uns gesagt - ein unabhängiges Qualitätssicherungselement bei der Steuerung von Selektoren. Und der Zeuge B. R. hat uns berichtet, es sei jetzt schwieriger - hat er gesagt - geworden, Selektoren einzustellen, weil sie mehrere Prüfschritte durchlaufen müssten; es sei eine Überprüfungskette eingeführt worden. - Ab wann wurden denn diese neuen Prüfschritte eingeführt?

Zeuge R. U.: Keine Ahnung.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie was dazu?

Zeuge R. U.: Ich bin seit über einem Jahr wieder aus Bad Aibling weg und weiß das nicht. Also, man kriegt es am Rande mit, dass sich die Nachbarunterabteilung da natürlich viele Gedanken macht, wie man den Prozess jetzt insgesamt verbessern kann; aber was da im Detail jetzt gemacht wurde die letzten Monate oder noch gemacht werden soll, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): „Qualitätssicherungselement“ sagt Ihnen auch nichts.

Zeuge R. U.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie mit den Dingen jetzt heute gar nichts mehr zu tun? Oder - -

Zeuge R. U.: Genau. Korrekt.

Nina Warken (CDU/CSU): Sondern?

Zeuge R. U.: Ich bin jetzt wieder in einem oder im fast gleichen Bereich, wo ich vorher war, und bin operativ wieder tätig, sprich: im Ausland, und habe konkret mit Selektoren eher weniger zu tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge R. U.: Deswegen weiß ich auch nicht, was in der Nachbarunterabteilung - - Welche Überlegungen da jetzt konkret im Fluss sind. Was da jetzt noch alles gemacht wird, weiß ich schlichtweg nicht; das ist - -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Das PKGr hat in seinem Bericht ja auch festgestellt, dass die Abteilung TA erhebliche Entscheidungsfreiräume bei der Steuerung von Selektoren oder TKM gehabt habe. Würden Sie die Aussage so teilen?

Zeuge R. U.: Kann ich nicht beurteilen.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil?

Zeuge R. U.: Weil das Aufgabe von T2 war. Und ob die jetzt einen großen Entscheidungsspielraum hatten oder nicht, weiß ich schlichtweg nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil sich das nur auf die Unterabteilung T2 in Pullach bezieht, und -

Zeuge R. U.: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): - Sie und Ihre Mitarbeiter haben keine Selektoren selbst generiert.

Zeuge R. U.: Wir haben welche selbst generiert; aber die waren wieder, wie ich es vorher schon erwähnt hatte, zu den schon erwähnten Gebieten, also sprich: immer APB-relevant, weil wir eben



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch zu der Bundeswehrunterstützung und den Themen wie Terror usw. unsere Arbeit fokussiert hatten. Insofern mussten wir natürlich auch neue Selektoren generieren. Aber da könnte ich jetzt nicht sagen, dass unsere - wie haben Sie es genannt? - Entscheidungshoheit, -

Nina Warken (CDU/CSU): Entscheidungsfreiräume.

Zeuge R. U.: - Entscheidungsfreiräume jetzt groß oder klein waren. Und wie es in der Zentrale im Gesamten ist, auch zum Thema Filtermechanismen und so, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber können sie vielleicht zu denen, die Sie selbst generiert haben, noch mal kurz sagen, wie das dann ablief, wer da dann noch, sage ich mal, drübergeguckt hat? Lief das nur bei Ihnen? Haben Sie das dann freigegeben, oder wie war das?

Zeuge R. U.: Nein. Ich habe gar nichts freigegeben. Wenn ein Nachrichtensachbearbeiter, weil es zum Beispiel eine neue, sagen wir mal, Satellitenstrecke gibt aus einem Krisenland, und der seine Nachrichtengewinnung betreibt und da einen neuen Selektor zum Beispiel findet, dann schaut der sich an, ob da eine APB-relevante Person zum Beispiel spricht oder eine Mail schreibt. Und wenn dem so ist, dann pflegt er das in die PBDB ein, in die Datenbank, und dann wird der Selektor in der Zentrale, meine ich, geprüft noch mal und dann offiziell eben an alle weiterverteilt. Und ich sage mal, in seinem Aufgabengebiet, wo der Nachrichtensachbearbeiter eben zum Thema - ich darf es jetzt konkret nicht sagen - Terror in XY aufgrund der Sprache befähigt war, hat er natürlich ein Stück Eigenverantwortung, da auch neue Selektoren zu generieren unter all den Grundsätzen, die er ja kennt.

Nina Warken (CDU/CSU): Die aber schon dann auch noch mal überprüft wurden vor der Einstellung oder die nur er selber direkt scharfstellen kann.

Zeuge R. U.: Ja, zum ersten Mal testen, ob da was Interessantes drin ist, muss er sie ja mal scharfstellen. Aber spätestens dann, wenn er das sozusagen dauerhaft in eine Erfassung überführen

will, oder der BND insgesamt, werden die natürlich noch mal geprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie war da das Verhältnis? Haben Sie mehr selbst generiert oder mehr bekommen von der Auswertung?

Zeuge R. U.: Deutlich mehr bekommen. Wir haben sozusagen nur noch das Add-on gemacht zu den Krisenländern.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn wir jetzt schon bei Verhältnissen sind: Wie war denn das Verhältnis von BND-eigenen Selektoren zu NSA-Selektoren in Bad Aibling? Also, was hatte da mehr Bedeutung: die BND-eigenen oder die NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Für die Meldungserstellung von - - des BNDs oder - -

Nina Warken (CDU/CSU): Insgesamt.

Zeuge R. U.: Also, die Zahlen - - Wie die Verhältnisse waren - -

Nina Warken (CDU/CSU): Welche haben Sie da mehr eingesetzt?

Zeuge R. U.: BND.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich im Moment keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr R. U., können Sie mir sagen, ob ein Außenstellenleiter oder ein Sachgebietsleiter die höhere Position im BND ist?

Zeuge R. U.: Ein Außenstellenleiter?

Martina Renner (DIE LINKE): Oder ein Sachgebietsleiter.

Zeuge R. U.: Der Außenstellenleiter ist die höhere Position.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und Sie sagten eben auf Frage der Kollegin Warken, Sie hätten heute mit den Dingen - und dann hat sie noch mal nachgefragt konkret zu Selektoren -, also auch mit Selektoren, nichts mehr zu tun. Sie sind ja heute im Bereich Kabelerfassung; da haben Sie nichts mehr mit Selektoren zu tun.

Zeuge R. U.: Nicht mehr direkt; das ist genau das Gleiche, wie es in meiner ersten Verwendung schon war. Wir sind für die Technik jetzt verantwortlich im Ausland, und den Betrieb dieser Ansätze, den machen die Außenstellen. Also, wenn da neue Selektoren eingestellt werden oder Meldungen gemacht werden, dann kriegen wir das als Referat, in dem ich jetzt bin, nicht mehr mit.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Also, Sie wissen nicht, ob die Daten, die Sie heute erfassen, mit Selektoren durchsucht werden.

Zeuge R. U.: Doch, doch. Die Erfassungssysteme werden natürlich weiterhin mit Selektoren befüllt. Ich sage nur: Ich habe keinen Blick auf die Erfassungssysteme. - Und das Befüllen und auch die Meldungen, die daraus generiert werden, also den praktischen Nachrichtengewinnungs-, -bearbeitungsbetrieb, den leisten die BND-Außenstellen und nicht wir als technisches Referat, das den Ansatz sozusagen aufbaut.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber als Leiter der Außenstelle Bad Aibling waren Sie ja nicht nur für die technischen Abläufe zuständig, sondern auch für die faktischen rechtlichen. - Also noch mal, um es deutlich zu sagen: Das Betreiben einer Datenbank und der Einsatz von Selektoren heißt, dass damit Grundrechtseingriffe vorgenommen werden. Und über Grundrechtseingriffe, weil da natürlich immer die Frage im Raum steht: „Sind sie verhältnismäßig? Sind sie notwendig?“ usw., muss natürlich dokumentiert werden.

Zeuge R. U.: Ja. Es gibt ja diese Datenbank PBDB, und die hat vorn - wie heißt das? - eine Dateianordnung.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt, neuerdings.

Zeuge R. U.: Aber hat eine Dateianordnung. Also, der BND - -

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte damals nicht eine Dateianordnung?

Zeuge R. U.: Der BND - - Wie bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Damals nicht.

Zeuge R. U.: Damals war, glaube ich, die Dateianordnung in Bearbeitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge R. U.: Aber das sind auch Vorgänge - -

Martina Renner (DIE LINKE): Mehrere Jahre. - Mhm, ja. - Nein, ich wollte es nur noch mal klar machen, dass es natürlich eine Dokumentationspflicht bei Grundrechtseingriffen gibt. Also, das dürfte bei jedem Verwaltungshandeln so sein. - Wann ist denn Ihnen das erste Mal überhaupt bekannt gewesen, dass Regierungsstellen aus EU- und NATO-Mitgliedsländern gesteuert werden?

MR Philipp Wolff (BK): Zu konkreten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch eine ganz allgemeine Frage.

MR Philipp Wolff (BK): Das ist die Frage der konkreten Steuerung. Wenn ich frage: „Wann ist es zum ersten Mal bekannt geworden?“, dann ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das steht im PKGr-Bericht; der ist öffentlich. Also, wir machen uns doch hier nicht katholisch.

MR Philipp Wolff (BK): Genau. - Und zur konkreten Steuerung gebe ich Ihnen -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Das steht im PKGR-Bericht, der ist öffentlich, und ich möchte wissen: Seit wann - -

MR Philipp Wolff (BK): - dann in eingestufte Sitzung - - Auskunft zu geben, wenn es um die konkrete Steuerung geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte doch gar nicht wissen, ob - - welche Länder gesteuert



Nur zur dienstlichen Verwendung

waren, ich möchte wissen, seit wann dem Zeugen das bekannt war. Und das muss hier gesagt werden in öffentlicher Sitzung.

MR Philipp Wolff (BK): Und deswegen mache ich ihn darauf aufmerksam - die Frage ist sehr nah dran; das werden Sie verstehen -, dass er dann zu den konkreten Steuerungen in eingestufte Sitzung bitte was sagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Seit wann ist Ihnen bekannt, dass Regierungsstellen aus EU- und NATO-Partnerstaaten gesteuert wurden?

Zeuge R. U.: Darf ich jetzt was dazu sagen oder nicht?

MR Philipp Wolff (BK): Den Zeitpunkt: Ja. Zu den Inhalten dann - -

Zeuge R. U.: Aber - - Okay. Also, das - - die Frage war jetzt, dass Regierungsstellen aus EU im - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und NATO-Partnerländern -

Zeuge R. U.: Und NA- -

Martina Renner (DIE LINKE): - gesteuert wurden. Seit wann ist Ihnen das bekannt?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Mir ist es eher im Zeitraum dann eher bekannt, seitdem man es nicht mehr steuern darf, nämlich da 2013, 14, 15.

Martina Renner (DIE LINKE): Und davor haben Sie nie eine Meldung gesehen, irgendwas, was mit EU oder NATO zu tun hatte.

Zeuge R. U.: Nein. Weil die Highlights, die bei uns in Bad Aibling angezeigt waren, da ging es immer um Terror, da ging es um die Force Protection; das waren für uns die relevanten Meldungen. Also, es ist nie irgendwie ein Mitarbeiter zu mir gekommen und hat gesagt: Da habe ich jetzt aber eine tolle EU-Organisation oder eine tolle Meldung dazu gemacht. - Also: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie? Also, Sie würden sagen - -

Zeuge R. U.: Ich kann mich nicht dran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, zwischen „Es fand nie statt“ und „Ich kann mich nicht dran erinnern“ gibt es ja einen Unterschied. Also, Sie würden sagen, Sie können sich nicht dran erinnern.

Zeuge R. U.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich sonst an irgendeinen Vorgang erinnern, ANSO-Skandal zum Beispiel, dass mal irgendwas kritisch war?

Zeuge R. U.: Den Namen habe ich jetzt nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): ANSO-Skandal, Frau Koelbl.

Zeuge R. U.: Frau Koelbl kenne ich, glaube ich, aus der Presse, aber nicht als konkreten Vorgang.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff „Beifang“?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn das?

Zeuge R. U.: Ein Beifang ist - - Also, nach meiner Definition ist ein Beifang, wenn ich, ich sage mal, einen legitimen Selektor habe, der geprüft ist, der G-10-frei ist, der dem APB entspricht, und wenn derjenige dann - als Beispiel - mit jemandem telefoniert, den wir nicht erfassen dürften, dann ist das ein Beifang und muss dann entsprechend behandelt werden, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gelöscht werden.

Zeuge R. U.: Ja, wenn es ein deutscher ist, gelöscht werden, bzw. dann muss man es ja an die - - dann tritt ja auch so ein Mechanismus ein, dass man das dann auch anzeigt in der Zentrale, an das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Jeder Beifang wird angezeigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja, jeder deutsche mit Sicherheit.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was ist mit den anderen Beifängen? Wie werden die behandelt?

Zeuge R. U.: Wie es jetzt ist, weiß ich nicht. Aber zu der Zeit, als wir sozusagen Regierungsorganisationen noch steuern hätten dürfen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Gesteuert haben, ja.

Zeuge R. U.: - oder gesteuert haben -, muss auch kein - - hätte der Mitarbeiter ja auch gar keinen Beifang diesbezüglich anzeigen müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also, die, weiß ich nicht, US-amerikanische Botschaft in Paris oder die britische Botschaft in Tel Aviv und so, das hätte niemand anzeigen müssen.

Zeuge R. U.: Nach meinem Verständnis hätte er das nicht machen müssen. Aber ob der einzelne Mitarbeiter dann, wenn er sozusagen darüber gestoßen ist und ihm klar war, dass das ein Beifang ist, ob er das dann nicht doch gemacht hat, einfach mal, um die zentrale Nachrichtensbearbeitung drauf hinzuweisen, ist - - weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge R. U.: Könnte aber sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie eigentlich Zutrittsberechtigung in die Blechbüchse, SUSLAG?

Zeuge R. U.: Ich musste klingeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie kamen rein.

Zeuge R. U.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Das unterscheidet Sie von vielen anderen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kein Schlüssel?)

Zeuge R. U.: Wie bitte?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kein Schlüssel?)

- Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer kam hinein? D. B., Sie und wer noch?

Zeuge R. U.: Na ja, einige Mitarbeiter natürlich aus Bad Aibling, die bekannt waren, die auch regelmäßig mit den Amerikanern zu tun hatten. Dann natürlich sehr, sehr viele Mitarbeiter aus der Zentrale; denn die Verbindungszelle von der NSA, die es in Bad Aibling gab, hat ja nicht - - eigentlich weniger mit uns gearbeitet als mehr mit der Zentrale, und da gab es natürlich viele Besprechungen auch. Aber wie der formale Ablauf ist, ob sich dann jemand aus der Zentrale sozusagen irgendwo bei der NSA melden muss, dass er Einlass kriegt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das ist eine ganz interessante Aussage: Die Zentrale hat mehr mit SUSLAG zusammengearbeitet als Sie.

Zeuge R. U.: Na ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und was haben die gemacht?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war aber bei Ihnen auf dem Gelände, nicht? Steht auf einer Bodenplatte der BImA das Ganze, ja; ist nicht extraterrestrisch.

Zeuge R. U.: Ich weiß, dass es jede Menge - was heißt jede Menge? -, dass es einige Besprechungen während meiner knapp sechs Jahre, als ich dort war, in dem Gebäude der SUSLAG gab, wo eben aus der Zentrale und aus anderen BND-Bereichen Menschen teilgenommen haben; da war ich in der Regel nicht mit dabei. Deswegen kann ich Ihnen auch nicht sagen, was die genau besprochen haben, ob das einzelne Operationen waren oder - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ihr Abteilungsleiter war da auch regelmäßig?

Zeuge R. U.: Regelmäßig war von denen keiner; aber die waren alle immer wieder mal - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es einen Datenaustausch zwischen der Erfassung in Bad Aibling und SUSLAG?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder lief das alles über Pullach? Das ist so ein bisschen umständlich; also: Bad Aibling schickt das nach Pullach, und Pullach schickt das wieder nach Bad Aibling.

(Christian Flisek (SPD):
Also doch!)

Zeuge R. U.: Ja, die Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Das klingt ein bisschen abstrus.

Zeuge R. U.: Ja, ist es aus meiner Sicht nicht. Wir - - Also wenn ich Sie richtig verstanden habe, sprechen wir jetzt wieder von den NSA-Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Also, die Meldungen kamen aus Pullach. Und was war mit den Metadaten?

Zeuge R. U.: Sprechen wir jetzt von den Selektoren, oder sprechen wir von Meldungen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich habe gesagt: Wenn Sie sa- - Also, ich wollte fragen, ob die Meldungen aus Pullach kamen und die Metadaten vielleicht direkt von Ihnen.

Zeuge R. U.: Tut mir leid; das verstehe ich jetzt nicht, den Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß nicht, was daran nicht zu verstehen ist.

Zeuge R. U.: In Bad Aibling wurden Meldungen generiert, und in Bad Aibling wurden Metadaten generiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. U.: Und die Selektoren wurden in der Zentrale überprüft.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge R. U.: Auf Basis dieser Selektoren, dieser überprüften Selektoren, wurden in Bad Aibling Meldungen generiert aus den Erfassungssystemen. Diese Meldungen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber die Amerikaner haben doch auch Metadaten bekommen.

Zeuge R. U.: Auch die Metadaten, genau, wurden in Bad Aibling auch erhoben, und die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und die wurden auch über Pullach den Amerikanern zur Verfügung gestellt.

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder direkt?

Zeuge R. U.: Direkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Direkt.

Zeuge R. U.: Aber nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. Dann gibt es zwei verschiedene Wege: Also, die Metadaten nehmen dann den direkten Weg, und die Meldungen einen Umweg über Pullach.

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, wie ist es dann?

Zeuge R. U.: Die Selektoren werden in Pullach überprüft; danach erfolgen Erfassungen in Bad Aibling. Diese Erfassungen können Metadaten oder Meldungen - ich nenne es jetzt mal so; ich weiß nicht, ob es bei den Amerikanern auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Meldungen“ heißt -, Treffer zum bestimmten Selektor sein. Und das wird beides nach Filtermechanismen, die wiederum die Zentrale zur Verfügung stellt, in Bad Aibling noch mal geprüft und geht dann direkt an die Amerikaner, aber an die Amerikaner, an die NSA, aber nicht an die SUSLAG, sprich: Blechbüchse.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Sondern wohin?

Zeuge R. U.: So war der Weg.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach Darmstadt.

Zeuge R. U.: Müsste ich jetzt lügen, auf welchen - - auf irgendeinen NSA-Server; weiß ich jetzt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt nach zehn - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter den Meldungen, die die Amerikaner bekamen, waren dort auch solche, die durch BND-Selektoren generiert wurden?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke. - Ich will noch mal dran anknüpfen, wo wir bei der letzten Runde stehen geblieben sind. Sie haben ja da bestätigt, dass aus Ihrer Sicht der Umgang mit den Selektoren - ich fasse das jetzt mal zusammen, ohne Sie zu zitieren - so eine Art - - im Laufe der Zeit so ein Optimierungsprozess war - ja? also, man hat kontinuierlich an Verbesserungen gearbeitet, richtig? -, -

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - aber im Endeffekt Sie gesagt haben: Aus Sicht des handelnden Mitarbeiters war eigentlich immer alles klar und in Ordnung.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Als Sie dann im Herbst 2013 die Bundeskanzlerin mit ihrem berühmten Zitat - haben Sie ja gehört, nicht? -: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ - - haben Sie gedacht: Was will die? Ist eh alles klar; machen wir ja nicht; ist ja auch schon angewiesen. - Oder haben Sie sich gedacht: „Oh, das ist aber jetzt was völlig Neues“, oder haben Sie sich gesagt: „Was sagt die da? Weiß die nicht, was wir hier tun?“?

Zeuge R. U.: Na, es war für uns in dem Fall auch - - Die Sachlage war so, dass wir dieses - also zumindest, so wie ich es aus der Presse jetzt noch weiß - - Dieses Ausspähen unter Freunden hat man ja auch, also in Bad Aibling, konkret nicht gemacht; da gab es ja keinen europäischen Minister oder irgendjemanden, der bei uns jetzt so aktiv in der Erfassung, oder so was war, -

Christian Flisek (SPD): Ach was?!

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das ist aber
neu!)

Zeuge R. U.: - wo es eine Meldung dazu gab, sagen wir mal so. Unsere Strecken, die wir aufgeschaltet hatten, waren Krisengebiete, -

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge R. U.: - ausschließlich Krisengebiete.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist ja demnächst auch USA.

(Heiterkeit)

- Gut. - Nein, das war jetzt ein Witz; das war jetzt eine unqualifizierte Bemerkung meinerseits. -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber, ich sage es mal so: Ich kann das jetzt nicht ganz nachvollziehen, was Sie da sagen, weil unsere intensive Beschäftigung mit den Selektoren - - Beziehungsweise, anders formuliert, das, was ja in der Presse zu vernehmen war, deutet ja durchaus daraufhin, dass „Ausspähen unter Freunden“ ein Alltagsgeschäft war. Und Ihr Kollege hier - ich habe jetzt die Buchstaben nicht mehr parat -, aber der hat uns gesagt: Das ist - - Also, alles außerhalb von Deutschland ist zum Abschuss freigegeben, ob Freund, ob Feind; völlig wurst.

Zeuge R. U.: Wenn der das so sagt, ja; rein gesetzlich war es so. Aber ich kann auch noch mal - -

Christian Flisek (SPD): Ja, eben. Und Sie haben sich freiwillig nicht an den gesetzlichen Rahmen - - haben den überobligatorisch befolgt, oder wie?

Zeuge R. U.: Es war für uns in Bad Aibling in dem Sinne nicht relevant, weil wir unsere Meldungen und unser Hauptaugenmerk auf Krisengebieten hatten. Und da ist einfach - - da gab es keine Treffer dazu.

Christian Flisek (SPD): Na ja, kommen wir jetzt - - Jetzt müssen wir uns aber auch wirklich nicht erzählen, wie das läuft. Also, wenn da der Staatssekretär im französischen Außenministerium permanent mit afrikanischen Kolleginnen und Kollegen in den französischen Kolonien - ehemaligen - telefoniert, was haben Sie denn mit dem gemacht? Ist das jetzt Krisengebiet oder nicht, Aufklärung in Krisengebieten?

Zeuge R. U.: Einzelfälle kenn ich nicht, aber da - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ist das jetzt - - Gehört das - -

Zeuge R. U.: Na, das wäre dann das, was die - - nach meinem Wissensstand der Beifang - - Also, wenn ich - -

Christian Flisek (SPD): Das ist kein Beifang. Beifang ist, wenn Sie zufällig was erwischen, was Sie eigentlich nicht erwischen wollen. Die Frage ist, ob Sie zielgerichtet europäische Botschaften

im Ausland aufklären, die beispielsweise eben auch Kontakte, mutmaßliche Kontakte, mit Personen aus Krisengebieten haben oder sich selber in Krisengebieten befinden, oder ob Sie gleich zum Beispiel an das Außenministerium in Großbritannien oder was man sich immer alles vorstellen kann - - die Leute anzapfen, die eventuell solche Kontakte regelmäßig pflegen.

Zeuge R. U.: Nein. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, war der Fall, den Sie konstruiert haben, aber auch andersrum, sprich: Es war eine Institution in einem Krisenland, und es war nicht eine EU-Institution, und mit - - also wirklich eine - -

Christian Flisek (SPD): Was habe ich konstruiert?

Zeuge R. U.: So habe ich es verstanden. Vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden.

Christian Flisek (SPD): Nein. Noch mal: Ich rede über Botschaften, und ich rede darüber, dass Sie direkt an, zum Beispiel, Außenministerien von EU-Partnern beispielsweise rangehen - darüber rede ich -; das steht ja in den Zeitungen.

Zeuge R. U.: Was wir bei uns erfasst haben, war, wenn Sie ein Krisenland in Afrika haben und der dortige - keine Ahnung - Verteidigungsminis-

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Entschuldigung, Herr Wolff meldet sich gerade.

MR Philipp Wolff (BK): Wenn es um konkrete Inhalte geht, dann bitte wirklich nur in eingestufte Sitzung. Wir können hier nicht über Inhalte von Selektoren, was wir erfassen, in öffentlicher Sitzung reden.

Christian Flisek (SPD): Ja, Herr Wolff, das Problem ist nur: Wir haben ja - - Da waren Sie ja auch dabei, als diese berühmte Aussage - nicht? - „zum Abschuss freigegeben“ hier mal gefallen ist; die ist ja jetzt auch mehrfach immer wieder herangezogen worden und zitiert worden; hat ja fast Geschichte geschrieben. Und der Zeuge versucht uns das sozusagen als eine Einzelmeinung darzustellen, ja. Und ich möchte jetzt einfach wissen, inwieweit er Kenntnisse hat, er persönlich Kenntnisse hat, dass das eben so war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Philipp Wolff (BK): Aber das eine ist die Rechtsfrage -:

Christian Flisek (SPD): Ja.

MR Philipp Wolff (BK): - „zum Abschluss freigeben“, wie ich das bewerte; das andere - und da habe ich jetzt den Zeugen so verstanden -, dass er ausführen wollte, was konkret gesteuert wurde. Und das können wir nicht in öffentlicher Sitzung machen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Kommen wir noch mal zurück zur Bundeskanzlerin, also: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Lassen wir das jetzt mal so dastehen. Und jetzt gucken Sie sich mal Ihren Maßstab an, unter dem Sie dieses Geschäft zu betreiben haben, also: deutsche Rechtslage. Was gehört da alles dazu, was einschlägig ist, für Sie? Was war Ihr rechtlicher Maßstab?

Zeuge R. U.: Rechtlicher Maßstab war, dass man sich -

Christian Flisek (SPD): BND.

Zeuge R. U.: - nach dem - - also - -

Christian Flisek (SPD): BND-Gesetz.

Zeuge R. U.: BND-Gesetz, G 10, dass man sich danach zu richten hat, genau.

Christian Flisek (SPD): Was noch?

Zeuge R. U.: Ja, es muss APB-konform sein.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Es muss ein Auftrag dazu da sein. Also, es gibt ja ein paar so Stufen.

Christian Flisek (SPD): So, und bringen Sie das mit dem, was die Kanzlerin da unterstellt - Sie haben sich genau an das alles gehalten oder sich zumindest drum bemüht -, bringen Sie das jetzt mit der Aussage der Kanzlerin, was Sie da getan haben, zusammen, oder sagen Sie: „Da gibt es eine Diskrepanz“?

Zeuge R. U.: Also, ich bin ja nicht für alle Erfassungen und Meldungen des BNDs verantwortlich; ich kann immer nur für Bad Aibling sprechen.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge R. U.: Und da hatten wir solche Fälle eben - - Ist mir jetzt nichts bekannt, dass wir da konkret direkt so jemanden gesteuert hätten. Wir waren mit Krisengebieten beschäftigt.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Und wenn es ein Highlight gab, wenn irgendjemand mir tatsächlich mal gesagt hat: „Da haben wir eine tolle Meldung; da ist irgendwas“, dann war es ein Highlight, dass man sagt: „Wir konnten bei einer Entführung in Somalia mithelfen“ oder so was. Das war unser Tagesgeschäft.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Es gibt aber auch in Afghanistan viele politische Delegationen, militärische Delegationen aus Partnerländern, die halt da sind, wo das durchaus auch Sinn machen könnte. Afghanistan ist, was jetzt Polittourismus betrifft, sicherlich eines der meistbesuchten Länder gewesen.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und in diesem Zusammenhang ist nie irgendwas passiert.

Zeuge R. U.: Ist mir nichts bekannt, nein.

Christian Flisek (SPD): Also, dann bewerten Sie mir jetzt noch mal: Hat die Kanzlerin keine Ahnung gehabt, oder hat sie einfach nur das beschrieben, was eh stattfindet?

Zeuge R. U.: Das kann ich nicht bewerten; tut mir leid.

Christian Flisek (SPD): Können Sie nicht bewerten?

Zeuge R. U.: Ich kann doch nicht die Kanzlerin bewerten, wie sie was gemeint hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, natürlich können Sie das. Sie können das Zitat der Kanzlerin, das ich Ihnen gerade gesagt habe, zusammenbringen mit Ihrer Arbeit.

Zeuge R. U.: Das habe ich ja getan. Ich habe ja versucht, darzustellen, dass es für uns in Bad Aibling eben nicht so von - - im alltäglichen Geschäft nicht so präsent war, weil wir uns in den Krisenregionen beschäftigt haben.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. Wir sind da ein Stück weiter. Aber trotzdem: Ist das, was die Kanzlerin da beschrieben hat - - Trifft das das, was Sie bereits getan haben, oder war das eine neue Wendung in dem Ganzen?

Zeuge R. U.: Wir in Bad Aibling haben Krisenregionen bearbeitet; wir haben nicht gezielt Freunde ausgespäht. Aber was die Kanzlerin genau gemeint hat, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Französische Botschaft in Mali gehört dazu. Nehmen wir mal an, eine Krisenregion: Würde das dazugehören?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Was wissen Sie eigentlich? Also, mir reicht es jetzt mittlerweile, dass Sie immer nur sagen: Weiß ich nicht. - Sie sagen gerade die ganze Zeit zu Recht, Sie haben sich auf Krisenregionen konzentriert. Jetzt nehme ich ein Krisenland in Afrika, wo mir niemand abstreiten würde, dass das jetzt eine Krisenregion ist, und gebe Ihnen ein konkretes Beispiel: französische Botschaft in Mali. Wäre das okay, wäre das sozusagen das, was immer gemacht wurde, oder ist das etwas, wo Sie sagen: „Nein, machen wir nicht“?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Zu konkreten Beispielen -

Christian Flisek (SPD): Na ja.

MR Philipp Wolff (BK): - kann der Zeuge hier nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Genau.

MR Philipp Wolff (BK): Das ist leider so, Herr Flisek. Da können wir in eingestufte Sitzung drüber reden.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn was von der Betriebsamkeit nach dem Zitat der Kanzlerin im Hause des Bundesnachrichtendienstes mitbekommen?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja? Da sind ja auch ein paar Telefonate und Gespräche gelaufen.

Zeuge R. U.: Wer mit wem telefoniert -

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie nicht.

Zeuge R. U.: - und gesprochen hat, weiß ich natürlich nicht; aber das Ergebnis sieht man ja.

Christian Flisek (SPD): Also, scheinbar war es ja doch irgendwie so, dass das Zitat der Kanzlerin nicht einfach nur eine Sachverhaltsbeschreibung der bisherigen Arbeit des BND war, sondern scheinbar war das, was die Kanzlerin da mit einem Satz gesagt hat, doch etwas, was Anlass dazu gegeben hat, dass einige Leute mal gesagt haben: Jetzt müssen wir uns ein paar Dinge noch mal genauer anschauen.

Zeuge R. U.: Kann sein.

Christian Flisek (SPD): Stimmen Sie dem zu, dass das so war?

Zeuge R. U.: Kann sein, ja; stellt sich so dar, ja.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Und gab es da eine Weisung vom damaligen Chef des Bundeskanzleramtes Pofalla?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Herrn Pofalla kennen Sie.

Zeuge R. U.: Ich kenne Herrn Pofalla; aber ich weiß nicht, ob er - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Haben Sie den mal getroffen?

Zeuge R. U.: Hm. Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Und Sie wissen auch nie - - Haben Sie mit dem mal gesprochen, telefoniert oder sonst irgendeinen Kontakt gehabt? - Nein.

Zeuge R. U.: Ich bin ein kleiner, einfacher Beamter. Nein.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?)

Christian Flisek (SPD): Na ja, immerhin haben Sie ja Herrn Altmaier schon mal getroffen.

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Christian Flisek (SPD): So, und das bedeutet: Sie wissen nicht, ob vonseiten Herrn Pofallas da irgendwann, ausgehend von dem, was die Kanzlerin gesagt hat, es zu einer neuen Weisungslage kam.

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Da ist nie was an Sie herangetreten, obwohl Sie in Bad Aibling nur Krisenregionen machen.

Zeuge R. U.: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass mir irgendjemand gesagt hätte: Der Minister Pofalla hat jetzt aufgrund irgendwelcher Vorkommnisse eine ganz konkrete Weisung erteilt. - Wenn es so eine Weisung gab, dann, stelle ich mir vor, wäre die wahrscheinlich genauso den Dienstweg von - in dem Fall dann - ganz oben bis nach ganz unten durchgereicht worden, dass wir dann irgendwas umsetzen müssen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn irgendwann in diesem Kontext, in diesem zeitlichen Kontext, dann angefangen, mal zu sortieren, Listen zu löschen, eventuell einzelne Selektoren zu löschen, auszusortieren?

Zeuge R. U.: Immer wenn eine Weisung kam, dass zum Beispiel diese - wie haben Sie es genannt? - EU-Regierungsstellen nicht mehr zu steuern sind, dann mussten wir das natürlich umsetzen; klar. Wenn dann da was da war - -

Christian Flisek (SPD): Ach, immer wenn eine Weisung kam. Aber Sie haben doch gerade gesagt: Es kam keine Weisung danach.

Zeuge R. U.: Ich habe gesagt: Es kamen viele Weisungen. - Ich kann mich nicht mehr - -

Christian Flisek (SPD): Dann erzählen Sie mir mal, welche Weisungen es beispielsweise gab im Nachgang des Kanzlerinzitats.

Zeuge R. U.: Wann war das Kanzlerinzitat noch mal? Das war - -

Christian Flisek (SPD): Im Oktober 2013.

Zeuge R. U.: 13. - Ja, da gab es auf alle Fälle diese eine Weisung, von der wir jetzt schon öfters gesprochen, wo ich gesagt habe: Ich weiß nicht mehr genau, wann die kam und ob wir das in einer Vorabversion schon mal schriftlich hatten. - Irgendwann kam mal was schriftlich; aber ich weiß nicht - -

Christian Flisek (SPD): Was stand dadrin, mehr oder weniger?

Zeuge R. U.: Wie ich es vorher schon gesagt habe.

Christian Flisek (SPD): Ja, sagen Sie es noch mal.

Zeuge R. U.: Die Regierungsorganisationen aus der EU sind aus der Erfassung rauszunehmen.

Christian Flisek (SPD): Die Regierungsorganisationen.

Zeuge R. U.: So ungefähr, ja; das war so.

Christian Flisek (SPD): Kategorisch.

Zeuge R. U.: Und NATO, glaube ich, stand auch noch mit drin.

Christian Flisek (SPD): Kategorisch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Egal ob Krisenland oder Nichtkrisenland.

Zeuge R. U.: Ich bin mir nicht mehr ganz sicher; aber ich meine, ja.

Christian Flisek (SPD): Also eine Änderung.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Musste man jetzt irgendwie was neu machen.

Zeuge R. U.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Das hat man dann umgesetzt.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): So, und für welche Selektoren hat man das umgesetzt? Für alle, für die BND-eigenen, oder nur für die NSA; oder für alle beide?

Zeuge R. U.: Also, wir konnten es in Bad Aibling ja nur für unsere kleine - - Wie soll man sagen? Die wenigen Selektoren, die wir selber in das Steu- - oder die wir selber zur Steuerung generiert haben, für die mussten wir es machen. Was die Zentrale - -

Christian Flisek (SPD): Das sind die BND-eigenen Selektoren.

Zeuge R. U.: Ein Teil der BND-eigenen, genau. Was die Zentrale mit den BND-eigenen Selektoren gemacht hat, weiß ich nicht. Und was die Zentrale mit der Überprüfung der NSA-Selektoren daraufhin gemacht hat oder was gemacht hat, weiß ich auch nicht.

Christian Flisek (SPD): Können Sie eigentlich Ihre Arbeit in Bad Aibling so tun, ohne all solche Dinge zu wissen? Wissen Sie, ich stelle mir das in Organisationen doch immer so vor, dass man gerade bei solchen Themen irgendwo - - dass da die Informationen ein bisschen vernetzter sind. Na ja, mein Eindruck ist irgendwie da bei Ihnen -

da waren ja Ihre Worte: Ich bin ein kleiner Beamter -: Man sitzt da in seiner Schublade, und man weiß nicht, was in der linken Schublade, rechten Schublade, drüber und drunter ist.

Zeuge R. U.: So würde ich es jetzt nicht interpretieren. Es gibt ja nach wie vor regelmäßige Besprechungen. Einmal in der Woche gab es eine Besprechung mit all den anderen Referatsleitern und Außenstellenleitern zusammen mit unserem UAL. Es gab in Bad Aibling die Besprechung mit meinen Sachgebietsleitern, wo ich denen die Informationen weitergegeben habe; also es war halt alles im Fluss. Und es gibt auch eine Besprechung, wo der Abteilungsleiter mit seinen Unterabteilungsleitern spricht. Und es gibt eine Besprechung, wo die Abteilungsleiter mit dem Präsidenten sprechen. Also die Ketten sind schon gewährleistet.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie aus dem April 2014 dann die Weisung vom Abteilungsleiter TA, Pauland?

Zeuge R. U.: Wenn es eine gab, dann muss ich die kennen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Ich kann mich jetzt aber nicht erinnern, was in der konkret stand. Aber wenn es eine gab, dann hat uns die garantiert auch erreicht, und dann wurde die in dem Stil halt umgesetzt. Es gab ja keinen Grund - - Es gibt ja für niemand im BND einen Grund, eine Weisung nicht auszuführen. Hätte ja keiner was davon.

Christian Flisek (SPD): Gab es denn mal Weisungen, wo Sie gesagt haben: „Wenn ich die jetzt habe, na ja, also, die sind denkbar unkonkret“? Ich meine, Weisung ist ja nicht gleich Weisung.

Zeuge R. U.: Ja, aber nie so unkonkret, dass man es nicht ausführen hätte können, wenn es - - Fällt mir jetzt spontan keine konkrete ein, aber man hat ja immer die Möglichkeit, Rücksprache mit seinem Vorgesetzten zu halten, wenn irgendeine Sachlage unklar war. Dafür hat man sich ja einmal die Woche in der Zentrale getroffen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und als dann der Chef des Bundeskanzleramtes Altmaier im März 2015 in Pullach war und Sie ja auch dabei waren und es sozusagen auf den hinteren Bänken eine angespannte Situation gab - Sie sich aber nicht mehr genau erinnern können, was da gesagt wurde -, hatten Sie dann das Gefühl, dass dieser Besuch noch mal dazu geführt hat, dass man noch einmal bei dieser ganzen Selektorenprüfung, Aussteuerung nachstellen musste, korrigieren musste?

Zeuge R. U.: Kann sein; weiß ich aber nicht. Habe ich nichts davon mitbekommen.

Christian Flisek (SPD): Warum waren Sie eigentlich da?

Zeuge R. U.: Na, ich wurde halt - wie soll man sagen? - als Teilnehmer gefordert. Ich weiß es nicht, wer wollte, dass ich dabei bin. Also ich habe in der Besprechung, ich glaube, keine Wort gesagt; ich saß halt mit dabei.

Christian Flisek (SPD): Sie wissen nicht, warum Sie bei so einem Termin dabei sind?

Zeuge R. U.: Na ja, das ist ja - -

Christian Flisek (SPD): Ich sage Ihnen ganz offen: Bei Ihnen ist mir mittlerweile zu viel „Ich weiß nicht“ dabei. Ich bin da mittlerweile - - Wir waren jetzt alle hier eine ganze Zeit, aber das, finde ich - - Das geht gar nicht. Ich meine, das ist ein Ereignis aus dem März 2015. Sie haben gerade selber bestätigt: Es war für Sie zum ersten Mal, dass Sie den Chef des Bundeskanzleramtes vielleicht persönlich sahen als Mitarbeiter des BND. Also das ist schon ein Ereignis. Sie sagen: Das war eine angespannte Situation. Sie sagen uns aber, Sie wissen nicht, was besprochen wurde. Sie wissen nicht, warum Sie überhaupt dabei waren. - Das ist ziemlich viel „Ich weiß nicht“.

Zeuge R. U.: Also, ich habe ja vorher durchaus gesagt, dass ich weiß, dass man eben erklärt hat - so weit kann ich mich eben noch erinnern -, wie diese Filtermechanismen bei uns funktionieren, wie so eine Datei aufgebaut ist. Also solche Sachen hat man eben erklärt, und das hatte ich vorher auch schon gesagt. Und zu dem Thema, ob

ich weiß, ob ich mit dabei war oder nicht - - Ich würde das vielleicht gerne mit einem Beispiel, wie ich so was gemacht habe in Bad Aibling, dann erläutern.

Christian Flisek (SPD): Gerne.

Zeuge R. U.: Wenn wir Besuch hatten - und wir hatten ja ab 2013 sehr, sehr viel Besuch, auch hochwertigen Besuch, also bei uns waren ja viele Politiker, Präsident usw, öfter da - und wenn ich weiß, es geht um ein bestimmtes Thema, aber nicht genau, dann hätte ich mir als Dienststellenleiter auch gesagt: Du und du und du und du, bitte auch mal mit dazusetzen, auch wenn du jetzt noch nicht genau weißt, ob du da überhaupt drankommst, ob du da eine Funktion hast, aber falls ich dich brauche, dann sitzt du mit dabei. - Und ich nehme an, das war in meinem Fall ähnlich. Denn wenn der Minister Altmaier eine konkrete Frage gehabt hätte zu Bad Aibling, die vielleicht nur ich beantworten hätte können, dann wäre es ja peinlich gewesen, wenn ich nicht am Tisch gesessen hätte und dann der Präsident Schindler hätte sagen müssen: Den Herrn U., den müssen wir jetzt erst mal noch besorgen. - Also, ich nehme an, bei solchen Besprechungen nimmt man schon ein größeres Umfeld an Menschen einfach mit, um vorbereitet zu sein, wenn Fragen kommen, die Spezialisten klären können.

Christian Flisek (SPD): Das halte ich auch absolut für nachvollziehbar. Aber das Entscheidende ist das, was Sie gerade gesagt haben: um vorbereitet zu sein. So. Das heißt, ich müsste eigentlich schon auch wissen, warum der Herr Altmaier überhaupt kommt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das wäre dann die letzte Frage.

Christian Flisek (SPD): Wieso ist er denn gekommen?

Zeuge R. U.: Ich weiß nicht. Ich kenne ja nicht die Kommunikation zwischen dem Präsident Schindler und dem Minister Altmaier. Insofern kann ich auch nicht sagen, was sein konkreter Beweggrund war, uns zu besuchen. Ob der - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das ist Ihnen auch nicht kommuniziert worden?

Zeuge R. U.: Nein. Da bin ich doch zu weit unten. Da saßen Abteilungsleiter, da saßen Unterabteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber Sie müssen ja vorbereitet sein auf etwaige Fragen.

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeuge R. U.: Ich saß - - Ich kann doch einen Mitarbeiter - - Das ist genau das Gleiche, was ich vorher geschildert habe: Wenn ich als Dienststellenleiter hohen Besuch kriege und nicht genau weiß, was kommen könnte, dann lade ich auch die relevanten Mitarbeiter, wo ich mir denken könnte, da kommt eine Frage auf, mit dazu ein. Und dann kann ich dem auch nicht sagen: Du musst dich jetzt vorbereiten auf dies und auf jenes. Du bist einfach da, weil du als Wissensträger sozusagen, falls eine Frage kommt, Antwort geben musst.

Christian Flisek (SPD): Ich mache das auch mit meinen Mitarbeitern. Aber wenn zum Beispiel mein Fraktionsvorsitzender sich bei mir ankündigt und ich dann meine Mitarbeiter dazunehme, dann sage ich denen zumindest vorher, warum der kommt. Der macht nämlich nicht einfach nur eine Betriebsbesichtigung in der Regel; dafür hat er nicht die Zeit.

Zeuge R. U.: Mir hat man es nicht gesagt.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie wissen es nicht.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann geht es weiter bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke. - Ich mache da mal direkt weiter bei dieser Besprechung in angespannter Atmosphäre. War denn da in dieser Besprechung - Sie

erinnern sich ja dunkel noch, dass Sie da waren und auch, dass die Atmosphäre angespannt war - von einer Weisung die Rede?

Zeuge R. U.: Kann ich mich nicht erinnern, dass man da konkret über Weisungen gesprochen hat. Ich weiß es nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn heute noch sagen, was eigentlich Anlass oder Inhalt der Besprechung war. Jetzt grundsätzlich: Ging es da um einen Höflichkeitsbesuch? Ich denke, die Atmosphäre war angespannt, weil es um etwas ging, was vielleicht unangenehm werden konnte, oder so was.

Zeuge R. U.: Also, den Anlass des Besuchs - habe ich ja gerade auch schon beantwortet - weiß ich nicht. Da kommuniziert ja unser Präsident mit dem Kanzleramt. Warum der Minister Altmaier ganz konkret kommen wollte, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache es mal ganz konkret: War Anlass dieses Gespräches, dieses Besuches - hochrangiger Besuch -, dass festgestellt worden ist, irgendwo gemeldet worden ist, dass der BND Selektoren benutzt, einstellt, eigene Selektoren, die, ich sage mal, bemakelt - - nicht eingestellt hätten werden dürfen, -

Zeuge R. U.: Kann ich mich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dass darüber nun informiert wurde: Stimmt das, oder stimmt das nicht, oder stimmt es halb, oder - - So. Kann das sein, dass das das Thema war? Ich meine, das trieb danach die ganze Republik um.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Teil davon!)

- Oder einen Teil, sagen wir mal, einen kleinen. Wir sehen das immer subjektiv hier.

Zeuge R. U.: Kann ich mich nicht dran erinnern. Ich kann nur noch mal wiederholen, was ich vorher schon gesagt habe: Ich weiß noch, dass der Präsident durchs Gespräch hauptsächlich geführt



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat, dass einige Leute mit dabei waren als Wissensträger, „hot standby“ sozusagen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Hot“ was?

Zeuge R. U.: - „hot standby“, also dabei waren, um bereit zu sein -, und dass er sich, ich glaube, über die Filtermechanismen, wonach unsere Meldungen ja nach G 10 usw. ausgefiltert werden - - dass man ihm das präsentiert hat, also abstrakt, wie das abläuft. An das kann ich mich noch erinnern, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und warum war das da gespannt? Warum war das nicht eine fröhliche Runde?

Zeuge R. U.: Also, ich habe ja schon einige hochrangige Gäste empfangen in Bad Aibling, und dort war ja nicht nur ich der Empfänger, sondern der Präsident Schindler. Man ist immer angespannt, wenn man jemand Hochrangigen sieht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ach so.

Zeuge R. U.: Mir geht es so. Ich war dann immer ein Stück weit nervös. Auch wenn ein Politiker nach Bad Aibling kam und man ihm etwas erklären musste. Natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr R. U., diese Meldung war ja im Raum, die war Ihnen sicher auch bekannt: Der BND, von dem Sie ein nicht unwichtiger Teil waren, soll - ich sage es mal - über die Stränge geschlagen haben, was gemacht haben, was zu einer Aufregung - zu Recht oder zu Unrecht - geführt hat. Und deshalb war doch die Atmosphäre angespannt, oder?

Zeuge R. U.: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß nur das, was ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie nicht mehr sagen?

Zeuge R. U.: Ich weiß, dass ich für mich angespannt war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und warum? Fürchteten Sie, dass es da Vorwürfe gäbe, dass da ein Ereignis, was schon in der Zeitung stand - - Dass Herr Altmaier unter anderem auch bei Bundestagseinrichtungen, Gremien, Ausschüssen war und nachher auch öffentlich eine für die Verhältnisse heftige Kritik am BND geäußert hat - - Das wissen Sie alles nicht mehr, was da Thema war? Es hätte auch um eine neue Toilettenanlage gehen können oder - -

Zeuge R. U.: Also ich habe mich nicht gefürchtet. Ich kann Ihnen nur wiederholen: Für mich war es angespannt, und ich nehme mal an, für die anderen auch. Aber die Besprechung, soweit ich mich da erinnere, verlief sachlich und ruhig. Und es wurde, soweit ich mich jetzt erinnere, auch nicht irgendeiner von dem Minister als schuldig oder verantwortlich für irgendwas deklariert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für was denn? Um was ging es denn? Für was hätte jemand verantwortlich sein können?

Zeuge R. U.: Genau das ist ja eben nicht passiert, soweit ich mich erinnere, sondern man hat dem Minister gezeigt, wie solche Filterstufen funktionieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst nichts? Der wollte mal wissen eigentlich - - Filterstufen ist ein interessantes Thema. Ich mache mal eine Lehrstunde beim BND.

Zeuge R. U.: Na ja, es wird schon die ganze Erfassungskette auch gewesen sein, die er - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie doch nicht erzählen. Also, Herr R. U., überlegen Sie sich das noch mal. Das wird hier alles wörtlich protokolliert. Und wir werden ja vielleicht auch noch Leute dazu hören, die da dabei waren. Und worüber - - Wie viele Stunden hat das gedauert?

Zeuge R. U.: Stunden eher weniger. Ich weiß es nicht mehr genau. Mein Gefühl sagt mir irgendwas von zwischen ein und zwei Stunden vielleicht, die Größenordnung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war das Ergebnis dann? Wurde da direkt danach was gesagt oder später? Erinnern Sie sich noch, dass der BND kritisiert worden ist? Dass da einiges nicht richtig läuft, sage ich mal ganz zurückhaltend formuliert.

Zeuge R. U.: Ja, der BND wird ja jetzt schon lange kritisiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, vom Herrn Altmaier, nicht von Ströbele. Das stimmt schon lange.

Zeuge R. U.: Es ist mir nicht mehr bekannt, dass der Minister konkret gesagt hätte: Ab jetzt macht ihr dies so oder dies so. - Also kann ich mich nicht dran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Und er später eine Kritik geäußert hat, dass beim BND nicht alles in Ordnung ist.

Zeuge R. U.: In dieser Sitzung?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Später, im Anschluss an die Sitzung. Zu dem Thema, was er mit Ihnen diskutiert hat, -

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass es BND-Selektoren gibt, für die sich möglicherweise die Bundesregierung und die Kanzlerin schämen müssen, weil die nicht in Ordnung waren.

Zeuge R. U.: Also, der Minister hat - - Mit wem und über was der im Anschluss gesprochen hat, weiß ich nicht. Mit mir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine öffentliche Äußerung kennen Sie nicht? Dass der Bundesminister Altmaier, der zuständig ist für den BND, danach eine mehrfach - auch im Fernsehen - veröffentlichte Kritik am BND geäußert hat, das wissen Sie nicht?

Zeuge R. U.: Doch, der hat uns kritisiert, aber dass -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Warum denn eigentlich?

Zeuge R. U.: - das sozusagen das konkrete Ergebnis seines Besuches bei uns war, daran kann ich mich nicht erinnern. Also das bringe ich nicht mehr zusammen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Was hat er denn kritisiert? Was war ihm denn Kritik wert? Das macht er doch nicht jeden Tag. Meistens wird der BND gelobt vom Kanzleramt und auch von den Politikern. Nicht von allen.

Zeuge R. U.: Na ja, das wird wahrscheinlich - - Was hat der uns kritisiert? Dass wir Regierungsorganisationen aus der EU eben in den Erfassungslisten haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und war das Thema der Besprechung?

Zeuge R. U.: Mit Sicherheit auch, ja, aber ich kann mich da an Details nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach jetzt: mit Sicherheit.

Zeuge R. U.: „Mit Sicherheit“ nehme ich zurück. Ich weiß es einfach nicht mehr genau. Ich weiß nur konkret: Die Filterstufen, wie man die erklärt hat, was da passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das reicht langsam. - Jetzt will ich mal ein ganz anderes Thema - - Sagen Sie, Herr R. U.: Warum ist Ihnen eigentlich eine Weisung erteilt worden hinsichtlich der Selektoren? Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, hatten Sie doch mit der Prüfung der Selektoren überhaupt nichts zu tun, sondern die einen Selektoren haben Sie von der NSA bekommen, haben die nach Pullach weitergeleitet nach der normalen Prüfung nach dem G-10-Gesetz. Und dann kriegten Sie die zurück und haben die dann eingestellt, ohne sich mit den Einzelheiten - haben Sie am Anfang heute erzählt - zu befassen. Ist das richtig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum sagt man Ihnen jetzt, was da drin sein darf und was nicht? Da haben Sie doch nichts mit zu tun, gar keinen Einfluss drauf.

Zeuge R. U.: Bei den NSA-Selektoren ist das vollkommen korrekt; aber es gibt ja auch die BND-eigenen Selektoren, die zum Großteil auch aus der Zentrale kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Großteil, ja.

Zeuge R. U.: Da hatte die Zentrale dafür zu sorgen. Und es gab daneben ja noch - das hatte ich vorher auch schon mal erwähnt - die Möglichkeit für unsere Nachrichtens bearbeiter und Nachrichtengewinner, neue Ziele zu detektieren, sprich: Die hatten auch die Möglichkeit, in einem kleinen Umfang neue Selektoren einzustellen. Und die mussten sich dann natürlich auch daran halten, dass sie solche eben nicht einstellen. Also insofern hat die Weisung schon Sinn gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Weisung bezog sich dann nur auf diese Rest- - wenn Sie selber Selektoren generiert haben oder erfunden oder geplant haben, ja?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann die letzte Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur für den Bereich?

Zeuge R. U.: Es bezog sich konkret genau auf das, was wir selber in der Hand hatten, was wir selber beeinflussen konnten - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte aber nichts mit NSA-

Zeuge R. U.: Gar nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und sonstigen BND-Selektoren zu tun?

Zeuge R. U.: NSA und BND ist Abteilung T2, und da hatte ich keinen Einfluss drauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Gut. Dann geht es weiter. - CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan in der öffentlichen Sitzung keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge, können Sie mit dem Begriff „Matrix“ etwas anfangen?

Zeuge R. U.: Mit dem Begriff „Matrix“?

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Matrix, ja. Wir sind natürlich weiter im Zusammenhang BND-Selektoren. Ich frage jetzt nicht nach Filmen.

Zeuge R. U.: Ich kenne ein System, ein BND-eigenes System „Matrix“; aber ich gehe davon aus, dass ich dazu öffentlich nichts sagen kann. Das hat jetzt aber nichts mit der NSA zu tun, das ich kenne.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann haben Sie denn das kennengelernt?

Zeuge R. U.: Das System „Matrix“?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wir sind wieder bei einer Frage, die sich lediglich auf den Zeitpunkt bezieht, Herr Wolff.

Zeuge R. U.: Ich überlege. Ja, das war so die Größenordnung - genau weiß ich es nicht mehr - - es war in meiner Verwendung, als ich noch in Pullach war, also vor - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann meinen wir verschiedene Dinge. - Dann würde ich Ihnen gerne im stillen Vorhalt etwas zeigen, das ist aber - - Ah, ist NfD; ist ja traumhaft. Also, die zwei Seiten. Einmal einen Schriftwechsel dazu und dann eine Übersicht. Und dann würde ich gerne wissen, seit wann Sie das kennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Also, das ist - für das Protokoll - die Tagebuchnummer 223/16, MAT A BND 44/2, Seiten 8 ff. Das Ganze ist überschrieben - es gibt da erst einen E-Mail-Wechsel -: „Steuerung, Erfassung von Regierungsorganisationen (Botschaften, Konsulate, Ministerien)“(?). - Sie lesen das jetzt zum ersten Mal?

Zeuge R. U.: Entschuldigung. Diesen E-Mail-Verkehr? Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das lesen Sie zum ersten Mal? Also, solche Sätze wie:

In einem ersten Schritt wurde von UAL T2 festgelegt, dass Ministerin der EU und SIGINT-Seniors-Länder nicht erfasst werden dürfen.(?)

Zeuge R. U.: Also, mir kommt es jetzt nicht so vor, als hätte ich das schon mal - - konkret dieses Wording gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Es endet damit auf Seite 9:

Ich bitte die Außenstellen, wenn noch nicht geschehen, die deaktivierten TKM aus ihrer Steuerung und damit Erfassung zu nehmen.(?)

Hätte ja zu Ihnen als Außenstellenleiter gelangen müssen, oder?

Zeuge R. U.: Wenn die Mail dann so - also dem Mailverkehr folgend - rausging, dann wäre die mit Sicherheit auch zu uns gekommen - so oder in anderer Form.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist aber nicht zu Ihnen gekommen?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht mehr. 2013. Weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist ja erst drei Jahre her, nicht?

Zeuge R. U.: Es tut mir leid, ich weiß es wirklich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Mail, in der es darum geht, dass man ab sofort bestimmte Länder nicht mehr steuern kann, ist nicht zu Ihnen gekommen, wenn die Außenstellen informiert werden sollten?

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht mehr. Aber wenn die Außenstellen informiert waren, dann wurden wir es auch, und dann hätte ich diese Weisung - - oder habe dann wahrscheinlich, wenn Sie sagen, das kam zu uns auch - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage Sie, ob das zu Ihnen kam. Ich weiß es nicht. Ich arbeite nicht bei Ihnen.

Zeuge R. U.: Ich kann mich nicht mehr dran erinnern. Aber wenn diese Mail, diese Weisung so kam, dann haben wir die natürlich umgesetzt. Aber ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das nicht ein doch bemerkenswerter Vorgang, wenn im laufenden Betrieb umgesteuert wird? So nenne ich es jetzt mal. Also, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt geht fast alles und jenes, und dann kommt: Achtung, ab sofort alle darauf achten, alle Mann an Bord: Jetzt nicht mehr EU- und NATO-Länder. - Also ich würde so was mir merken, weil das ja eine Zäsur ist, ein Bruch mit der Erfassungspolitik bis dahin.

Zeuge R. U.: Ich habe ja auch schon mehrfach gesagt, dass wir das natürlich dann umgesetzt haben, aber an die konkreten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja um den 12.08.2013, nicht um den Oktober oder so.

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen nur sagen: In dem Zeitraum 12.08.2013 bis März 2015 bestand mein E-Mail-Postfach - - Da gab es keine Betreffe mehr, da war nur noch dick rot „eilt“, „eilt“, „eilt sehr“ drin. Und ich hatte am Tag - ich will jetzt nicht Mitleid heischen, weil es Ihnen vielleicht noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

schlimmer ergeht - - aber es waren sehr, sehr viele E-Mails mit Aufträgen, die wir zu bearbeiten hatten, Kleine Anfragen. Da war sehr, sehr viel zu tun. Deswegen kann ich mich konkret nicht mehr an den - was sagen Sie? - 12.08. erinnern, ob ich am 12.08. so eine Mail bekommen habe oder nicht. Ich kann mich daran nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Blättern Sie mal bitte weiter auf Seite 59.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten Unterla-
gen)

Das ist ein Auftrag. Aufträge können wohl kaum in E-Mail-Fächern untergehen, oder? Das ist die 223/16, Seite 59.

Zeuge R. U.: Ich lese gerade - aber auch an das kann ich mich nicht konkret erinnern -, dass ich das am 14.08. bekommen haben soll. Da geht es ja - - So wie ich das jetzt interpretiere, ist es ja wieder ein Freibewunsch letztlich -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge R. U.: - an den UAL, und der schlägt es dann vor. Ob es der UAL dann - - Ich kann mich nicht daran erinnern, ob der UAL das dann damals freigegeben hat und es sozusagen in eine Weisung - in welcher Form auch immer - dann an alle umgesetzt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir geht es darum: Sie sagten, das erste Mal ist Ihnen diese ganze BND-Selektorenproblematik 2015 gewahr geworden - während im BND anscheinend schon länger vorher man sich mit dieser Problematik befasst hat, und das immer am Außenstellenleiter Bad Aibling vorbei.

Zeuge R. U.: Nein, nicht 2015. Wir haben doch schon, als diese ersten Weisungen - wann war das? 2014 - kamen mit den Regierungsorganisationen, die vielbemühten - - haben wir die ja aus der Erfassung genommen. Also, klar, die -

Martina Renner (DIE LINKE): 2014.

Zeuge R. U.: - Selektorenproblematik insgesamt - nenne ich es jetzt mal -, die begann natürlich mit Snowden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe Sie vorhin gefragt, seit wann Ihnen die Steuerung von Regierungsorganisationen der EU und NATO bekannt sind. Da haben Sie gesagt, da haben Sie keine Erinnerung dran.

Zeuge R. U.: Ja. Wann die das erste Mal gesteuert wurden, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Wann Sie das erste Mal mit dieser Problematik vertraut worden sind.

Zeuge R. U.: Ganz konkret: Als die ersten Weisungen dann kamen, dass wir die aus der Erfassung nehmen sollen. Und vorher hat es uns - das hatte ich auch gesagt schon - nicht so betroffen, weil wir eben keine melderelevanten Ergebnisse dazu hatten, weil wir ja in den Krisengebieten unterwegs waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch weitere Fragen. Ich versuche es noch mal: Ist Ihnen eine Änderung der Filterungstechnik bei der Anwendung des DAFIS-Filters im Zeitraum seit 2013 bekannt geworden?

Zeuge R. U.: Der Filter hat sich geändert; aber was da konkret geändert wurde, weiß ich nicht. Das ist ja in der Zentrale erledigt worden. Beim DAFIS ist es ja so, dass die Filtermechanismen und die Filterkriterien in der Zentrale festgelegt werden, und dann wird das Endprodukt sozusagen an alle Außenstellen gegeben und mehr oder weniger automatisiert an den Außenstellen als Filter eingespielt. Jede Meldung, die - - oder jeder Treffer, der gemacht wird, läuft über DAFIS drüber. Aber wer DAFIS jetzt wann genau nach welchen Kriterien verändert hat, weiß ich nicht. Damit waren wir nicht betraut; das war in der Nachbarunterabteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie in Bad Aibling Suchprofile angesteuert haben, wurde das protokolliert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Bin ich mir nicht sicher. Also, in der Zeit vor der PBDB wahrscheinlich eher nicht, weil es ja dann ein Selektor war, der nichts gebracht hat, der auch die meldungsabnehmenden Bereiche aus Berlin oder in der Regierung nicht interessiert hat. In der Zeit ab 2014, glaube ich, war das, wo die PBDB eingeführt wurde - - Weiß ich nicht, ob es da so eine Art Historie gibt; könnte sein, weiß ich aber nicht im Detail.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnten Sie nachvollziehen, warum ein Selektor gesteuert wurde?

Zeuge R. U.: Ich persönlich nicht, weil ich mich auf Selektorebene nicht bewegt habe. Ich gehe davon aus, dass jeder Nachrichtenbearbeiter natürlich wusste, wenn er einen Selektor einstellt, dass das aus dem APB relevant - - ein Terrorist oder Menschenhändler oder - - also auf alle Fälle etwas Relevantes ist, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn bei Ihnen ein Nachrichtenbearbeiter einen Selektor generiert hat, wurde das dokumentiert?

Zeuge R. U.: Bin ich mir nicht sicher; weiß ich nicht. Mit der PBDB jetzt wird es, glaube ich, dokumentiert, weil es ja dann auch an die Zentrale wieder übermittelt wird und überprüft wird. Aber wie lange da eine Historie von dieser Selektorgenerierung mitgetragen wird, weiß ich nicht. Da kenne ich das Datenbanksystem zu wenig.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden ausgesteuerte Selektoren irgendjemandem vorgelegt?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Also mir nicht. Ich glaube aber auch eher nicht. Ich bin mir nicht sicher; müsste ich spekulieren. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie eine Erinnerung an irgendwelche Vorgänge, die zu Ihnen auf den Schreibtisch kamen, wo Nachrichtenbearbeiter auf Grundlage von Meldungen Rückfragen hatten, ob diese durch das Auftragsprofil gedeckt waren?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist nie jemand mal vorbeigekommen und hat gesagt - -

Zeuge R. U.: Ich kann mich zumindest nicht daran erinnern, dass das so gewesen wäre.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit um, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Schönen Dank. - Dann wären wir bei der SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Sie haben gesagt, das war damals eine ziemlich hektische Zeit mit viel E-Mail-Verkehr, -

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - eiligen Aufträgen, -

Zeuge R. U.: Sehr eiligen, ja.

Christian Flisek (SPD): - Kleine Anfragen, parlamentarische Anfragen. Was waren das zum Beispiel für Anfragen?

Zeuge R. U.: Da ging es darum, ob wir bestimmte Systeme, zum Beispiel von den Amerikanern, bei uns im Einsatz haben, ob es da Dokumente dazu gibt, die man dann abliefern musste, ob wir - ich glaube auch - mit bestimmten Firmen zusammenarbeiten. Also das - ich nenne es jetzt mal so - Snowden-Portfolio wurde da sozusagen abgearbeitet. Also nur als Beispiel.

Christian Flisek (SPD): Und alles, was Bad Aibling betraf, lief über Ihren Schreibtisch. Oder Sie waren sozusagen die Kontaktperson für - - Von wem haben Sie diese „Eilt, eilt“-Anfragen bekommen?

Zeuge R. U.: Von meinem Unterabteilungsstab.

Christian Flisek (SPD): In Pullach.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Und das waren dann quasi Anfragen, die Bad Aibling betroffen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Kann ich im Detail jetzt auch nicht immer sagen. Also, wenn wir es bekamen, dann waren wir natürlich betroffen; aber ich glaube schon, dass die Anfragen auch an andere Stellen gingen. Das hat unser Stab koordiniert, und der hat ja ein Gefühl dafür, ob so eine Anfrage auch für eine andere Außenstelle relevant ist oder nicht. Aber wenn er das Gefühl hatte, für Bad Aibling könnte es relevant sein, hat er das natürlich an uns zur Bearbeitung weitergegeben.

Christian Flisek (SPD): Wie war die Stimmung damals, wenn diese Anfragen kamen bei Ihnen in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Die Stimmung war geprägt von großem Stress; denn die Anfragen kamen in einer recht hohen Kadenz [sic!]. Die Bearbeitungszeit war sehr gering, und wir mussten eben oft dann die Leute zusammenziehen - mal 10, mal 20 Menschen -, die dann über das Wochenende alle Dokumente durchsuchen mussten. Also die Stimmung war eher nicht besonders. Es war einfach eine sehr, sehr stressige Zeit für alle Kolleginnen und Kollegen in Bad Aibling, aber nicht nur in Bad Aibling. Ich glaube, da ging es unserem Stab in der Zentrale ganz genauso.

Christian Flisek (SPD): Aber Bad Aibling war natürlich jetzt - gut, Bad Aibling war schon immer mal im Schlaglicht gewesen; auch zu Echelon-Zeiten schon - wieder einmal besonders im Rampenlicht.

Zeuge R. U.: Das ist korrekt. Mit den Veröffentlichungen von Snowden hat sich natürlich das erste - - Die ersten Anfragen haben sich dann schon - ich sage jetzt nicht: auf uns konzentriert - - aber ein Großteil war Bad Aibling; ja, nehme ich mal an.

Christian Flisek (SPD): Wie muss ich mir das vorstellen? Gibt es dann mal - mit wem auch immer - so was wie eine strategische Besprechung: Wie gehen wir jetzt damit um? Wie positionieren wir uns?

Zeuge R. U.: Ja, „positionieren“? Wir haben uns da nicht positioniert, sondern wir haben diese Anfragen - -

Christian Flisek (SPD): Ich ziehe das Wort zurück. Wie gehen wir damit um?

Zeuge R. U.: Vorgabe vom Präsident Schindler immer wenn Anfragen kamen, immer wenn Beweisbeschlüsse kamen: Oberste Priorität, restliche Arbeit einstellen, bis das zeitgerecht bearbeitet war.

Christian Flisek (SPD): Gab es denn irgendwie so eine Stimmung mal: „Na ja, vielleicht kommt jetzt hier was raus, was am Ende unsere Arbeit erschweren könnte“?

Zeuge R. U.: Nein. Also, in dem Moment war es einfach nur der große Stress, den wir insgesamt hatten, die sehr, sehr hohe Arbeitsbelastung; aber da hat sich jetzt keiner konkrete Gedanken gemacht, wie unsere Arbeit dann ein Jahr später aussehen würde. Für uns war es ja zu der Zeit - ich sage mal - teilweise schwer. Da waren ja teilweise Begriffe dabei, die der Snowden veröffentlicht hat, die wir selber alle nicht kannten. Also, wir mussten das selber manchmal erst mal eruieren.

Christian Flisek (SPD): Die Beantwortung dieser Anfragen, wie lief das denn ab? Sie haben einen Formulierungsvorschlag gemacht, oder haben Sie nur den Sachverhalt aufbereitet?

Zeuge R. U.: Wir haben den Sachverhalt aufbereitet und haben die auch relevanten Dokumente dann elektronisch oder schriftlich eben wieder zurück an den Stab geliefert. Der - nehme ich mal an - hat sie eingesammelt von all den anderen Stellen. Und dann ging es halt die Kette nach oben wieder.

Christian Flisek (SPD): Aber bei der Formulierung der Antwort waren Sie dann nie unmittelbar beteiligt?

Zeuge R. U.: Die dann den BND verlassen hat?

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wir haben ja vorhin von Weisungen gesprochen, die umgesetzt worden



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind, wo Sie sich nicht mehr genau daran erinnern können, welche das waren und wie viele das waren und welchen Inhalts - - Aber so eine Weisung: Erläutern Sie mir mal, wie diese Umsetzung dann genau erfolgt ist. Wie hat das stattgefunden? Also, Sie haben von Ihrem Counterpart in Pullach eine Weisung bekommen.

Zeuge R. U.: Sprechen Sie jetzt von so einer Kleinen Anfrage als Beispiel?

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich rede von einer Weisung - Anfragen haben wir verlassen -, von Weisungen, die Sie bekommen haben, wo Sie gesagt haben: Die haben wir dann umgesetzt. - Wie ist das umgesetzt worden? Wie muss ich mir das vorstellen? Sie kriegen die Information, also das, was Sie als eine Weisung auffassen oder auffassen sollen, schriftlich oder mündlich. Und in der Regel schriftlich, oder?

Zeuge R. U.: Nein, nicht. Also wirklich bunt gemischt.

Christian Flisek (SPD): Bunt gemischt. Aber Sie kriegen das. Und was machen Sie dann, wenn Sie das bekommen?

Zeuge R. U.: Wenn es keine zeitkritische Weisung war, dann habe ich natürlich die nächste Besprechung mit meinen Sachgebietsleitern abgewartet; wir hatten zweimal die Woche eine Runde. Und wenn es da eine Weisung gab, die, wie gesagt, nicht zeitkritisch war, dann habe ich die in meiner internen Besprechung dementsprechend dem Sachgebietsleiter gegeben, wenn es schriftlich da war, oder gesagt: Ich leite dir mal per Mail was weiter, was wir bekommen haben. Oder ich wurde unterrichtet - von wem auch immer -: Wir sollen dies oder jenes tun. Also in der Form, in der es an mich herangetragen wurde, habe ich es dann - -

Christian Flisek (SPD): Haben Sie mündliche Weisungen, wenn Sie eine Weisung mündlich bekommen haben, die dann Ihrerseits mal verschriftlicht weitergegeben?

Zeuge R. U.: Vielleicht ab und zu mal eine Mail geschrieben, wenn es schnell gehen musste oder ich den Zuständigen nicht erreicht haben; aber

da gab es jetzt keinen Mechanismus. Ich habe in der Regel dann mündliche Weisungen auch so weitergegeben und eben kein Papier erzeugt.

Christian Flisek (SPD): Zeitkritische Weisungen. Ein Beispiel dafür.

Zeuge R. U.: Eine Anfrage für einen Beweisabschluss, wo in der Betreffzeile schon fünf Mal „eilt“ drinsteht, und ich mir das durchlese und sehe, da geht es um Begriffe amerikanischer Art aus Snowden-Dokumenten, wo ich weiß, dazu haben wir jede Menge Dokumente, weil es Schulungen gab, und ich sehe, dass der Termin, um die abzuliefern, in - keine Ahnung - drei Tagen oder so was ist, und mir klar ist, dass ich jetzt mindestens 20 Leute für die nächsten Tage zusammenziehen muss, die dann einfach aus allen Unterlagen und Ordnern eben die entsprechenden Dokumente herausuchen und dann an die Zentrale überreichen. Und so was haben wir sehr, sehr häufig bekommen.

Christian Flisek (SPD): Und dann bleibt die Arbeit liegen.

Zeuge R. U.: Musste ja. Das war ja die Priorität.

Christian Flisek (SPD): 20 Leute.

Zeuge R. U.: Kam immer darauf an. Manchmal war es weniger, manchmal war es mehr, manchmal hat es länger gedauert. Es kam auf die Anfrage an. Manche Anfragen konnten wir selber beantworten, weil ich schon wusste: Das betrifft uns zum Beispiel nicht. Dann habe ich natürlich keinen von meinen Mitarbeitern damit behelligt. Aber es gab eben auch Große Anfragen, wo klar war, dass wir jede Menge Dokumente zu liefern haben. Und dann mussten wir natürlich mehr Personal zusammenziehen, um das zu bearbeiten.

Christian Flisek (SPD): Und ich meine jetzt mal eine Weisung in Bezug auf den weiteren Umgang mit Selektoren; die gab es ja auch.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wie haben Sie so was umgesetzt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Genau so, wie es kam. Wenn ich es schriftlich hatte, dann habe ich in meiner Sachgebietsleiterrunde meinem Sachgebietsleiter diese Weisung gegeben und habe ihm alles gesagt, was ich dazu weiß: „Die kommt von XY“ - oder von wem auch immer; wenn es schriftlich war, stand es ja drauf -, „bitte in den Bereichen umsetzen“, wenn es jetzt um Selektoren ging.

Christian Flisek (SPD): Und wie kontrollieren Sie das, ob das dann auch umgesetzt wird?

Zeuge R. U.: Ich habe es nicht kontrolliert, weil ich - - Es gab ja überhaupt keinen Grund, eine Weisung nicht umzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Ist das üblich beim BND, dass niemand kontrolliert, ob Weisungen umgesetzt werden?

Zeuge R. U.: Wie es sonst beim BND - - weiß ich nicht. Ich kann ja nur von meiner Erfahrung berichten. Und da war es eben auch zu Beginn meiner Amtszeit in Bad Aibling so, dass ich nicht einmal den Anlass hatte - - oder irgendwas entdeckt hätte, dass eine Weisung nicht umgesetzt wurde. Insofern gibt es dann auch keinen Grund, das speziell zu kontrollieren, vor allem wenn für mich klar ist, dass der Mitarbeiter natürlich diese Weisung umsetzt. Er hat ja keinen Grund, das zu unterlassen. Also, mir fällt da kein Grund ein, warum man eine Weisung nicht ausführen soll, außer es verstößt gegen die Menschenwürde oder - was weiß ich - man macht sich strafbar oder so was; aber das war ja nicht der Fall.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, es gibt ja nicht nur den Fall, dass jemand sich weigert, eine Weisung umzusetzen - also den Fall schließe ich jetzt mal aus -, aber dass er eine Weisung falsch versteht, insbesondere wenn die sozusagen Schall und Rauch ist, also mündlich vor allen Dingen kommen, so nach dem Motto: Sie kriegen was mündlich, telefonieren und sagen: Hallo, hier ist der Herr U., jetzt mal so und so. - Und der sagt - - Dann fragen Sie noch: Alles verstanden? - Der sagt: „Ja, alles verstanden“, ist aber in Gedanken schon in der Mittagspause, weil es kurz vor zwölf ist oder was weiß ich. Weiß ich nicht, also ich stelle mir die Frage - - Wissen Sie, das ganze System so ein bisschen - - Aus meiner Sicht sind wir

hier in einem hochsensiblen Bereich unterwegs - alles Streng Geheim -; sonst wären wir ja nicht im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages. Wie ich erfahre, dass im großen Stil solche Weisungen noch nicht mal verschriftlicht sind, dass es sozusagen keinerlei Kontrollen gibt - - Das meine ich mit Kontrollen. Mit Kontrollen meine ich: Hat mein Mitarbeiter, haben meine Mitarbeiter richtig verstanden, was ich da eigentlich will? Weil ich bin ja im Zweifel als Dienststellenleiter meinem Vorgesetzten wieder gegenüber verpflichtet. Wenn irgendwas schief läuft, muss ich ja meinen Kopf hinhalten. Ist ja so, oder?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich finde es - - Also ich würde es nicht machen - sage ich ganz offen -, bei mündlichen Weisungen einfach darauf zu vertrauen, dass die Leute das alles schon so machen werden.

Zeuge R. U.: Also bei uns war es einfach meine Erfahrung, die ich gemacht habe - es hängt vielleicht auch immer an Menschen -, dass wir sehr, sehr verantwortungsvolle Menschen haben. Wenn ich den Leuten dann eine Weisung weitergegeben habe, wenn der oder die die nicht eindeutig verstanden hat, dann hätte er sofort in der Runde nachgehakt und gesagt: Sorry, habe ich überhaupt nicht kapiert. - Gab es bestimmt auch mal. Vielleicht, dass ich dann sogar nicht mehr weiterwusste und sagen musste: Da muss ich mich selber noch mal erkundigen in der Zentrale, wie es jetzt in dem Fall konkret - ich spreche jetzt nicht von Selektoren, sondern allgemein - - Aber das war ja das - -

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal umgekehrt: Ich meine, es kann ja mal sein, dass man bei der Ausführung einer Weisung auf etwas stößt, was einem vielleicht unmittelbar nicht so ganz bekannt war bisher und das man vielleicht angesichts der neuen Weisung in einen Kontext jetzt neu einordnet und bewertet, vielleicht sogar dahin gehend, dass es ein besonderes Vorkommnis sein könnte, das man vielleicht melden müsste, also dass es eine Rückkopplung geben müsste, weil es kommt ja die Information nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur top-down, von oben nach unten, in der Hoffnung, dass jeder das tut, was er zu tun hat und alles gut wird, sondern es gibt ja sozusagen - - Unsere Kontrolllogik ist ja so aufgebaut, dass es auch manchmal Informationsflüsse von unten nach oben geben muss, nämlich dann, wenn man auf besondere Vorkommnisse stößt.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. - Hatten Sie mal diesen Fall, dass aufgrund einer Weisung dann unmittelbar eine Kommunikation zu Ihren Vorgesetzten lief und man gesagt hat beispielsweise: „Na ja, gut, also ich möchte darauf hinweisen, dass wir aufgrund dieser neuen Weisungslage jetzt folgende Fälle hier haben, die wir bisher so bewertet haben und jetzt alle anders bewerten müssen“?

Zeuge R. U.: Nein, kann ich mich nicht daran erinnern.

Christian Flisek (SPD): Habe ich mir schon gedacht. - Haben Sie sich auf diese Vernehmung vorbereitet heute noch mal?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Überhaupt nicht?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Keine Akte gelesen?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Mit niemandem gesprochen?

Zeuge R. U.: Ja, gesprochen mit - - Mit wem habe ich mich unterhalten? Im Flur letztlich, dass ich da wieder geladen bin als Zeuge. Aber in meinem neuen Bereich gibt es ja keine Berührung letztlich mit dem Untersuchungsausschuss. Also inhaltlich nein, sondern nur, dass ich heute eben wieder hier bin. Aber ich war nicht, wenn Sie das meinen, vorher noch in unserem Hauptquartier hier in Berlin und habe mir irgendwelche Akten angeguckt. Nein.

Christian Flisek (SPD): Gut, Herr U., dann haben wir erst wieder Fragen in eingestufte Sitzung an Sie. Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Danke. - Dann geht es weiter bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende.- Herr U., noch mal zu den BND-Selektoren, weil wir anscheinend vorhin nur über die NSA-Selektoren gesprochen haben. Der Großteil der BND-Selektoren kam aus Pullach.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der kleinere Teil wurde in Bad Aibling eingesteuert.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo wurde was geprüft?

Zeuge R. U.: In Bad Aibling war die Prüfung auf G 10 zum Beispiel bei den Nachrichtensachbearbeitern, die selbst ihre neuen Selektoren, ihre neuen Ziele generiert haben. Und bei den Selektoren, die aus Pullach kamen, war die Prüfung in Pullach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur G 10? Oder Sie haben gesagt: zum Beispiel G 10. - Was war die Prüfung?

Zeuge R. U.: Ja, bei uns, bevor es ja diese Weisung mit den Regierungsorganisationen gab, war es G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, französischer Staatspräsident wird gesteuert oder nicht?

Zeuge R. U.: Wurde bei uns - - Wäre mir völlig neu, dass das in Bad Aibling gesteuert wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, als Beispiel. Aber würde das gegen G 10 verstoßen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht? Also, Freunde grundsätzlich jetzt im kanzlerischen Sinne steuern oder nicht?

Zeuge R. U.: Nicht steuern, aber nicht verstoßen gegen G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht steuern?

Zeuge R. U.: Ja, weil es die Weisung gibt, dass wir sie nicht mehr steuern dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Davor. Wir reden ja über den Untersuchungszeitraum, -

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und der liegt ja vor allen Dingen vor Snowden, also als Sie das noch so gemacht haben, wie Sie Bock hatten. Und - - So, jetzt frage ich Sie noch mal: Freunde im kanzlerischen Sinne, wurden die gesteuert? Ja oder nein? Oder wurden die aussortiert?

Zeuge R. U.: Ich kann wiederum nur für die eigenen Selektoren sprechen: Mir ist kein Fall bekannt, dass bei mir ein Nachrichtensarbeiter bewusst einen Freund gesteuert hat, weil es bei uns um Krisengebiete ging, und da waren das unsere Selektoren. Was die Zentrale macht, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass Ihre Antwort uns alle in die Irre führt, Herr R. U.

Zeuge R. U.: Das tut mir leid. Dann habe ich die Frage vielleicht nicht ganz verstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich glaube, Sie haben sie genau verstanden. Heißt denn, dass Sie sich nur für Krisengebiete interessieren, dass Sie ausschließlich direkt Erkenntnisse in Krisengebieten gewinnen?

Zeuge R. U.: Also, ich habe natürlich eine große Chance, das zu erkennen. Das beginnt in Bad Aibling schon ganz konkret bei der Auswahl der Satellitenstrecken, die wir aufschalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Da habe ich eben keine Strecke drin in der Regel, die irgendwie von - jetzt sage ich nicht zwei Städte, sonst steht es morgen in der Zeitung - - aber die innereuropäisch oder so was sind, sondern ich schalte ja auf meine Transponder Strecken auf, die zum Beispiel - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Entschuldigung. Herr Wolff.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff zuckt schon.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Er zuckt schon.

MR Philipp Wolff (BK): Zappelt schon fast.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat ja gar nichts gesagt, also außer die Unwahrheit. Und deswegen würde ich jetzt gerne einen Vorhalt - -

MR Philipp Wolff (BK): Das weise ich zurück. Das glaube ich nicht, dass der Zeuge die Unwahrheit spricht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich schon.

MR Philipp Wolff (BK): Die Frage ist, was dem Zeugen bekannt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, das steht Ihnen auch überhaupt nicht zu, das zu beurteilen.

MR Philipp Wolff (BK): Ihnen steht es aber auch nicht zu, Herr von Notz. Ich glaube, da wäre ich sehr vorsichtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir gleich sehen. - Er soll



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Strecken benennen - das hat er, glaube ich, verstanden; das tut er auch gar nicht -, sondern es geht darum, was für Selektoren gesteuert wurden. Das besprechen wir ja gerade.

MR Philipp Wolff (BK): Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

MR Philipp Wolff (BK): Das wollen wir aber in eingestufte Sitzung besprechen, was er für Selektoren steuert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das können wir auch. Da sage ich ja gar nichts dagegen. Also, auch das, was er bisher gesagt hat, ist damit nicht kompatibel; aber sei es drum. Aber bezüglich der Strecken mache ich Ihnen jetzt mal einen stillen Vorhalt, nämlich aus Tagebuchnummer 44/15, Streng Geheim. Da ist auf Seite 42 des Berichts der Datenschutzbeauftragten, die ja bei Ihnen geraume Zeit verbracht hat - - geht es hier um eine Vielzahl von Strecken. Und das gucken Sie sich bitte mal an und würden mir vielleicht erklären, wie das mit Ihrer Aussage eben in Einklang zu bringen ist.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Das ist das Ergebnis der zuständigen Kontrollbehörde bezüglich Ihrer Praxis.

Zeuge R. U.: Ich verstehe es nicht ganz; denn - -

(MR Philipp Wolff (BK):
Zum Inhalt hier jetzt nichts sagen! Nur in eingestufte Sitzung! - Der Zeuge berät sich mit MR Philipp Wolff (BK))

Also, ich habe schon Ideen dazu, wie das auch ganz eindeutig mit Krisenländern in Verbindung zu bringen ist, würde das gerne aber dann auch nichtöffentlich machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr R. U., Sie haben eben das diametrale Gegenteil von dem behauptet, was da steht. Und jetzt erklären Sie mir, dass Sie mir das erklären könnten, oder - - Ja, da nickt der Rechtsbeistand.

RAn Dr. Stefanie Schork: Das ist ja schön, wenn Sie das auch mal so verstehen, wie der Zeuge es sagt, und richtig wiederholen. Da freue ich mich, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gesagt: Es werden keine Strecken, die nicht sozusagen in Krisengebieten liegen, gesteuert. Und es werden keine Selektoren - - sondern das ist alles in Krisengebieten. Macht euch keine Sorgen, es trifft nur Afghanen. - Und da steht genau das Gegenteil, Herr Wolff, genau das Gegenteil. Und deswegen frage ich Sie: Erklären Sie mir das. Lügen Sie uns hier an? Oder können Sie mir das jetzt doch erklären, dass andere Strecken, andere Selektoren, alles, was Sie eben bestritten haben, vielleicht doch Teil der BND-Selektoren waren, und dass das die ganze Geschichte ja auch erklärt? Wie soll man denn, bitte schön, das Bundeskanzleramt im März 2015 verstehen? Was war denn die Aufregung? Ihre ganze Geschichte ist total unschlüssig. Also, vielleicht erläutern Sie jetzt mal - noch mal -, was Sie an BND-Selektoren gesteuert haben, vielleicht ja nicht Sie persönlich, aber Ihre unkontrollierten Mitarbeiter, die selbst entscheiden haben, was sie steuern.

Zeuge R. U.: Also, die Streckenauswahl ist ja noch mal was anderes als das, was gesteuert war. Und ich sehe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Wie kann man europäische Strecken steuern? Wie argumentieren Sie das, wenn Sie europäische Strecken steuern?

Zeuge R. U.: Ich habe einen Erklärungsansatz dazu, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön.

Zeuge R. U.: - aber den kann ich nicht öffentlich sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum denn nicht? Sie konnten ja eben auch völlig ungezügelt sagen, dass Sie keine europäischen Strecken steuern.

Zeuge R. U.: Ich bin der Meinung - da bräuchte ich aber auch meinen Nachrichtengewinnungsmenschen dazu -, dass hier ein Krisenbezug insofern da ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht die Frage. Einen Krisenbezug können Sie natürlich auch innerdeutsch herstellen. Sie können interessante Sachen über Syrien rausfinden, wenn Sie in Deutschland Strecken nehmen. Machen Sie das auch?

Zeuge R. U.: Nein. Das machen wir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber innereuropäische Strecken machen Sie? Und warum sagen Sie dann eben das Gegenteil davon?

Zeuge R. U.: Ich bin jetzt - - Da steht ja keine - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich Herr Wolff. Ich weiß nicht, ob das für den Rechtsbeistand wichtig ist, ob da irgendwie Kommunikation gewünscht ist.

MR Philipp Wolff (BK): Ich halte es nur für sehr problematisch, weil die Vorhalte meines Erachtens auch so nicht korrekt sind. Sie halten ihm ja innereuropäisch vor. Das steht da nicht drin. Es wird ihm etwas vorgehalten, was da einfach nicht drinsteht. Das ist, glaube ich, das Problem, und das kann man in eingestufte Sitzung vielleicht erklären. Ich weiß nicht, ob er es erklären kann. Er sagt, er hat Ideen, wie er es erklären kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Wolff, Ihre Definition von innereuropäisch ist sozusagen: Essen-Brüssel oder Brüssel-Paris?

MR Philipp Wolff (BK): Ja, selbstverständlich. Was ist denn sonst innereuropäisch?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so! Die Strecke muss komplett im Ausland liegen. Das ist Ihre These. Ist das die These?

MR Philipp Wolff (BK): Das ist Ihre These.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein - - Ja, Sie haben jetzt ja gerade gesagt, dass das nicht ist. Und deswegen interessiert mich das jetzt: Ist Ihre These, wenn wir Brüssel, Herr Wolff, Warschau - - Nein, Quatsch. Doch, Brüssel-Warschau, warum nicht? Oder Brüssel - -

MR Philipp Wolff (BK): Nehmen wir Brüssel-Mali.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz: Bevor geantwortet wird, können wir einmal diese Fundstelle - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brüssel-Mali.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Stopp. Können wir alle einmal die Akte wissen, über die geredet wird? Wir können sonst nicht mit reingucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die haben wir gesagt. Das habe ich hier verkündet. Da war der Herr Vorsitzende, glaube ich, gerade nicht da.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber zwei Fraktionen wissen es auch nicht.

(Martina Renner (DIE LINKE): BfDI-Prüfbericht!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Leute, dann müsst ihr dabei sein. Ich habe jetzt die Akte da drüben liegen; ich habe die nur einmal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich brauche nur die Fundstelle.

Martina Renner (DIE LINKE): BfDI-Prüfbericht ist das.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der Prüfbericht, Seite - - Das darf der Zeuge vielleicht sagen, auf welcher Seite das steht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass wir alle folgen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe es gesagt am Anfang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will dir auch nichts Böses.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Seite 42 links unten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Seite 42. - Danke schön.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich halte das für irreführende Antworten hier in der öffentlichen Sitzung, und dabei bleibe ich auch, Herr Wolff. Diese Strecken liegen in Europa. Jetzt können Sie sagen: „Nicht ausschließlich“, aber das kommt mir ein bisschen haarspalterisch vor.

MR Philipp Wolff (BK): Ich glaube, wir diskutieren darüber in eingestufte Sitzung, weil es sich um streng geheime Dokumente handelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, aber der - - Aber so funktioniert es halt nicht, Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Aber so, wie Sie es machen, funktioniert es auch nicht, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge kann hier nicht in der Öffentlichkeit die Unwahrheit sagen bezüglich der Selektoren und der Steuerungen.

MR Philipp Wolff (BK): Herr von Notz, Sie machen hier in der Öffentlichkeit ... (akustisch unverständlich), die eingestuft sind und die so im Raum stehen bleiben. Auch das geht ganz genauso wenig. Deswegen ist das eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sollen wir es machen?

MR Philipp Wolff (BK): Ja, dass wir in eingestufte Sitzung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann darf er diese Fragen nicht so beantworten. Dann muss er sagen: Ja, Europa, ich habe da eine Idee, warum da europäische Selektoren drin sein könnten. - Das sagt er aber nicht, sondern er sagt: Leute, es geht hier nur um Krisengebiete. Macht euch keine Sorgen. - Und da denken alle Menschen: Ach so, es geht ja nur um die Afghanen, Force Protection und so, Gott sei Dank. - Und das erklärt übrigens auch gar nicht, Herr Wolff - und deswegen müssten Sie eigentlich auch ein natürliches Interesse haben, um das Bundeskanzleramt nicht irre aussehen zu lassen -, dass Sie Ihre öffentliche Erklärung, die Sie im März 2015 über die absolute Unfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes abgegeben haben - was ja vielleicht eine grenzwertige Sache auch für Sie war - - dass die sich irgendwie der Öffentlichkeit erschließt. Wenn der Zeuge hier sagt: „Leute, wir haben keine Fehler gemacht, alles war picobello“, dann denken ja alle Leute: Was hat denn das Bundeskanzleramt da gesagt über die schweren Organisationsverschulden? - Das ist doch eine irre Verzerrung der Realität.

MR Philipp Wolff (BK): Der Zeuge hat das zu keinem Zeitpunkt gesagt. Das muss ich wirklich mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat er gesagt?

MR Philipp Wolff (BK): Der Zeuge hat gesagt, dass ihm das nicht bekannt ist. Er hat zu Beginn seiner Vernehmung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Jetzt machen wir das mal so: Ich unterbreche die Sitzung. Wir schieben jetzt eine Beratungssitzung ein. Ich bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen. Wir machen jetzt eine Beratungssitzung.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:



Nur zur dienstlichen Verwendung

15.09 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Beratung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 15.25 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des
Zeugen R. U.**

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt mit weiteren Fragen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz hat das Wort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr R. U., mal ein ganz anderes Thema: Sie sind ja nicht mehr auf der Stelle, über die wir jetzt hier die ganze Zeit reden. Wann haben Sie denn die Stelle gewechselt?

Zeuge R. U.: Die Stelle gewechselt habe ich im Oktober letzten Jahres.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Oktober 2015?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie sich beworben, oder sind Sie umgesetzt worden oder - -

Zeuge R. U.: War eine ganz reguläre Ausschreibung. Bei uns ist ja, also zumindest im höheren Dienst, von der unteren Ebene das Prinzip der Personalrotation verankert. Und wenn man sozusagen - - Nach, ich glaube, drei bis fünf Jahren - so heißt es bei uns - soll man eine neue Stelle machen, und man braucht Verwendungsbreite. Und nachdem es bei mir schon über fünf Jahre in Bad Aibling waren und ich in der internen Stellenausschreibung einen interessanten Posten sah, habe ich mich darauf beworben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das war keine irgendwie geartete

Konsequenz des Arbeitgebers oder so aus irgendwas - -

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 16.12.2015: „Bundesnachrichtendienst: Spähaffäre soll drei BND-Mitarbeiter ihren Job gekostet haben“ ist die Überschrift, und da steht - ich zitiere -:

Die Affäre hat jetzt auch personelle Konsequenzen. Im BND sollen nach Informationen der SZ drei Mitarbeiter ihre Posten verlieren. Darunter Hartmut Pauland, Leiter der Abteilung technische Aufklärung. Pauland ist seit 1. Januar 2013 in diesem Amt und direkt BND-Präsident Gerhard Schindler unterstellt.

Hätten Sie eine Idee, wer die zwei anderen sind?

Zeuge R. U.: Ich habe den Artikel auch gelesen. Insofern fühlte ich mich da auch fälschlicherweise angesprochen; denn ich glaube, ich werde da auch erwähnt. Aber es ist de facto falsch. Ich habe mich ganz regulär beworben, und es war sogar leicht andersrum: dass mich der Präsident nicht gleich gehen lassen wollte, weil es dann so ausgesehen hätte, als würde man mich strafversetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als wenn das in einem Kontext stünde.

Zeuge R. U.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dies- -

Zeuge R. U.: Und ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Zeuge R. U.: Ich habe auch in dem Zusammenhang, weil ich ja auch wusste, dass es in Bad Aibling unter Umständen, wenn, sagen wir mal, die Arbeitsintensität wieder zunähme - - habe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

meinem damaligen Unterabteilungsleiter auch zugesichert, dass ich zwar diese neue Stelle gerne will, um die Verwendungsbreite zu erhöhen, aber wenn Not am Mann ist, ich natürlich dann dort auch wieder mit aushelfen würde. Aber es war ein ganz regulärer Bewerbungsverfahren auf eine interne Stellenanzeige. Ich gehe auch davon aus, dass sich da - aber das weiß ich nicht hundertprozentig - andere Leute auch noch beworben haben, und ich habe halt den Zuschlag gekriegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden denken, dass dieser Artikel, da er irgendwie andeutet, dass Sie einer dieser drei Leute sind, den Sachverhalt verkehrt darstellt.

Zeuge R. U.: Bezüglich meiner Person.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Den Rest weiß - - kann ich nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wüssten nicht, wer die anderen zwei Leute sein sollen. Oder sind Leute „strafversetzt“ - in Anführungsstrichen - worden?

Zeuge R. U.: Mir ist es nicht bekannt, dass jemand strafversetzt wurde; aber ein Mann stand ja, glaube ich, drin. Der Abteilungsleiter wurde ja, glaube ich, benannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Pauland.

Zeuge R. U.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge R. U.: Aber ich habe keine Kenntnis, jetzt weder von meinem damaligen Abteilungsleiter noch von sonst jemandem, dass das eine Strafversetzung war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge R. U.: Aber ich kenne die Begleitumstände nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, sozusagen diese Reaktion auf den Besuch des Chefs BK und diese - ich nenne das jetzt mal so - Donnerwetter-Pressemitteilung, die da nach außen gegeben wurde, hatten personell erst mal keine Konsequenzen bei Ihnen in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal ganz kurz zu dieser Weisung, die, wenn ich Sie richtig verstanden habe, erst 2014 Sie erreicht hat.

Zeuge R. U.: Ich kann mir - - Ich weiß es nicht mehr, wann die genau zu uns kam.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber von - - Also, Sie wissen - - Sie können nicht sagen, ob 2013 oder 2014?

Zeuge R. U.: Nein, nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, ob vor oder nach Snowden?

Zeuge R. U.: Die Weisung kam, ich würde mal sagen, nach Snowden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Snowden?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Direkt nach Snowden oder so ein bisschen zeitlich verzögert?

Zeuge R. U.: Genau weiß ich es nicht mehr, aber ich würde schon - - Also mindestens leicht zeitlich verzögert, weil - - Ja, leicht verzögert - Ja, aber ich - - Das genaue Datum weiß ich nicht mehr; aber es war nach Snowden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Weisung bezog sich auf die BND- oder auf diese NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Auf die BND-Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf die BND-Selektoren. - Im Hinblick auf die NSA-Selektoren gab es keine Weisung?

Zeuge R. U.: Da gab es auch diverse Weisungen auf die NSA, aber auf die Selektoren bzw. auf die Erfassungen. Wir mussten dann ja - auch da weiß ich es im Detail nicht mehr -, ich glaube, die Erfassung erst mal komplett einstellen für die NSA, und dann wurden die Selektoren in der Zentrale noch mal neu überprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wann reden wir? Von welchem Zeitraum reden Sie?

Zeuge R. U.: Ja, das müsste auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2015.

Zeuge R. U.: Nein, ich denke mal, früher, dass man die einstellt, dass man die Erfassung zusammen mit - - Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die NSA-Erfassung 2014 komplett eingestellt?

Zeuge R. U.: Ob es komplett war, weiß ich nicht. Ich meine, leitungsvermittelt nicht, aber den Rest schon. Die Details weiß ich nicht. Aber wir mussten einen Teil davon, glaube ich, einstellen, und ich wüsste jetzt auch gar nicht aktuell, ob wieder alles sozusagen in Betrieb ist wie vorher; das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von wem - sozusagen das ist eine Doppelfrage, aber letzte Runde - hätte die Weisung kommen müssen? Wer ist Ihr Vorgesetzter

für diese Frage „Steuerung BND- und NSA-Selektoren“, oder sind das zwei unterschiedliche Vorgesetzte?

Zeuge R. U.: Das sind letztlich zwei. Also, mein direkter Vorgesetzter war der Unterabteilungsleiter T1 und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der ist für die NSA-Selektoren zuständig?

Zeuge R. U.: Nein, für die Prüfung der NSA-Selektoren ist auch immer Unterabteilung T2 zuständig gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, jetzt sagen Sie noch mal: Wer ist für was zuständig? Für die NSA-Selektoren hätte Ihnen wer eine Weisung - - Sie können sich nicht erinnern, okay. Aber wer hätte Ihnen im Normalfall eine Weisung erteilt?

Zeuge R. U.: Entweder mein UAL auf Zuruf des anderen UALs oder der andere UAL - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie jetzt - - Sie müssen das sagen, wer das ist. Sonst - - Ich arbeite ja nicht bei Ihnen. Deswegen: Ich - -

Zeuge R. U.: Sie meinen jetzt die Namenskürzel, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meinetwegen. Meinetwegen auch UAL T1 oder UAL T2.

Zeuge R. U.: UAL T1 und UAL T2 haben solche Sachen ja immer dann auch, wenn was anlag, gemeinsam besprochen, und irgendeiner hätte mir dann oder uns Aiblingern die Weisung gegeben, dies oder jenes zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann wäre - ein letzter Gedanke - eine Trennung, eine logische Trennung zwischen Weisungen im Hinblick auf BND-Selektoren und auf NSA-Selektoren, weil die ja sowieso alles miteinander besprechen, absurd gewesen oder normal gewesen oder - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Tut mir leid, das habe ich jetzt nicht ganz verstanden, die Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn Sie Ihre Praxis bei den NSA-Selektoren ändern sollen, wer hätte Ihnen die Weisung erteilt?

Zeuge R. U.: Bei den NSA-Selektoren hatte - - konnte ich nichts ändern. Das hatte die Zentrale selbstständig gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben doch eine Weisung diesbezüglich bekommen.

Zeuge R. U.: Von den NSA-Selektoren, meinen Sie? - Ja, das war eine einmalige. Einmal eine Weisung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem kam die?

Zeuge R. U.: Von D. B.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von D. B. - Und bei den BND-Selektoren?

Zeuge R. U.: Ich denke mal, dass das, soweit ich mich erinnere, unser Abteilungsleiter unterschrieben hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der heißt?

Zeuge R. U.: Pauland damals. Ich bin mir aber nicht hundertprozentig sicher - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Pauland ist verantwortlich für die BND-Selektoren, und D. B. ist verantwortlich für die NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob das so in der Abteilungsführung geregelt ist. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - - Nein, nein. Also, es tut mir leid, aber das müssen Sie doch irgendwie - - Sie müssen doch sagen, wer wofür zuständig ist.

Zeuge R. U.: Für die Prüfung von Selektoren ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und für die Weisungen, die dann ergehen. Wer ist denn Ihr Vorgesetzter bei den BND-Selektoren?

Zeuge R. U.: Mein Vorgesetzter - - Insgesamt ist mein Vorgesetzter der UAL T1 gewesen zu dem Zeitpunkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von dem wäre die Weisung gekommen, wenn es eine Weisung gegeben hätte?

Zeuge R. U.: Von dem hätte sie kommen können. Aber wir sind ja - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem noch?

Zeuge R. U.: Von dem Herrn - - Von dem UAL T2 hätte es auch kommen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also von UAL T1 und von UAL T2.

Zeuge R. U.: Zum Beispiel, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „zum Beispiel“?

Zeuge R. U.: Ja, von den beiden; ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gibt es noch andere, von denen es hätte kommen können? Wenn Sie einen Anruf aus dem Bundeskanzleramt bekommen hätten: -

Zeuge R. U.: Dann hätten wir eine Weisung. Klar, das ist ja - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Hallo, hier ist - -

Zeuge R. U.: Kam nie. Also, das ist für mich ein hypothetischer Fall. Aber: Klar, wenn eine nächste und nächste und noch höhere vorgesetzte Stelle mir was anweist, dann hätte ich es umsetzen müssen. Aber ich habe nie mit dem - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

da eine direkte Weisung aus dem Kanzleramt gekriegt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden aus heutiger Sicht sagen: Die Weisung kam von UAL T1 oder von UAL T2.

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut; danke. - Wir kommen jetzt zur nächsten Runde. Die Fraktion der CDU/CSU hat, glaube ich, derzeit keine Fragen. Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde kurz noch mal zu Ihrem Dienstpostenwechsel fragen. Ich hatte ja zu Beginn der heutigen Zeugenvernehmung Sie danach gefragt, wer der höhere Dienstposten ist, der Leiter der Außenstelle oder der Sachgebietsleiter, und Sie sagten, der Leiter der Außenstelle sei der höhere Posten.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie bewerben sich auf einen niedrigeren Posten weg am 15.10.2015, weil Sie nicht mehr so viel Verantwortung tragen wollen?

Zeuge R. U.: Nein, das hängt mit der - - Das gebe ich zu: Das ist ein bisschen schwer zu verstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. U.: Das hängt aber einfach mit der Struktur des BND bzw. der Abteilung TA zusammen, also mit der Struktur und der jeweiligen Dotierung. Bei uns in der Zentrale sind Referatsleiter zum Beispiel mit A 16 dotiert, und die Außenstellenleiter sind mit A 15 dotiert, fast alle. Viele Sachgebietsleiter in der Zentrale sind aber auch mit A 15 oder A 14 dotiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich denn verbessert oder verschlechtert?

Zeuge R. U.: Gleich geblieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gleich geblieben.

Zeuge R. U.: Ich habe einfach eine zweite A-15-Verwendung, um Verwendungsbreite zu sammeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Um Verwendungsbreite zu sammeln. - Und in Ihrer neuen Verwendung, da haben Sie auch gar nichts mehr mit Bad Aibling zu tun?

Zeuge R. U.: Da habe ich nichts mehr mit Bad Aibling zu tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber mit Kooperationen mit der NSA?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ganz anderes jetzt?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dass neben Herrn Pauland weitere Mitarbeiter versetzt wurden im Zusammenhang mit der Selektorenproblematik, ist Ihnen nicht bekannt? Sie konnten den Artikel nicht verstehen, was da in der *Süddeutschen* und in der *taz* stand usw.?

Zeuge R. U.: Ich konnte es nicht genau zuordnen. Mitarbeiter werden ja immer wieder mal - - oder verändern sich auch von sich aus, so wie ich zum Beispiel. Insofern stand ja der Name von unserem Abteilungsleiter mit dabei. Aber ob das jetzt eine Zwangsversetzung war oder ob der auch regulär nach drei Jahren, keine Ahnung, was Neues machen soll - ich glaube, die Kadenz bei Soldaten ist ja noch ein bisschen höher -, das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist denn überhaupt jemand für diese NSA-Selektoren-Problematik zur Rechenschaft gezogen worden?

Zeuge R. U.: Ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine, die Datenschutzbeauftragte stellt 18 schwerwiegende Rechtsverstöße fest in Bad Aibling. Den kennen Sie vielleicht, den Bericht; ich zitiere das hier aus netzpolitik, falls irgendwelche Fragen sind. Das nimmt man dann so achselzuckend zur Kenntnis? Konsequenzen: null?

Zeuge R. U.: Also, ich kenne den Bericht nicht, und ich kann Ihnen nur noch mal - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren jahrelang Außenstellenleiter in Bad Aibling, es gibt hier eine Watsche von der Datenschutzbeauftragten, und Sie sagen, Sie kennen den Bericht nicht?

Zeuge R. U.: Der ist, glaube ich, soweit ich weiß, eingestuft, und wir haben in Entwürfen immer - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Sie können den im Netz lesen, auch Sie.

Zeuge R. U.: Ich habe ihn nicht gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Stellen Sie sich vor: Sie sind jahrelang verantwortlich für eine Dienststelle, und dann kommt ein in dieser Form nie dagewesener Prüfbericht der Bundesdatenschutzbeauftragten - der ist singulär; es gab so etwas noch nie, dass eine Behörde in einem solchen Umfang gerügt wurde, beanstandet wurde -, und dann nimmt ein jahrelang für diese Dienststelle Verantwortlicher diesen Bericht nicht zur Kenntnis?

Zeuge R. U.: Ich weiß nicht, welche Rügen das jetzt konkret waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Soll ich sie Ihnen jetzt vorlesen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, nur ganz kurz ein Hinweis: Der Bericht ist eingestuft. Das, was im Internet steht, ist nicht sicher, dass das 100 Prozent dem Bericht entspricht. Das würde ich, wenn - - Bei Interesse kann das ja jeder mal überprüfen, ob das eins zu eins deckungsgleich ist. Ich habe mir die Mühe mal gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie haben jetzt auch nicht meine Vorhalte in der Form zu kommentieren, Herr Vorsitzender; es tut mir leid. Ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch. Wenn aus eingestuften Sitzung- - Berichten vorgelesen werden soll, dann habe ich das schon zu beobachten.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich berichte hier den - - Ich zitiere hier den geheimen Prüfbericht, wie ihn netzpolitik.org veröffentlicht hat, und wir haben auch diesen Vorhalt benutzt in den letzten Sitzungen. Er ist da nicht in Zweifel gezogen worden, auch nicht von der zuständigen Mitarbeiterin der Bundesdatenschutzbeauftragten; in der Vernehmung haben wir uns auch ausdrücklich auf den im Internet veröffentlichten Bericht bezogen. Sie hat dazu nicht gesagt: Das ist nicht unser Bericht.

Mich interessiert auch gar nicht, ob jedes Wort gleich ist, sondern mich interessiert gerade der Umstand, dass derjenige, der dafür Verantwortung mit trägt, sich für diesen Bericht nicht interessiert hat; das interessiert mich gerade. Also, daraus spricht ja nicht nur eine Missachtung der Bundesdatenschutzbeauftragten. Natürlich: Wenn ich jahrelang für diese Stelle Verantwortung hatte, muss mich doch so ein Prüfbericht interessieren.

Zeuge R. U.: Also, ich kenne die einzelnen Details, die Sie jetzt - - wo Sie mir vorhalten, ich hätte da Fehler gemacht, nicht. Tatsächlich ist ja - - Bei der ganzen Geschichte ist es ja sehr, sehr komplex. Wenn Sie jetzt einfach nur mal die Selektoren noch mal von der NSA hernehmen, dann haben wir in Bad Aibling damit nichts machen können. Das war nicht unser Revier. Wenn da jetzt insgesamt was falsch gelaufen ist, dann konnte ich an der Stelle - - war es einfach nicht meine Verantwortung.

(Zuruf: Bitte?)

Und soweit ich mich noch erinnern kann - ich war ja bei den BfDI-Besuchen immer mit dabei -: Die BfDI-Besuche liefen in, ich sage jetzt mal, höflicher Atmosphäre ab, und ich kann mich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht einmal erinnern, dass wir einem Wunsch des BfDI nicht entsprochen hätten - was in unserer Verantwortung lag -, ihm irgendwas nicht zu zeigen oder nicht zu erklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht zentral in dem Prüfbericht auch um die NSA-Selektoren und dass die niemals hätten verarbeitet werden dürfen in Bad Aibling, weil sie weder erforderlich waren noch im sozusagen umfassenden Maße geprüft werden konnten, weil die Deutungen fehlten.

Zeuge R. U.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Datenschutzbeauftragte rügt, dass sie die NSA-Selektoren nicht sehen kann, obwohl sie im Datenverarbeitungssystem des Bundesnachrichtendienstes liefen, dass Dateianordnungen fehlten und Ähnliches mehr. Aber im Kern steht natürlich auch die Selektorenproblematik, über die wir den ganzen Tag reden. Ich finde es einfach ziemlich erstaunlich, dass Sie diesen Bericht nicht zur Kenntnis genommen haben. Das passt übrigens dann auch zu Ihrer Aussage, dass es keine personellen Konsequenzen gab.

Zeuge R. U.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, offenbar sieht man weder rechtlich noch organisatorisch irgendeine Schuld im BND. - Und ich habe noch eine Frage, die mich den ganzen Tag schon umtreibt. Wir hatten Sie ja hier schon mal als Zeugen, und da waren Sie durchaus auskunftsfreudiger und konnten sich vor allem auch besser erinnern. Sie konnten auch sehr viel mehr Details schildern als heute. Haben Sie eine Erklärung, warum wir heute so redundant dieses „Ich kann mich nicht mehr erinnern“ hören mussten? Ist in dem Jahr alles gelöscht worden oder - -

Zeuge R. U.: Also, ich kann Ihnen nur zu meiner persönlichen Situation noch mal erklären: Ich habe heute kein - - mir nicht vorgenommen, mich anders zu verhalten als in den beiden letzten Zeugenauftreten, überhaupt nicht. Es war einfach eine sehr, sehr bewegte Zeit mit sehr, sehr viel Arbeit und E-Mail-Verkehr, auch wenn man das jetzt nicht akzeptiert. Ich habe es zumindest

so empfunden, und deswegen kann ich mich an einzelne Vorgänge, weil die Kadenz einfach sehr, sehr hoch war, zeitlich auch nicht mehr genau erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich - -

Zeuge R. U.: Und noch mal zu diesen NSA-Selektoren, wo ein großer Teil - das nehme ich jetzt mal an - aus diesem Prüfbericht, zumindest das, was Sie mir jetzt vorgelesen haben - - Das waren ja Sachen, die man letztlich ja schon auch mit dem BfDI zusammen erarbeitet hat. Und bei den Selektoren an sich, ob ich das - - Ich kann es nicht beeinflussen. Ich prüfe die NSA-Selektoren nicht. Ich nehme die nur in Empfang, und geprüft wird in der Zentrale. Ich kann es nicht beeinflussen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie können sie nur bei Ihnen rausnehmen aus der Erfassung. Pullach könnte sie nicht aus der Erfassung nehmen?

Zeuge R. U.: Das ist korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Pullach hat keinen Zugriff?

Zeuge R. U.: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat Pullach auf andere Außenstellen Zugriff?

Zeuge R. U.: Auf deren Erfassungssysteme oder - - Weiß ich nicht. Also, ich glaube nicht; aber ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, rausnehmen, reinstellen können Sie nur selbst in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Die NSA-Selektoren, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die BND-Selektoren nicht. Die könnten auch von Pullach - -

Zeuge R. U.: Korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten die Mitarbeiter der NSA, die in der Zusammenarbeit tätig waren, auch Selektoren steuern?

Zeuge R. U.: Nein, also zumindest schon lange nicht mehr. Das war zu Beginn der Kooperation - 2002 oder 2003, wann es losging - noch anders. Da hat man ja damals ein Sachgebiet, ein gemeinsames Sachgebiet gegründet, das aus, ich glaube, einer deutschen Sachgebietsführung und einem Vertreter der Amerikaner bestand. Und da hat man gemeinsam gegenseitig die Selektoren, die man eingestellt hat, letztlich dann überprüft und sich gegenseitig überwacht. Das kenne ich aber auch nur aus Erzählungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wieder wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wir würden gerne ein Signal bekommen dann vom Sekretariat, wenn der Protokollauszug da ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Ausschusssekretärin guckt gerade, wann es kommt. - Gut, dann sind wir jetzt bei der nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD, wenn es Fragen im öffentlichen Teil gibt. - Gibt es nicht mehr. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zunächst noch mal eine Nachfrage. Sie haben vorhin gesagt: Als die Vertreterinnen der Bundesdatenschutzbeauftragten da waren, haben Sie sich mit denen gut unterhalten, und Sie waren auch immer dabei, wenn die in Bad Aibling waren. Ich nehme an, Bad Aibling meinen Sie jetzt, nicht Pullach; da waren Sie ja. - Ja.

Gab es da nicht mal Auseinandersetzungen über Fragen, dass die Datenschutzbeauftragte noch mehr wollte, insbesondere in Hinsicht der Blechbüchse? Also, wenn man das so liest - wir dürfen ja inhaltlich das hier jetzt nicht mitteilen -, dann hört sich das schon ziemlich heftig an. Selbst das Kanzleramt soll dann noch mal befragt worden sein.

Zeuge R. U.: Also, die - - Jetzt hoffe ich, dass ich die Frage richtig verstanden habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob es nicht Streit gab hinsichtlich der - -

Zeuge R. U.: Das war in der Tat schon ein Punkt auch, wo der BfDI da war - ich weiß jetzt nicht, ob es beim ersten und/oder zweiten Besuch war -, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff gerade. Ich weiß nicht, was er ergänzen möchte. Aber er sollte - -

MR Philipp Wolff (BK): Das ist Bestandteil des BfDI-Berichts, und das bitte ich dann in eingestufte Sitzung zu schildern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war hier auch schon Thema, als die Vertreterin der Bundesdatenschutzbeauftragten hier war. Darüber hat sie gesprochen. Wir haben sie ja sehr lange befragt, wie Sie wissen - fast zu lange.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, auf die Frage können Sie nach meiner Meinung antworten, nur nicht aus dem Bericht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich meine, das ist ja relativ allgemein: Gab es Diskussionen über den Zugang, Kontakte, Überprüfungen Blechbüchse oder alles, was damit zusammenhängt, jetzt die Leitungen, die Leute?

Zeuge R. U.: Also, ich kann mich sehr gut erinnern, dass BfDI gerne Zugang zu der Blechbüchse gehabt hätte und - - Wie war das dann? Es war ja immer, wenn BfDI mit dabei war, auch ein UAL aus der Zentrale bei den Besuchen mit dabei. Und ich meine, dass wir dann die auch wirklich gefragt haben, ob sie den BfDI empfangen oder nicht empfangen, und dann ein negatives Signal aus Washington kam; so meine ich, mich zu erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Jetzt habe ich noch mal eine Frage. Ihnen wurde schon zweimal vorgehalten, dass Sie schon mehrfach hier waren, schon zweimal; das ist jetzt Ihr drittes Mal, wenn wir richtig ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

zählt haben. Da ging es immer um die NSA-Selektoren, und da erinnere ich mich noch, dass Sie damals gesagt haben, dass Sie aus Pullach so eine ganze Liste bekommen haben, die jetzt da rausgenommen werden sollen, weil Sie das konnten oder weil das bei Ihnen gemacht worden ist. Ich will da jetzt gar nicht mehr im Einzelnen dazu nachfragen, sondern nur zu den Fragen hier EU-Institutionen, EU-Regierungen und Ähnliches: Wissen Sie denn aus den Beanstandungen, warum Sie diese NSA-Selektoren rausnehmen sollten, warum in Pullach man der Meinung war, D. B. der Meinung war, das muss raus?

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren ja nicht wenige. Ging es da auch um EU?

Zeuge R. U.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, das wissen Sie noch?

Zeuge R. U.: Ja, das war ja Bestandteil meiner zweiten Vernehmung. Da hatte ich darüber berichtet, soweit ich mich jetzt noch erinnern kann daran.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, spätestens dann ab August - oder wann das gewesen ist - 2013 war Ihnen klar: EU-Betroffene sind ein Problem.

Zeuge R. U.: In den NSA-Selektoren, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in den - - Ja, also, gibt es da einen Unterschied? Darf in den NSA-Selektoren was nicht drin sein, was in BND-Selektoren drin sein darf?

Zeuge R. U.: Bei NSA-Selektoren -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei NSA- - Ich sage mal so ganz allgemein: Wir haben die ja auch nicht gesehen. Aber was wir so gehört haben, sollen ja da auch Institutionen, möglicherweise Regierungsstellen usw., betroffen gewesen sein, und so ähnlich sind ja die Vorwürfe bei den BND-Selektoren.

Zeuge R. U.: Noch mal zu den EU-Organisationen. Wann sie die aus den BND-Selektoren dann rausnahmen, weiß ich nicht mehr, wann das war. Vielleicht war es sogar der gleiche Zeitpunkt, als das begann; da kann ich mich nicht mehr erinnern. Bei den - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, NSA war im August.

Zeuge R. U.: Genau, das war diese einmalige Aktion, die vom *Spiegel* ja auch kommentiert wurde, wo - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war im August. Das heißt, August 2013 müssen Sie über diese Problematik Bescheid - - Haben Sie sich dann da ein bisschen konkreter informiert, oder wurde Ihnen das schon mitgeteilt, als dieses Verlangen bei Ihnen ankam, was da beanstandet wird? Also, einfach nur: „Geht um EU“, oder wurde das viel konkreter gesagt: „Das dürfen wir, das dürfen wir aber nicht“?

Zeuge R. U.: Nein, das war relativ unkonkret. Da hieß es nur: Es sind ein paar so EU-Domains; nehmt die mal aus der Erfassung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - - Können Sie vielleicht sagen - also, es kommt jetzt auf einen Monat da nicht an, ob das im August oder September Ihnen dann klar geworden ist -, was Sie damals wussten: Was darf der BND - jetzt der BND, ganz egal, wo die Selektoren herkommen, ob er sie selber generiert hat oder ob sie von der NSA kommen - hinsichtlich europäischer Institutionen, Regierungen, Botschaften, was auch immer?

Zeuge R. U.: Na ja, bis zu den ersten Weisungen, dass es nicht mehr erlaubt ist, war die - wie soll man sagen? - Rechtslage so, dass der BND es durfte, bis halt die ersten Weisungen kamen, dass es jetzt verboten ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dass die NSA es nicht durfte, aber der BND durfte?

Zeuge R. U.: Wenn das zeitlich nicht im gleichen Zusammenhang steht, letztlich ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Das war ja in derselben Zeit. BND-Selektoren beziehen sich ja auch auf die Zeit vor 2013, oder nicht?

Zeuge R. U.: Ja, ja. Aber vor 2013 waren - - Also, bei den BND-Selektoren war es ja, ich nenne es jetzt mal, erlaubt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Bis die Weisung kam aus der - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich frage dann: Warum hat man dann die NSA-Selektoren - - Warum war da Aufregung in Pullach? Das ist doch nicht jeden Tag passiert, dass Sie da Zehntausende von Selektoren rüber- - müssen da sofort rausgeholt werden. Das war doch - -

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder kam das alle paar Monate vor?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht, was da in der Zentrale dazu geführt hat. Da war ja ich nicht der Entscheidungsträger. Also, tut mir leid; kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Zeuge, Sie haben gerade gesagt: Auch da ging es um EU-Selektoren, also Selektoren, die EU-Einrichtungen oder was auch immer betrafen. Da war Ihnen doch klar: Wir müssen die rausnehmen, diese NSA-Selektoren, weil dieser Bez- - weil das nicht geht, irgendwie mit EU zu tun hat oder Freunden oder Partnern oder was auch immer. Da war ja der Spruch von der Kanzlerin noch nicht da; der kam im Oktober 2013. Da war Ihnen die Problematik klar. Und trotzdem stellen Sie weiter solche Selektoren

in - - Also, Sie haben ja gesagt: Das betraf nur einen ganz kleinen Teil der Selektoren, die Sie da eingestellt haben, die in Pullach generiert wurden - nein, in Bad Aibling generiert wurden. Die haben Sie da reingestellt. Haben Sie da nicht mal nachgefragt: „Bezieht sich das auch auf diese hier? Müssen wir jetzt da vorsichtiger sein? Was dürfen wir, oder was dürfen wir nicht?“?

Zeuge R. U.: Nein, habe ich nicht nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum denn nicht? War Ihnen das nicht aufgefallen?

Zeuge R. U.: Weil das eine ganz klare Weisung war, dass die NSA-Selektoren überprüfende Stelle was entschieden hat, gefunden hat, das wir aus der Erfassung nehmen sollen, und es hat sich eindeutig einfach um einen Teil dieser NSA-Selektoren gehandelt. Und das haben - - Wir haben - - Das war in dem Zeitraum, wenn das 2013 war, eine sehr hektische Zeit, wo wir Weisungen einfach ausgeführt haben, wenn die von oberster Stelle kamen. Was hätten wir denn machen sollen? Natürlich führen wir die aus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ich wollte jetzt nicht von Ihnen eine Meuterei oder so was erwarten, sondern - - Das ist doch letztlich egal, woher - - wer die Selektoren erfunden hat oder wer sie irgendwo hergehabt hat. Es kommt - - Das Entscheidende ist doch: Was stellen Sie dann ein und holen damit Meldungen rein? Was dürfen Sie da, und was dürfen Sie nicht? - Und da sind Sie überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass die eigenen Selektoren nicht anders behandelt werden als die, ich sage mal, von der NSA zur Verfügung gestellten oder ausgeliehenen oder wie immer man das nennen will?

Zeuge R. U.: Nein, bis zu der Weisung, die dann kam, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der CDU/CSU.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben auch keine Fragen mehr, bis wir das Protokoll bekommen; danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Ich hoffe, es kommt zeitnah. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Wahrscheinlich auch keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. - Dann sind wir schon wieder bei Ihnen, Herr Kollege Ströbele.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Prima.

(Heiterkeit)

- Ja, das ist mein Pseudonym.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann müssen wir aber die Redezeit halbieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, das ist ja frech.

(Heiterkeit - Zuruf)

- Genau. - Ich stelle - - Ich fange aber genau da an, wo der Kollege Ströbele gerade aufgehört hat. Sie haben eben den interessanten Satz gesagt: Die, die NSA-Selektoren prüfen - oder die Stelle, die NSA-Selektoren prüft -, haben etwas gefunden bei den NSA-Selektoren. - 2013, irgendwie nach Snowden, haben die was gefunden. Und jetzt haben Sie darauf reagiert und Sachen rausgenommen, die irgendwie europabezüglich sind. Jetzt ist aber das Verfahren - das haben Sie ja vorhin eindeutig beschrieben -: Bad Aibling zieht die Selektoren von irgendeiner Datenbank der NSA, dann gehen die nach Pullach, Pullach prüft. Und jetzt ist ja die interessante Frage: Die Person, die in Pullach prüft: Können Sie das Kürzel nennen, wer das ist?

Zeuge R. U.: Die einzelne Person, die das prüft, weiß ich nicht. Das ist ein Referat, das den Auftrag hat. Aber wer das in persona macht, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass das Herr K. M. ist? Sagt Ihnen das was?

Zeuge R. U.: Sagt mir was, aber ob der - - Weiß ich nicht, ob der für die Prüfung dann genau zuständig ist. Der hat was mit den Filtersystemen zu tun, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die interessante Frage ist ja, Herr R. U., wie - - Wenn man jetzt einmal - - Also, Pullach fällt auf: „Da gibt es ein Problem“, und sagt den Bad Aiblingern: Bitte nehmt diese Selektoren, die irgendwie europabezüglich sind oder die irgendwie botschafts-, europabezüglich sind - - Oder wir wissen es nicht, weil es ist ja nicht verschriftlicht worden, und wir wissen auch nicht genau, wer die Weisung gemacht hat und was drin stand. Aber irgendeine Weisung hat es gegeben, die irgendwas mit Europa zu tun hatte bezüglich der NSA-Selektoren. Sozusagen das sagt man den Bad Aiblingern. Und da ist ja dann diese Geschichte, wo Sie dann gesagt haben: „Löschen“ - Ausrufezeichen.

Zeuge R. U.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder drei Ausrufezeichen.

Zeuge R. U.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie verhindert man jetzt, dass bei der nächsten Lieferung von Selektoren derselbe Mist wieder eingesteuert wird? Wer muss dann Bescheid wissen?

Zeuge R. U.: Also, die gleichen Selektoren - - Oder andersrum: Die Selektoren waren ja dann bei uns in der Datenbank markiert als nicht erlaubt für eine Erfassung. Die waren ja nicht weg in dem Sinn.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben doch „Löschen“ gesagt.

Zeuge R. U.: Ja, ja. Das habe ich aber in meiner zweiten Protokollsitzung auch schon genauer erklärt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Ich frage aber noch mal.

Zeuge R. U.: Löschen heißt nicht löschen, sondern löschen in Bad Aibling heißt, in der Datenbank auf inaktiv stellen, und dann werden die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn Sie sagen: „Löschen“, dann meint das deaktivieren.

Zeuge R. U.: Genau. Und Sie müssen - - Das ist ja - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn Sie was gelöscht haben wollen aus einer Datenbank, was sagen Sie dann?

Zeuge R. U.: Ich weiß gar nicht, ob das geht, in der Datenbank irgendwie richtig was zu löschen. Das war ja auch nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass das nicht geht, dass Sie Selektoren nicht löschen können?

Zeuge R. U.: Könnte sein, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge R. U.: Na ja - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wessen Datenbank ist das denn?

Zeuge R. U.: Die gehört uns, aber die Technik - - Also, wir betreiben sie, aber die Technik -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt von der NSA.

Zeuge R. U.: - kommt von der NSA, genau, ist aber in unserem Hoheitsgebiet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer macht die technische Betreuung der Datenbank?

Zeuge R. U.: Wir.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie machen die Updates, Sie programmieren da drin rum und so?

Zeuge R. U.: Die Updates von der Da- - Also, die Selektoren, das Einstellen usw. macht alles BND-Personal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann können Sie doch auch Sachen löschen. Oder haben die Amerikaner so eine coole Technik, dass der BND das zwar nutzen kann, aber nie wieder einen Selektor löschen kann?

Zeuge R. U.: Da müsste ich jetzt einen Informatiker hinsetzen, der sich diese Datenbank mal ganz genau anschaut, und der kann mir auch vielleicht dann sagen, wie man so was löschen könnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also - -

Zeuge R. U.: Aber der, der bei uns die Datenbank bedient hat - da gibt es ja eine Oberfläche mit dazu -, das war ein Nachrichtenspezialist, und der hat halt seine Häkchen gesetzt oder eben weggelassen. Aber der hat - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, auf Ihre Weisung oder Ihren Befehl hin „Löschen“ - drei Ausrufezeichen - sagen Sie, ist eine Deaktivierung passiert.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn die dann deaktiviert sind, dann sind die deaktiviert, völlig egal, was dann zukünftig aus Pullach kommt.

Zeuge R. U.: Wenn die gleichen wieder kämen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Also, meiner Meinung nach müssten dann zwei Schritte oder müsste ein Schritt noch unternommen werden: Wenn man in Pullach erkennt, dass gewisse Selektoren nicht drin zu sein haben, müssten die natürlich das in ihren Filtersystemen auch so einstellen, dass man sieht, wenn tatsächlich wieder der gleiche noch mal käme, dass er schon in Pullach rausfliegt, aber spätestens bei uns. Das ist ja der Sinn davon, dass man sie nicht löscht, sondern nur auf inaktiv stellt. Da haben wir dann ja - - Sozusagen da vergleichen die Systeme dann und - - Also, wenn der schon - - Ich glaube, wenn ein inaktiver schon da ist und der käme noch mal neu fälschlicherweise aus Pullach, dann wird der trotzdem inaktiv bleiben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wissen Sie, dass der Verantwortliche, der in Pullach für die Löschung oder die Anweisung nach Bad Aibling des Deaktivierens von bestimmten Selektoren zuständig ist, Bescheid wusste?

Zeuge R. U.: Ja, von dem kam ja die Weisung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, Sie wissen nicht, von wem die Weisung kam.

Zeuge R. U.: Die Weisung kam - - Doch, das habe ich doch auch in der Sitzung gesagt. Die Weisung kam vom UAL T2. Aber ich weiß nicht, wer in der Unterabteilung T2 ganz konkret an Filtersystemen arbeitet und wer da ganz konkret NSA-Selektoren - - Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe doch eben mit Ihnen zum Schluss noch mal vier Minuten darauf verwendet, ob es nun UAL T1 oder UAL T2 war, von wem die Weisung kam.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt sagen Sie, es war UAL?

Zeuge R. U.: T2 für die NSA-Selektoren, so wie ich es in der letzten Sitzung auch schon gesagt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur bei den BND-Selektoren können Sie nicht sagen, wer da eine Weisung erteilt hat.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und wann die erteilt wurde.

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie erinnern, dass eine erteilt wurde.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben eben gesagt, die IP-Erfassung wurde eingestellt 2014 im Zusammenhang mit den NSA-Selektoren.

Zeuge R. U.: Ich meine, es war die IP- - Ich weiß, dass ziemlich viel eingestellt wurde. Nach welchen Kriterien das jetzt noch mal genau war, weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind sich sicher, dass das 2014 war?

Zeuge R. U.: Nein, aber nach Snowden irgendwann mal. Das hatte, glaube ich, auch nichts mit den Selektoren, die man dann sozusagen in der einmaligen Aktion inaktiv gestellt hatte, zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das vor oder nach dem Altmaier-Besuch?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Ich weiß es wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber relevant.

Zeuge R. U.: Ich weiß es aber wirklich nicht. Da müsste man -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es irgendwelche - - Verzeihung, ich wollte Sie nicht unterbrechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: - vielleicht in den Systemen noch einmal nachgucken, ob es da irgendwelche Zeitstempel gibt, wann das gemacht wurde. Also, ich weiß es nicht auswendig. Ob das jetzt vor oder nach dem Altmaier-Besuch war, weiß ich nicht auswendig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie irgendeine Konsequenz des Altmaier-Besuchs erinnern, -

Zeuge R. U.: Keine konkrete, nein. Also, mir ist da nichts bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - außer dieser öffentlichen Distanzierung zum Bundesnachrichtendienst?

Zeuge R. U.: Nein, mir ist nichts bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber an die erinnern Sie sich?

Zeuge R. U.: Ja, aber ich weiß nicht, ob das eine Reaktion jetzt auf diesen Pullach-Besuch war. Ich kann das nicht wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie es denn diskutiert im Haus?

Zeuge R. U.: Die Weisung, die dann kam, oder? Ich verstehe die Frage nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, kam eine Weisung von Herrn Altmaier dann oder - -

Zeuge R. U.: Nein, wie ich gesagt habe - das habe ich vorhin auch schon gesagt -: Ich habe keine Weisung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, nein. - Bei dieser öffentlichen Distanzierung des Bundeskanzleramts - meiner Ansicht nach ein geschichtlich einmaliger Vorgang -, haben Sie da irgendwie gesagt: „Du, am Ende hat das was mit uns zu tun“, oder so? Oder: „Die meinen gar nicht uns; die meinen Human Intelligence in Großbritannien“? Oder - - Das werden Sie doch irgendwie diskutiert haben. Herr R. U., kommen Sie!

Zeuge R. U.: Aber was sollen wir da diskutieren? Das sind doch Sachen, die in hohen Ebenen entschieden werden. Das wären ja für uns Mutmaßungen. Ich weiß nicht, was der Minister Altmaier dann auch mit seinem Stab, mit unserem Herrn Präsidenten warum und weshalb vereinbart hat, das man in Zukunft machen müsste oder auch nicht. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, dann wollen wir es festhalten für die Geschichtsbücher, weil das einfach spektakulär ist: Herr Altmaier, der Chef BK, kommt zu Ihnen - einmaliger Besuch - nach Bad Aibling -

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge R. U.: Der kam nach Pullach und nicht nach Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Pullach. Und Sie kommen aus Bad Aibling nach Pullach in die Runde dazu, es ist schlechte Stimmung - sehr bescheiden -, danach kommt so eine krasse BND-Distanzierungs-PM nach außen. Aber für all das, was Sie gemacht haben, Ihre Praxis in dem, was Sie taten, hat sich null Komma null geändert, keine Konsequenzen aus diesem Besuch. Sie haben einfach weitergemacht, was Sie gemacht haben.

Zeuge R. U.: Also, ich bin nicht mit einem - - Ja, ich bin nicht mit einem konkreten Auftrag aus diesem Altmaier-Besuch rausgegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das sage ich nicht, sondern Sie haben einfach Ihren Stiefel weiter durchgezogen.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieser Besuch hatte keine Konsequenzen für die Praxis in Bad Aibling.

Zeuge R. U.: Für mich zumindest nicht erkennbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie sind der Leiter der Stelle gewesen. Also, für die Praxis in Bad Aibling gab es keine Konsequenzen.

Zeuge R. U.: Aus dem Moment, aus dem Besuch mir nicht bekannt, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre der Zeitpunkt, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, super. Das passt doch wunderbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wo wir noch mal fragen, ob andere Fraktionen noch Fragen haben. - Dann mach direkt weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist jetzt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die anderen Fraktionen haben keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. Du wärst weiter dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dachte ich mir. Deswegen sage ich ja: Du bist weiter dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht, Herr R. U., können Sie sich an direkte Gespräche mit der NSA erinnern, also wegen der Selektoren: Wir steuern da ja Sachen so gemeinsam, und da gibt es irgendwie Probleme, und wir reden mal.

Zeuge R. U.: Ich habe von dieser Aktion, wo ich meinen zweiten Besuch hier hatte, mich nicht mit der NSA darüber unterhalten; denn ich habe eine eindeutige Weisung aus der Zentrale.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welcher zweite Besuch?

Zeuge R. U.: Als ich das zweite Mal hier als Zeuge war, da ging es ja hauptsächlich um diese

einmalige Inaktivstellung, und die Weisung habe ich ja von meinem - - nicht von meinem, sondern von dem UAL T2 aus der Zentrale erhalten, und ich habe mit den Amerikanern darüber nicht gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Gespräch vom 29.08.2014 ist Ihnen nicht Erinnerung?

Zeuge R. U.: Nicht explizit, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht explizit. - Führen Sie über so was - - Also, wenn Sie sich mit der NSA treffen und so heikle Dinge besprechen, wird das irgendwo vermerkt, oder ist das wie mit Weisungen, dass das einfach passiert und - -

Zeuge R. U.: Also, ich hatte für mich mit der NSA selten über heikle Dinge zu sprechen, und es ist auch nicht vermerkt, wann ich wen von denen getroffen habe. Höchstens wenn man mal auf Dienstreise nach USA geht, dann gibt es Dienstreiseberichte, die garantiert irgendwo abgelegt werden, aber einzelne Protokolle in dem Sinne nein. Also, das ist mir nicht - - Ich habe keins angefertigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Selten“ heißt, es hat schon Gespräche mit der NSA über die NSA-Selektoren gegeben?

Zeuge R. U.: Ja, die gab es seit 2005 natürlich immer wieder, aber diese konkrete Aktion - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Snowden?

Zeuge R. U.: Nach Snowden gab es auch viele Gespräche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und waren Sie bei einem dabei?

Zeuge R. U.: Ich kann mich jetzt konkret nicht erinnern. Der Großteil ist auch da mit der Zentrale selbst gelaufen, weil die ja für die NSA-Selektoren verantwortlich waren. Und auch diese Entscheidungen dann: „Jetzt hört mal auf mit“, oder: „Stellt mal einen Teil komplett ein“, und: „Jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

geht es nicht mehr weiter“ und so was, das waren ja alles Entscheidungen, die in der Zentrale getroffen wurden, und ich nehme mal an, auf Basis von Gesprächen auch mit der NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Gespräche mit der NSA hätten dann Sie nicht geführt, -

Zeuge R. U.: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern das hätte UAL T- -

Zeuge R. U.: 2, nehme ich an, in dem Fall dann gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): UAL T2.

Zeuge R. U.: Vielleicht auch zusammen mit UAL T1 oder mit dem Abteilungsleiter. Das weiß ich aber nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, W. K. und D. B.?

Zeuge R. U.: Könnte gewesen sein. Ich weiß es aber nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer würde dann Ihnen die Ergebnisse berichten oder Sie irgendwie in Kenntnis setzen, was jetzt Phase ist mit der NSA?

Zeuge R. U.: Na ja, das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Sie kriegen nichts mit?

Zeuge R. U.: Das ist unterschiedlich. Ich meine, das ist jetzt wieder sehr hypothetisch. Wenn jemand dieser beiden Herren mit der NSA sich über irgendwas unterhält und dann wir in Aibling eine Konsequenz daraus - - oder irgendwas - - aktiv werden müssen, dann müsste mir natürlich derjenige, der mit der NSA gesprochen hat, das auch sagen, oder wenn die beide dort waren, einer von den beiden, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab keine klare - - Das ist ja auch noch mal wirklich interessant. Also, zwischen D. B. und W. K. in Ihrem Unterordnungsverhältnis zu diesen zwei Unterabteilungsleitern gab es keine klare Zuständigkeit?

Zeuge R. U.: Doch, es gab eine ganz klare Zuständigkeit, dass der - - W. K. ist einfach mein Linienvorgesetzter gewesen. Aber ich wusste ja - wir hatten ja viele Sitzungen auch -, dass der W. K. sich mit dem D. B. immer sehr, sehr eng abgestimmt hat. Und wenn dann der D. B. mir sagt: „Jetzt nehmt mal dies und jenes aus der Erfassung“, dann kann ich davon ausgehen, dass das das Pendant jeweils eben auch weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

Zeuge R. U.: Also, insofern habe ich sozusagen eine - - Ich versuche, es anders zu differenzieren: Diese fachliche Weisung, die T2 ausgesprochen hat, haben wir dann natürlich umgesetzt - auf inaktiv gestellt -, aber disziplinar bin ich natürlich immer dem UAL T1 unterstellt gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Formal, aber praktisch - -

Zeuge R. U.: Auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Praktisch auch?

Zeuge R. U.: Ja, der hat die Sitzungen geleitet mit all den Außenstellenleitern, mit den Referatsleitern einmal die Woche und hat den Großteil der - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber D. B. war nicht aus dem Spiel, sondern wenn D. B. Ihnen was gesagt hat, haben Sie das auch gemacht?

Zeuge R. U.: In dem Fall, diese fachlich - - Das war aber - - D. B. hat mir nicht oft was gesagt. Ich kann Ihnen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann hat er Ihnen denn mal was gesagt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja, ich kann mich konkret eben nur daran sogar erinnern, dass wir das aus der Erfassung nehmen sollen. Ansonsten kann ich mich nicht erinnern, dass der mir persönlich jetzt irgendwie eine Weisung oder so erteilt hat. Das hat immer der UAL T1 gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in diesem Fall der NSA-Selektoren hat Ihnen D. B. eine Weisung erteilt.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das fanden Sie ungewöhnlich?

Zeuge R. U.: Nein, das war eine fachliche Weisung. Ich wusste ja, dass der Bereich T2 für die US-Selektoren zuständig ist und wir Aiblinger die einzigen waren, die US-Selektoren sozusagen im Einsatz hatten. Wenn der zu der Erkenntnis kommt: „Da müssen welche raus“, dann ist das für mich seine fachliche Zuständigkeit, die ich auch nicht hinterfrage. Das muss man dann umsetzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das sage ich ja gar nicht. Nur, ich sage: Es ist doch bemerkenswert, dass - - In all der Zeit erinnern Sie nur eine einzige Weisung, die von D. B. kommt, und das ist jetzt ausgerechnet in diesem heiklen Fall, der uns besonders interessiert, nämlich den NSA-Selektoren.

Zeuge R. U.: Das war diese fachliche Weisung. Der hat an den EU-, also an den BND-Selektoren, meine ich, auch mitgearbeitet. Aber ich weiß nicht, ob er die dann unterschrieben hat oder ob das der Abteilungsleiter war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie - -

Zeuge R. U.: Also, da haben wir mit Sicherheit auch gefragt, weil er ja in seiner Funktion als T2 in der Zentrale auch für die BND-Selektoren zuständig war. Aber wie das Prozedere genau war, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit W. K. darüber gesprochen?

Zeuge R. U.: Über was konkret, bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über die Anweisung, die Weisung von Herrn D. B.

Zeuge R. U.: Dass wir das aus der Erfassung nehmen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Ich könnte es jetzt nicht mehr hundertprozentig sagen; aber ich gehe fest davon aus, dass ich ihm das mal irgendwann gesagt habe. Ich bin aber auch an dem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie das Gefühl, dass W. K. darüber Bescheid wusste?

Zeuge R. U.: Ich kann mich an die einzelne Situation schon gar nicht mehr erinnern. Ich gehe davon aus, dass der D. B. dem W. K. das von sich aus mitgeteilt hat, weil die ja sehr eng zusammengearbeitet haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sie wussten beide Bescheid, dass bei den NSA- -

Zeuge R. U.: Denke ich. Ich kann es garantieren für den D. B. - denn da kam die Weisung an uns -, und ich bin stillschweigend davon ausgegangen, dass der W. K. das auch weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn Sie selbst jetzt meinen zu erkennen: „Es gibt einen Wertungswiderspruch. Wir sollen in Kooperation mit der NSA die EU-Selektoren rausnehmen; aber wir haben ja noch BND-Selektoren, die wir auch selbst teilweise einsteuern, wo Pullach gar nicht kontrolliert. Da könnte es auch ein Problem geben“, würden Sie das adressieren an jemanden, oder würden Sie einfach warten, bis Ihnen dann jemand was dazu sagt? Also, würden Sie proaktiv werden und sagen: „Da könnte es doch ein Problem geben. Guck mal, wir nehmen die Botschaft hier gerade raus in Paris für die NSA-Selektoren; aber wir steuern die selbst bei den BND-Selektoren“? Das ist ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

wirres Beispiel von mir. Wie würde das laufen, wenn das so wäre?

Zeuge R. U.: Nein, ich würde die nicht proaktiv von mir aus der Erfassung nehmen, sondern - - Es war ja der - - Ich sage mal: In der Zeit wurde ja sehr, sehr viel diskutiert und gesprochen und - - Also, ich hätte nicht proaktiv dann entschieden und gesagt: „Ich nehme das jetzt für uns da irgendwie raus“, sondern - - eben abwarten, bis eine Weisung kommt, wenn denn dann eine kommt. Es hätte ja auch sein können, dass überhaupt keine Weisung kommt, theoretisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist aber dann eine gekommen.

Zeuge R. U.: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann, wissen Sie nicht mehr?

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber danach schon?

Zeuge R. U.: Es müsste danach gewesen sein, ja, also nach dem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das: „müsste“? Könnte es auch anders sein? Könnte es sein, dass Sie erst eine Weisung bezüglich der BND-Selektoren bekommen haben?

Zeuge R. U.: Nein, glaube ich nicht; aber hundertprozentig sicher bin ich mir nicht. Es gab so viele Papiere auch damals. Mit all den Daten - - Ich weiß es nicht. Aber ich gehe fest davon aus, dass -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zuerst NSA und dann BND.

Zeuge R. U.: - zuerst die Inaktivstellung NSA war und dann im Nachtakt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ungefähre Abstand dazwischen?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Ich weiß es wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass die BND-Selektoren erst im März 2015 Thema wurden?

Zeuge R. U.: Ich glaube nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben, vorher?

Zeuge R. U.: Ich meine, vorher; aber ich bin mir nicht hundertprozentig sicher. Noch mal - auch wenn Sie es für mich als Entschuldigung nicht gelten lassen -: Es war eine sehr, sehr hektische Zeit. Ich kriege die Daten, die einzelnen, wirklich nicht zusammen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Jetzt muss ich mal gucken. - Ich sehe, dass wir - - Eigentlich glaube ich, meine ich zu sehen, dass es keine Fragen mehr im öffentlichen Teil gibt. Jetzt müssten wir schauen, wie wir mit den noch möglicherweise übrig bleibenden Fragen umgehen. Ich würde Folgendes vorschlagen: dass wir den Zeugen jetzt erst mal entlassen, mit dem nächsten Zeugen versuchen, weiterzumachen; das liegt jetzt so ein bisschen daran, wie lange es braucht, bis er kommt. Und in circa - jetzt gucke ich mal eben - 30, 35 Minuten werden wir die Namentliche haben. Wir können ja mal gucken, dass wir schon mit dem nächsten Zeugen anfangen, je nachdem, wie schnell er hier ist. Okay? - Gut.

Dann darf ich Sie schon mal entlassen, darf mich ganz herzlich bedanken, dass Sie uns in öffentlicher Sitzung Rede und Antwort gestanden haben. Ich bitte Sie, noch ein wenig in der Nähe zu bleiben. Es könnte sein, dass wir noch mal in öffentlicher Sitzung ein, zwei Nachfragen an Sie haben. Wenn das nicht der Fall ist, würde ich aber jetzt schon mal einen Beschluss für gleich fassen, weil es wird noch von allen, glaube ich, ein nichtöffentlicher Teil gewünscht mit dem Zeugen, oder? Oder nicht? - Wenn nicht, dann nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, wollen wir nicht das beschließen, wenn wir den öffentlichen Teil mit ihm abgeschlossen haben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn der noch notwendig ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir wollen ja noch mal ins Protokoll gucken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann sind wir an der Stelle erst mal durch und würden Sie dann gleich noch mal öffentlich zu ein, zwei Nachfragen bitten. Okay?

(Der Zeuge nickt)

Danke schön. - Dann würde ich jetzt bitten, den nächsten Zeugen in den Saal zu geleiten, und das wird T. P. sein, wenn das bei allen Fraktionen so okay ist. T. P. ist, glaube ich, auch da, richtig?

(Zuruf: Ja, er ist auf dem Weg!)

- Wunderbar. - Dann unterbreche ich jetzt mal für fünf Minuten und hoffe, dass draußen der Wagen steht. - Irgendwas sehe ich da. Dann wäre es allen möglich, sich dort zu versorgen.

Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
16.15 bis 16.53 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen T. P.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt mit unserem nächsten Zeugen. Ich darf begrüßen unseren Zeugen T. P.

Ich stelle fest, der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr P., Sie haben den Erhalt der Ladung am 8. November 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - So weit alles verstanden?

Zeuge T. P.: Alles verstanden, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Der Rechtsbeistand ist uns zwar bekannt. Aber, Herr Rechtsanwalt Eisenberg, möchten Sie sich kurz vorstellen?

RA Johannes Eisenberg: Ja, Sie haben ja meinen Namen schon genannt. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Hätte ja sein können, dass ich noch bestimmte Insignien der Macht vergessen habe. Aber, Herr Rechtsanwalt Eisenberg, schön, dass Sie da sind.

Herr T. P., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortsetzen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge T. P.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen kurz den Ablauf darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne durch die Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie kurz befragen, und anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses entsprechend der Stärke der Fraktionen - eine Fraktion nach der anderen - die Möglichkeit, Ihnen ihre Fragen zu stellen. - Gibt es hierzu Fragen, zum Ablauf?

Zeuge T. P.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angaben der Initialen sowie die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge T. P.: T. P., 52 Jahre, Soldat, Dienststelle BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und wie ich es gerade gesagt habe, möchte ich Ihnen zu Anfang die Gelegenheit geben, ein Eingangsstatement abzugeben, sprich: sich im Zusammenhang zum Beweisgegenstand zu äußern, wenn Sie dies wünschen. - Wünschen Sie dies?

Zeuge T. P.: Nein, danke, kein Statement.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann beginnen wir schon direkt mit den Fragen der Fraktionen und würden anfangen mit der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben erst mal in öffentlicher Sitzung keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben Fragen. - Herr T. P., herzlich willkommen in unserem Ausschuss. - Sie sind ja Nachrichtensachbearbeiter; so haben wir gelesen. Und uns würde interessieren - wir haben ja das Thema BND-Selektoren heute bei uns als Beweisgegenstand -, dass Sie uns beschreiben können: Wie werden BND-Selektoren generiert? Wann werden sie deaktiviert oder - in Klammern - gelöscht? Und vielleicht dann noch eine weitere Frage, die dann eine Rolle für uns spielt: Inwieweit ist Ihnen bei diesem Vorgang „einstellen, Meldungen ansehen, deaktivieren“ das Oberthema kritische BND-Selektoren untergekommen? Aber erst mal würde uns interessieren, dass Sie uns den Arbeitsvorgang darstellen, wie das in einer Außenstelle bei den BND-Selektoren verlaufen ist.

Zeuge T. P.: Also erst mal: Ich bin kein Nachrichtensachbearbeiter, kein aktiver Nachrichtensachbearbeiter, ich bin Sachgebietsleiter. Das Sachgebiet ist Produktion, das schließt die Nachrichtensachbearbeitung und die Nachrichtengewinnung ein.

Okay, der zweite Teil der Frage war: Wie werden Selektoren gewonnen? Einmal kriegen wir einen Auftrag, da ist ein Selektor oder mehrere Selektoren schon dran. Die zweite Möglichkeit ist, dass wir eine Eigensteuerung vornehmen, also eigene Selektoren gewinnen aus der Erfassung. - Das war die Beantwortung des zweiten Teils.

Und der dritte war: Wann werden Selektoren, glaube ich, gelöscht bzw. deaktiviert? Bei Ergebnislosigkeit. Wir können Selektoren nicht wirklich physikalisch löschen. Die liegen momentan in einer Datenbank, und die werden dann nur als gelöscht markiert. Also man deaktiviert sie, und dann werden alle Dienststellen, die noch irgendeine Verbindung zu diesem Datensatz haben, befragt, ob das in Ordnung ist, dass dieser Datensatz deaktiviert wird. Da muss jeder zustimmen. Und wenn die Zustimmung erfolgt ist, dann kann ich auch dieses Häkchen „Deaktivierung“ richtig setzen, und dann verschwindet er sozusagen, dann ist er deaktiviert, aber nicht wirklich physikalisch gelöscht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Bei Ihnen laufen BND-eigene Selektoren und Selektoren von ausländischen Nachrichtendiensten?

Zeuge T. P.: Also, ich bin in der Unterabteilung T1. Das ist die Abteilung, die für die Nachrichtengewinnung eigentlich zuständig ist. Wir bekommen Selektoren von der Unterabteilung T2. Und da sind sowohl - - Entschuldigung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, wir bekommen diese Selektoren von der anderen Unterabteilung. Und die sind zum Teil vom AND und zum Teil von denen selber generiert bzw. von der Auswertung zur Verfügung gestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie können ersehen, welche BND-eigen sind und welche von ANDs sind.

Zeuge T. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und wenn Sie auf Grundlage von Meldungen oder Treffern von diesen Selektoren eigene Selektoren generieren, kann das auf Grundlage beider Typen sein, also sowohl auf Grundlage von BND-Selektoren als auch von Selektoren von ANDs.

Zeuge T. P.: Also, Selektoren können zu Erfassungen führen. Wenn die Selektoren oder die Erfassung dann meldungswürdig ist, dann kann natürlich die Gegenstelle, wenn sich der Inhalt qualifiziert, auch als Selektor hergenommen werden, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das heißt, auch aus einem, sage ich jetzt mal, NSA-Selektor kann über die Erfassung und die Meldung ein BND-Selektor generiert werden - um es zu verkürzen.

Zeuge T. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Bei diesen Meldungen, die Ihnen auf möglicher- - Ach so: Sind die Meldungen bei Ihnen auch mal auf den Tisch gekommen? Hatten Sie mit den Meldungen zu tun?

Zeuge T. P.: Ja, ich bin der Sachgebietsleiter. Das heißt, den Meldungs Ausgang meiner Nachrichtenbearbeiter, den schaue ich mir an, nicht komplett, aber stichprobenhaft auf jeden Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren da Meldungen dabei, die Regierungsstellen aus EU-Staaten oder NATO-Staaten betroffen haben?

MR Philipp Wolff (BK): Zu den Inhalten bitte nur - -

Zeuge T. P.: Kann ich Ihnen leider nur in der nichtöffentlichen Sitzung beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den Aufträgen, die Sie bekommen haben, waren da Aufträge dabei, die EU-Staaten oder NATO-Staaten betroffen haben?

Zeuge T. P.: Auch in der nichtöffentlichen, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann haben Sie - - Oder anders herum: Gab es zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Weisung, dass bestimmte Selektoren aus der Erfassung genommen werden müssen?

Zeuge T. P.: Ja, es gibt die Weisung vom April 2014. In der steht explizit - - Dinge drin, nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann er aber, glaube ich, hier sagen. Ja. In der steht das drin. Und die haben Sie in welcher Form bekommen, mündlich oder schriftlich?

(RA Johannes Eisenberg:
Eingestuft, das ist doch eingestuft hier!)

- Och, Herr Eisenberg, kennen Sie die Akten besser als ich?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Gut. - Dann möchte ich wissen: Die Weisung aus April 2014, war die mündlich oder schriftlich?

Zeuge T. P.: Schriftlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und von wem haben Sie diese bekommen?

Zeuge T. P.: Von meinem damaligen Dienststellenleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der ist für uns welches Kürzel?

Zeuge T. P.: R. A.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und gab es vorher schon mal eine Weisung, gegebenenfalls mündlich?

Zeuge T. P.: Es gab einen Entwurf einer Weisung vom D. B. Aber das war nur ein Entwurf, also die ist nie in Kraft getreten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und nachdem Sie die Weisung aus April 2014 bekommen haben, wurden umgehend die Selektoren deaktiviert, oder hat das einen längeren Zeitraum gedauert?

Zeuge T. P.: Also, die Weisung ist vom April. Bis die bei uns war, war es Juni.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat aber - - Ist die mit der Postkutsche gekommen?

Zeuge T. P.: Nein, das wurde verteilt über ein internes System und hat uns erst mal nicht erreicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wirkt seltsam. Also, wir sind im Zeitalter des Telefons und der E-Mail. Dass man da drei Monate braucht, um eine Weisung zuzustellen, ist ungewöhnlich. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Zeuge T. P.: Ja. In dem System gibt es einen Verteilkenner, und da waren wir nicht drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte das einen Grund?

Zeuge T. P.: Nein, das war, denke ich mal, vergessen worden oder einen falschen Verteiler ausgewählt.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder wollte man bei Ihnen die Erfassung noch ein bisschen laufen lassen?

Zeuge T. P.: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Vergleich zu anderen Außenstellen, würden Sie sagen, Sie sind eine Außenstelle mit einem hohen Selektoreinsatz?

Zeuge T. P.: Gleich wie die anderen auch, also nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gibt es keine Unterschiede? Weil wir haben ja Zahlen auch zu erfassten Datenmengen. Die sind ja schon unterschiedlich zwischen den Außenstellen.

Zeuge T. P.: Die Datenmengen -

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge T. P.: - ja, die Selektoren nein. Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Selektoren sind überall gleich. Wie hoch ist - -

Zeuge T. P.: Die waren unterschiedlich früher. Die sind jetzt durch das neue System eher gleich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn Sie sagen würden: Wie hoch war der Anteil der Selektoren, die bei Ihnen liefen, die in der Außenstelle generiert wurden? War das verschwindend gering, oder war das doch ein größerer Teil?

Zeuge T. P.: Das habe ich nie untersucht. Ich müsste schätzen. Ich würde 50-50 schätzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, 50-50 ist ja schon eine ganz große Hausnummer. Wer kontrolliert denn eigentlich, wenn die Selektoren in-house generiert werden - ja? -, also in der Außenstelle, dass sie dem Auftragsprofil des BND entsprechen, keine G-10-Grundrechtsträger betreffen, dass sie notwendig sind? Wer macht das? Sie?

Zeuge T. P.: Da kommt es jetzt natürlich auf den Zeitraum drauf an. Also, vor der Weisung lief es etwas anders als nach der Weisung.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir vor der Weisung.

Zeuge T. P.: Vor der Weisung konnte jeder Nachrichtenbearbeiter den Selektor einstellen, von dem er gemeint hat, dass er ND-relevante Informationen liefern wird. Die Nachrichtenbearbeiter sind natürlich ausgebildet, die gehen auf mehrere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lehrgänge, bei denen ihnen auch mitgeteilt wird - und das wird auch abgeprüft -, nach welchen Kriterien sie prüfen müssen, also BND-Gesetz und G 10, dass das eingehalten wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, würden Sie sagen: Es ist angemessen, dass ein Nachrichtensachbearbeiter - der was ist? Ein? Wie nennt man seinen Dienstgrad? Sachbearbeiter? -, -

Zeuge T. P.: Das ist Sachbearbeiter, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - ein Sachbearbeiter einen Grundrechtseingriff vollumfänglich beurteilen kann?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. P.: Also, ich bin kein Jurist, ich kann das nicht vollständig beantworten. Ich würde aus meinem - - Da würde ich sagen: Ja. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir jetzt wechseln? Acht Minuten wären um.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Frage noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. - Ist Ihnen irgendwann mal eine Meldung auf den Tisch gekommen, wo der Nachrichtensachbearbeiter gesagt hat: „Ich habe hier einen Vorgang, das geht gar nicht. Ich bin ganz erschrocken, was hier in der Erfassung läuft. Da ist Herr Wolff vom Bundeskanzleramt drin“, oder so? Nein? Also irgendwas - -

Zeuge T. P.: Nein, also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge T. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der SPD. - Keine Fragen im öffentlichen

Teil. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr T. P., hallo! - Ich wollte noch mal ganz kurz, damit ich es richtig verstehe, bezüglich der von Ihnen gesteuerten Selektoren - NSA-Selektoren gibt es ja bei Ihnen gar nicht - -

Zeuge T. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben nur BND-eigene Selektoren - - steuern Sie?

Zeuge T. P.: Ja, wir steuern Selektoren, die wir selber gewinnen und die wir von der anderen Unterabteilung kriegen, und da können natürlich auch von AND Selektoren dabei sein.

(MR Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe mich vielleicht verguckt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

MR Philipp Wolff (BK): Dazu in eingestufte Sitzung. Das Verhältnis, welche Selektoren gesteuert werden in Rheinhausen, bitte in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist jetzt zu spät.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, Sie kriegen von einer Unterabteilung - nämlich von U, von T?

(Die Mikrofonanlage fällt aus)

Zeuge T. P.: T2. T2.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, wir brauchen das Mikro leider.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich kriege meins leider nicht aus hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff kriegt seins auch nicht aus und ich meins auch nicht. Vielleicht setzt sich Herr T. P. einfach auf den Platz von Herrn Wolff. - Nein, war ein Spaß.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wird sich sicherlich irgendwie klären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einmal deaktivieren und dann - -

(RA Johannes Eisenberg:
Aber meins geht! Da kann
er sich hier hinsetzen! -
Heiterkeit)

- Ja, das ist doch gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist toll pragmatisch.

(Christian Flisek (SPD):
Klar, weil Sie es nie anma-
chen! - RA Johannes Eisen-
berg: Nein, das ging eben
auch nicht, Herr Abgeord-
neter, das habe ich jetzt re-
pariert! Nein, war nicht so
gemeint!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, jetzt geht alles wieder, nicht? Sehr gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt scheinen alle wieder zu gehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Also, das ist T2, und die sind für diese Selektoren verantwortlich.

Zeuge T. P.: Die Unterabteilung T2.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Unterabteilung T2, genau. - Und Sie dürfen uns natürlich nicht genau sagen, wie viele Selektoren das sind. Aber vielleicht so ungefähr: Sind das Zehntausende, Hunderttausende, hundert Millionen von Selektoren?

Zeuge T. P.: Darf ich Ihnen jetzt leider nicht sagen. In der Nichtöffentlichen gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage mal so: Sie haben ja dann eine Weisung bekommen, oder Sie haben eine Weisung bekommen, die noch so im Bearbeitungsstatus war, noch keine fertige Weisung; aber auf die haben Sie trotzdem reagiert.

Zeuge T. P.: Die haben wir bekommen, um zu überprüfen oder - - und eine Stellungnahme abzugeben: Was würde passieren, wenn das so käme? Würde das einen großen Einbruch in der Erfassungsmenge darlegen? Geht das überhaupt? Können wir das technisch überhaupt durchführen? - Das waren so die Fragen, die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Umsetzungsfragen.

Zeuge T. P.: Ja, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und die kamen von D. B.

Zeuge T. P.: Die kamen von D. B., ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieser Weisungsentwurf, wie wird der umgesetzt? Wann kam das zu Ihnen?

Zeuge T. P.: Ich würde sagen, so ein halbes Jahr vor der richtigen Weisung. Also, kann mich da nicht mehr genau dran erinnern, wann die kam, muss ich sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann die richtige Weisung kam?

Zeuge T. P.: Nein, nein, die schon. Das weiß ich, das war im Juni. Aber wann die an dieser - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Juni letztes Jahr?

Zeuge T. P.: Im Juni 2014.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Juni 2014.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn Sie sagen, das ist so ungefähr ein halbes Jahr - - Danach kam die richtige Weisung.

Zeuge T. P.: Nein, davor. Also die - - Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. P.: Der Entwurf kam ungefähr ein halbes Jahr vor der endgültigen Weisung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber dann sind wir irgendwie Beginn der Jahres 2014.

Zeuge T. P.: So was, ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich brauche das nicht genau, aber ungefähr. Also, im Beginn des Jahres 2014 kam ein Weisungsentwurf, der sagte: „Selektoren mit Europabezug könnten problematisch sein. Wie sähe das aus, wenn wir das folgendermaßen - Doppelpunkt - regeln?“, und dann haben Sie das geprüft, und nachher kam eine Weisung.

Zeuge T. P.: Ja, aber die kam nicht mehr von D. B., die richtige Weisung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Die kam dann von wem?

Zeuge T. P.: Vom Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist?

Zeuge T. P.: Das war damals der Herr Pauland.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pauland. - Und war aber D. B. dann noch einbezogen?

Zeuge T. P.: Oh, das entzieht sich -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht.

Zeuge T. P.: - meinem Kenntnisstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Gab es vorher schon Diskussionen bei Ihnen, welche Selektoren Sie steuern können und welche nicht, oder war das erste Mal, als dieser Weisungsentwurf kam, das ein Thema?

Zeuge T. P.: Erst als der Weisungsentwurf kam.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und dann haben Sie Selektoren deaktiviert oder gelöscht, als die Weisung schließlich kam? Oder haben Sie schon auf den Weisungsentwurf reagiert?

Zeuge T. P.: Teils, teils.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. Also, Sie haben schon beim Weisungsentwurf angefangen, zu reagieren, -

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil Ihnen signalisiert wurde: „Es wäre schon mal schön, wenn wir das Problem erst mal grob lösen“?

Zeuge T. P.: Nein, das kam eigentlich gar nicht. Es kam eigentlich auch nicht die Aufforderung, diesem Entwurf nachzukommen oder so; aber es war ja klar, wo führt die Reise hin. Das heißt, wir haben ab dem Moment eigentlich auch keine mehr - - die Nachrichtenbearbeiter angehalten, dass sie keine solchen Selektoren mehr einsteuern sollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sagen, es trifft zu, wenn ich sage: „Es gab klare Fälle, von denen man wusste, dass sie zukünftig auf jeden Fall gar nicht mehr passieren sollten“, und dann gab es Fälle, wo es Diskussionen gab, und das war im Laufe der Weisungsdiskussion dann, was zu klären war?

Zeuge T. P.: So könnte man es sagen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Und dann heißt also, dass Sie in



Nur zur dienstlichen Verwendung

den BND-Selektoren angefangen haben im Grunde im Januar, also zu Beginn, um den Jahreswechsel, 2013/2014 Selektoren herauszunehmen.

Zeuge T. P.: Ja, eher später, weil das ging ja erst mal - - Wir haben dann darüber diskutiert, was das bedeutet für uns - wir mussten ja auch gleich eine Stellungnahme abgeben -, also, was es bedeuten wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. P.: Die Information müssen Sie erst mal einholen bei den Nachrichtensbearbeitern und bei den Nachrichtengewinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, also März - - Aber schon bevor die finale Weisung dann kam im Juni, haben Sie schon angefangen, zu löschen.

Zeuge T. P.: Ja, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Löschen oder deaktivieren?

Zeuge T. P.: Löschen können wir ja nicht. Also, das System lässt eine Löschung nicht zu. Damals waren wir gerade in der Migration von unserem alten Datenbestand in die neue, übergreifende Datenbank.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sind bei dieser Migration viele Selektoren aussortiert worden?

Zeuge T. P.: Oh ja, sehr viele, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr zwei Drittel?

Zeuge T. P.: Nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und woran lag das?

Zeuge T. P.: a) am Aufwand. Ein System kann ja nicht unendlich viele Datensätze aufnehmen. Das dauert natürlich dann, wenn man sie einspielt. b) waren viele der Selektoren auch, man würde jetzt

sagen, veraltet, die man immer wieder mitgeschleppt hat, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. P.: - und das war eine gute Gelegenheit, das auch mal zu bereinigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnten Sie - - Also, Sie haben ja - - Ein Teil der Selektoren kam aus Pullach, einen Teil der Selektoren haben Sie selbst generiert.

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnten Sie alle Selektoren tatsächlich auch lesen und verstehen, die Sie steuerten?

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da gab es nicht irgendwelche Zahlencodes, wo man dachte: „Keine Ahnung, was die uns da aus Pullach schicken; aber wir steuern es erst mal“, oder so?

Zeuge T. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Und diese Weisung und den Weisungsentwurf, die haben Sie auch schriftlich bekommen von D. B.?

Zeuge T. P.: Schriftlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schriftlich. Per E-Mail, oder wie passiert das?

Zeuge T. P.: Also, ich weiß es nicht. Aber mein Dienststellenleiter hat sie wahrscheinlich per E-Mail bekommen; denn, ich glaube, ich hatte einen Ausdruck. Also, den Entwurf - - hatte ich einen Ausdruck. Von der endgültigen Weisung war es dann ein Original.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Machen Sie Weisungen, die Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus Pullach kriegen, also von Ihrem Vorgesetzten - - Gibt es das, dass Sie die mündlich empfangen und dann einfach Ihren Leuten sagen: „Passt mal auf, ab heute läuft das so“, aber das nicht verschriftlichen? Ist das vorstellbar in Ihrer Außenstelle?

Zeuge T. P.: Also, wir kriegen vielleicht mal so einen Auftrag: „Mach mal schnell irgendwas“; dann ist das aber sofort wieder vorbei. Ansonsten, wenn es länger anhalten soll, muss es natürlich schriftlich sein, sonst - - Wie soll ich denn das - - Also, mündlich geht da nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Das finde ich auch. - Also, wenn das eine gewisse Relevanz hat, und wenn das so ein bisschen auf die Zukunft hin sortiert werden soll und so, dann verschriftlichen Sie das.

Zeuge T. P.: Ja, es kann sein, dass, wenn eine Weisung ansteht, vorher kurz mal eine Info kommt: Es kommt jetzt die und die Weisung, ihr könnt jetzt schon mal so und so und so reagieren. - Aber meist, also in der Regel kommt dann nach dann immer etwas Schriftliches.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Ist ein Fall vorstellbar für eine Weisung, wo es darum geht, welche Selektoren zu steuern sind und welche nicht zu steuern sind, die Sie nicht verschriftlichen würden als Außenstellenleiter?

Zeuge T. P.: Nur wenn was ganz schnell passieren müsste und ich gar keine Zeit hätte, es zu verschriften oder sonst was. Dann müsste ich halt schnell reagieren, das durchführen. Ansonsten, die Nachrichtenbearbeiter, die brauchen ja einen Anhalt auch, wenn sie sich an etwas halten müssen. Also, sonst geht das ja nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, wenn Sie schnell durchführen und wenn das dann in der Zukunft so weiter gemacht werden - -

Zeuge T. P.: Dann muss der Nachrichtenbearbeiter einen Anhalt bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen muss - -

Zeuge T. P.: Und es kann ja ein neuer - - Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, verzeihen Sie. - Sagen Sie es. Ich - -

Zeuge T. P.: Es kann ein neuer Nachrichtenbearbeiter dann mal kommen, der hat diese mündliche Weisung eventuell nicht mitbekommen. Ja, wie soll der sich an diese halten dann, wenn sie nicht da ist?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das leuchtet unmittelbar ein. - Treffen Sie sich als Außenstellenleiter regelmäßig und sprechen sich über bestimmte Sachen ab?

Zeuge T. P.: Also, es gibt die Referatsleiterrunde - ein Außenstellenleiter ist von der Hierarchie ungefähr einem Referatsleiter gleichgestellt in diesen Runden -, und da trifft man sich einmal die Woche in Pullach in der Zentrale. Und die Außenstellen, die Dienststellenleiter, die zufällig in der Zentrale sind, die nehmen dann körperlich natürlich mit teil, der Rest per Videokonferenz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und haben Sie in dieser Zeit nach Snowden da Sachen besprochen, was vielleicht in Bad Aibling besonders schwierig sein könnte, oder so? Also, nach dem Motto: „Wir diskutieren jetzt diese Selektoren. Wir haben ja alle BND-eigene Selektoren, ihr habt doch auch diese NSA-Selektoren. Wie läuft denn das?“, oder - -

Zeuge T. P.: Also, ein bisschen hat man ja was mitbekommen. Aber das ist natürlich, wenn ich jetzt - - Das ist Spekulation, was ich jetzt rede. Das Gerede, dass die sehr im Fokus stehen und ziemlich beharkt werden, weil die ja ganz, ganz viele Selektoren von den Amerikanern haben und auch Selektoren, die man - da war Ihre Frage wahrscheinlich drauf - nicht lesen kann, was sich tatsächlich dahinter verbirgt - - Ja, also darüber wird natürlich schon -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geredet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: - ja - gefachsimpelt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, gut. Aber darüber dürfen Sie ruhig berichten, weil das ja sozusagen, was Sie miteinander auf Fachebene auch - - Wenn das nicht eine offizielle Runde ist, ist das ja trotzdem relevant häufig. Und kam es vor - ich hoffe, ich wiederhole die Frage nicht -, dass Mitarbeiter von Ihnen zu Ihnen gekommen sind, jetzt als Außenstellenleiter, und gesagt haben: „Wir haben hier einen Selektor, den würden wir gerne steuern. Wir wissen nicht so genau: Geht das, oder geht das nicht? Also ist der zulässig rechtlich oder nicht?“ Wurde das ab und zu mal besprochen?

Zeuge T. P.: Es gibt so Stufen bei uns. Also, wenn der Nachrichtensbearbeiter ein Problem hat oder meint, er kann es nicht klar entscheiden, geht er eigentlich zu seinem Gruppenleiter als Erstes. In der nächsten Hierarchieebene wäre der Sachgebietsleiter. Das wäre ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. P.: Und ich würde dann zu meinem Dienststellenleiter gehen - das bin im Moment auch ich -, und wenn das auch nicht hilft, dann zum Unterabteilungsleiter, also, die Hierarchieebene einfach nach oben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich noch mal wechseln. Okay?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir in die zweite Runde. Die Union hat, glaube ich, keine Fragen im öffentlichen Teil. - Dann wären wir wieder bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner, Fragen noch im öffentlichen Teil?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es mal vor 2014 Diskussionen zu Selektoren, die man besser nicht mehr steuert?

Zeuge T. P.: Nein, mir nicht bekannt. Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Der ANSO-Skandal ist Ihnen kein Begriff?

Zeuge T. P.: Der war jetzt nicht in unserer Außenstelle; aber gehört davon, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hatte der eine Konsequenz?

Zeuge T. P.: Ja, die ANSO hat man nicht mehr gesteuert.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist das überhaupt, wenn man bei der Nachrichtensbearbeitung feststellt: „Oh, da kommt eine Meldung. Die kann ja nur auf einem Selektor beruhen, der nicht das Auftragsprofil abbildet“, und man diesen Selektor deaktiviert? Wird das protokolliert, der Vorgang an und für sich?

Zeuge T. P.: Mittlerweile wird es protokolliert, also in dem neuen System.

Martina Renner (DIE LINKE): Und früher?

Zeuge T. P.: In unserem Altsystem wurde es auch protokolliert. Aber in dem Vorgängersystem wurde nichts protokolliert.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hätte - - Vielleicht noch mal die Zeiträume, also: Jetzt wird es protokolliert, davor - - also dass Sie da noch mal sagen, bis wann wurde es nicht protokolliert und ab wann wird es protokolliert.

Zeuge T. P.: Also, wir haben die PBDB in Betrieb seit Sommer 2014. Davor hatten wir schon einen Probetrieb laufen seit 2012, ich glaube, Oktober.

MR Philipp Wolff (BK): Bitte genauere Angaben dazu in eingestufte Sitzung, wann die genauen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: Okay. - Genaue Angaben dann später.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wenn man jetzt feststellt - - Jetzt hatten wir den ANSO-Skandal; aber wir hatten jetzt auch gesagt, es kann sein, dass Selektoren bei den Meldungen auftauchen, wo man sagt, die müsste man deaktivieren. Waren da auch Selektoren dabei, die G-10-Grundrechtsträger/-trägerinnen betrafen, die man dann deaktiviert hat?

Zeuge T. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie mal Selektoren identifiziert, die in den DAFIS-Filter in die Stufe 3 eingefügt wurden? Wir wissen ja, die sind ja - - In die Stufe 3 kommen ja die aus Meldungen sich ergebenden Gegenstände oder Personen oder Institutionen rein, wo man sagt: „Da müssen wir für die Zukunft absolut ausschließen, dass die gesteuert werden“, Abgeordnete. Ist das bei Ihnen mal vorgekommen, dass bei Ihnen so was aufgefallen ist und man es dann in die DAFIS gegeben hat?

Zeuge T. P.: Nein, für die DAFIS-Stufe 1 bis 3 ist die Unterabteilung T2 zuständig; die machen das. Das machen nicht wir. Wir haben ein System bei uns; aber das wird gepflegt von der Unterabteilung T2.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kann man auch, wenn aus Meldungen ersichtlich wird, dass kritische Selektoren gesteuert werden, die in die Filtersysteme einfügen. Oder wie muss ich das verstehen?

Zeuge T. P.: Das können wir melden, ja, so was.

Martina Renner (DIE LINKE): Das melden Sie dann.

Zeuge T. P.: Das können wir melden, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Rheinhausen, um es noch mal zu verstehen, macht überwiegend Kabelerfassung? Also, wir reden über TKM, die sich auf paketvermittelte Kommunikation richtet.

Zeuge T. P.: Das hat mit Kabel erst mal nichts zu tun. Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich weiß, es geht auch über Satellit, ja.

Zeuge T. P.: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder selbst über Thuraya.

Zeuge T. P.: Ja, es geht beides, über beide Ebenen. Also, wir sind in erster Linie mal eine Sat-Erfassungsstation. Wir machen aber - - haben auch ein paar ausländische Ansätze.

Martina Renner (DIE LINKE): Kabel?

MR Philipp Wolff (BK): Dazu in eingestufter Sitzung dann bitte ausführen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Aber wir reden über TKMs, die sich auf paketvermittelte Kommunikation maßgeblich beziehen?

Zeuge T. P.: Nein, beides, -

Martina Renner (DIE LINKE): Beides. Okay.

Zeuge T. P.: - also sowohl leitungs- als auch paketvermittelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei der Erfassung fallen ja nicht nur Meldungen an, sondern auch Metadaten. Was passiert denn mit denen?

Zeuge T. P.: Die werden ähnlich wie die Erfassungen - - Erst mal laufen die über diese DAFIS-Stufen und werden dann extrahiert und kommen in ein Metadatensammelsystem. Und dort können sie ausgewertet werden und Verkehrsbilder betrachtet werden usw.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat außerhalb des BND noch jemand anderes Zugriff auf dieses Metadatensammelsystem?

Zeuge T. P.: Das System, das bei uns steht?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht die Bundeswehr?

Zeuge T. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das BfV?

Zeuge T. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auch kein ausländischer Nachrichtendienst?

Zeuge T. P.: Auch nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie denn was mal mit der NSA zu tun?

Zeuge T. P.: Auch nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit der CIA?

Zeuge T. P.: Auch nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Frage ich deswegen, weil wir eine Operation untersucht haben, „Glotaic“, die ja maßgeblich in Rheinhausen verarbeitet wurde, aber vor Ihrer Zeit, nicht?

Zeuge T. P.: Ja. Ich bin 2007 nach Rheinhausen gekommen und war dort erst in der Systemunterstützung bis 2011 und ab 2011 dann im Sachgebiet Produktion.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese deaktivierten Selektoren, die lassen sich auch retrograd nachvollziehen. Also, man kann heute noch erkennen, wann Selektoren deaktiviert wurden?

Zeuge T. P.: Wenn sie mal deaktiviert wurden, dann sind sie ja nicht mehr - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja gesagt, es wird lediglich in der Datenbank - - die werden nicht gelöscht, sondern in Häkchen gesetzt irgendwie -

Zeuge T. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - nicht? -, aus der - -

Zeuge T. P.: Ja, ob dann tatsächlich nun so ein Löschlauf kommt nach einem halben Jahr oder Jahr, das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so. Also, es könnte auch sein, dass Selektoren, die deaktiviert wurden, auch irgendwann gelöscht werden.

Zeuge T. P.: Da kenne ich mich nicht aus; aber ich denke, also das wäre möglich. Da müssten Sie jemanden von T2B fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Begriff „Beifänge“ etwas?

Zeuge T. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist das?

Zeuge T. P.: Wenn ein - - Eine Erfassung, die beruht auf einem gesteuerten Selektor. Die Gegenstelle, die ist eigentlich immer Beifang dann, weil die ist ja eigentlich nicht gewünscht, sondern A war gewünscht, B hat ja mit kommuniziert, wenn man jetzt eine bidirektionale Erfassung hat. Dann ist B immer Beifang. Das ist eigentlich alles. B kann natürlich verschiedenste Formen annehmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und unter welchen Bedingungen wird dann B auch gesteuert?

Zeuge T. P.: Wenn der Inhalt nachrichtendienstlich relevant war, wenn nichts dagegen spricht, dass der Selektor B gesteuert werden kann. Und das wäre es eigentlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Wenige Sekunden haben wir noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann machen wir das in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann würde ich nämlich vorschlagen, dass wir jetzt zur namentlichen Abstimmung gehen. Dann brauchen wir auch nicht ganz so zu rennen, weil,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich glaube, ein Redner ist noch, wenn ich das richtig sehe, oder? - Zwei Redner? Wir können auch noch eine Fraktion - - Ich gucke mal in die Runde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe nur noch für fünf Minuten Fragen. Ich könnte jetzt loslegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn wir dann durch wären, dann würden wir das machen. - Aber auch Frau Kollegin Renner hat noch Fragen? - Wir müssen uns schnell entscheiden - - Okay, dann würde ich sagen, wir gehen entspannt rüber - dann brauchen wir nicht so zu rennen - und setzen nach der namentlichen Abstimmung fort.

Wir müssen die Sitzung jetzt kurz unterbrechen, weil eine namentliche Abstimmung kommt. - Die Sitzung ist, wie gesagt, unterbrochen, und Sie haben eine kurze Pause. Danke schön.

(Unterbrechung von
17.33 bis 18.07 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort.

Wir hatten Fragen der Fraktion Die Linke. Die Fraktion der SPD hat, glaube ich, im öffentlichen Teil keine Fragen mehr. - Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - wenn noch Fragen im öffentlichen Teil sind. Ich glaube, das war der Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Sekunde sortieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kein Problem, die Uhr zählt das mit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. P., vielen Dank fürs Warten. - Diese Datenbank, die Sie da bei sich fahren und steuern, die muss ja auch technisch betreut werden; also da müssen irgendwie Updates gemacht werden.

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Wer macht das? Machen das Ihre Leute?

Zeuge T. P.: Das ist zweigeteilt: Einmal aus der Zentrale, also die Unterabteilung T2, und wir haben einen Datenbankadministrator, der aber ganz, ganz wenig Rechte hat, der technisch mit betreut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und „aus der Zentrale“ heißt, aus Pullach kommen Leute.

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es sind keine Amerikaner, die - -

Zeuge T. P.: Nein, die kommen nicht. Die können das von Pullach aus machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Amerikaner?

Zeuge T. P.: Nein, keine Amerikaner. Die Systemadministratoren in Pullach sind Deutsche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. Sie haben sozusagen - - Die haben Fernzugriff darauf.

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt machen Sie ja - - Sie haben ja nur mit BND-Leuten da vor Ort zu tun in Ihrer Außenstelle. Was wäre denn in der Praxis das Problem, wenn man das jetzt mit einem AND machen würde, diese Erfassung? Ist das problemlos, oder - - Wenn man jetzt gemeinsam Erfassungen fährt, jetzt aus Ihrer Erfahrung in diesem Außenstellenbereich - - Wenn jetzt morgen der Präsident kommt und sagt: „Mensch, T. P., jetzt gemeinsam mit den Briten wollen wir bei euch erfassen, findest du das gut?“ - -

Zeuge T. P.: Ja, wenn der Präsident kommt und wünscht das, dann würden wir das so machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. Wenn er sagt: Bitte gib mir Feedback dazu.

Zeuge T. P.: Lieber machen wir es natürlich alleine, logisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Warum?

Zeuge T. P.: Mit jedem, mit dem man teilt, holt man sich natürlich wieder Vorgaben rein, die man einhalten muss.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mitwisser!)

- Bitte?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mitwisser! - RA Johannes Eisenberg: „Mitwisser“ hat er gesagt!)

- Ja, „Mitwisser“ würde ich es jetzt nicht so betiteln, eher so: Das würde das Leben etwas schwerer machen, weil die haben Wünsche, man selber hat natürlich Wünsche, man muss die Wünsche, sowohl die eigenen als auch die anderen, betreuen. Deshalb: Wahrscheinlich ist es ein Mehraufwand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, ein Mehraufwand. Okay, gut. - Erst mal wollte ich mich bedanken für die interessanten Antworten, die Sie uns gegeben haben, und dann wollte ich fragen, ob Sie sich bezüglich - ich frage jetzt nicht konkret, sondern allgemein - einzelner Selektoren, die wir Sie dann im nicht-öffentlichen Teil unserer Sitzung befragen würden - - also ob Sie da sprechfähig sind, wenn wir Sie zu einzelnen Selektoren befragen. Sie müssen jetzt nichts sagen zu jedem einzelnen. Aber kennen Sie sich mit einzelnen Selektoren aus?

Zeuge T. P.: In der Regel ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Vielen Dank, das reicht uns. Dann würde ich von unserer Fraktion aus vorschlagen, dass wir die zweite Zeugin, Frau S. B., nach Hause schicken können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen trotzdem aber noch mal in die nächste Runde. - Ich glaube, die Union hatte keine Fragen mehr. - Aber die Fraktion Die Linke hatte noch Fragen. Kollege Hahn, wenn ich das richtig erinnere.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, richtig, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal auf das zurückkommen, wo Herr Notz vorhin angefangen hat, in Bezug auf die Lesbarkeit von Selektoren. Er hat Sie gefragt, ob Sie das alles lesen konnten und dass da irgendwelche Zahlenkolonnen waren, die Sie nicht verstanden haben. Sie haben vorhin gesagt, Sie können das lesen. Also auch von AND und die vom BND, die zu Ihrer Außenstelle gekommen sind, konnten Sie lesen.

Zeuge T. P.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Waren da auch immer - und wenn ich jetzt frage, meine ich immer die Zeit vor 2014/13, also jetzt nicht, wie es jetzt ist -, sondern waren damals für diese Selektoren immer Deutungen angegeben?

(RA Johannes Eisenberg:
Immer was?)

- Deutungen: Was ist das für ein Selektor? Welches Ziel oder welche Person steckt dahinter? - Oder wie war das ausgestaltet?

Zeuge T. P.: Nein, nein, wir haben zum Teil Listen bekommen. Das war nur der Selektor, ohne eine Deutung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also wussten Sie in vielen Fällen gar nicht, was Sie da steuern?

Zeuge T. P.: In manchen - - Also, es gab mehrere Listen. Und in manchen waren - - Also, grundsätzlich gab es das Feld sozusagen, dass eine Deutung drinsteht. Die war aber nicht immer gefüllt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, was heißt „nicht immer“? Waren es 5 Prozent, wo keine Deutung stand, oder waren es eher 70, 80 in der Zeit, von der wir jetzt reden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: Das beantworte ich Ihnen gerne in der Nichtöffentlichkeit.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das kann ich jetzt allerdings so nicht akzeptieren. Ich habe einfach gefragt, ob die Mehrzahl mit Deutungen verbunden war oder nicht. Das ist ein Punkt, den kann man ganz einfach beantworten, verrät keine Geheimnisse. Es ist einfach wichtig, ob die Stelle, die er dort geleitet hat, wusste, was sie dort überhaupt tut.

Zeuge T. P.: Die Mehrzahl war mit Deutung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay, da ist ja wenigstens das eine Aussage. - Haben Sie denn diese Deutungen selbst prüfen können, oder haben Sie sie geprüft? - Also, ich frage jetzt noch mal konkreter, damit Sie verstehen, worauf ich hinauswill: Sie kriegen jetzt eine Telefonnummer mit Vorwahl von Paris, und dahinter steht „Proliferation“ oder „Geldwäsche“ als Begründung. Eigentlich ist es aber die Nummer des französischen Außenministers meinetwegen, und der wird möglicherweise beides nicht gemacht haben. Na, meine Frage ist: Konnten Sie prüfen und haben Sie geprüft, wer sich hinter bestimmten Nummern tatsächlich verbarg, die Sie gesteuert haben, die man Ihnen geschickt hat?

(RA Johannes Eisenberg:
Können wir mal kurz eine
Pause haben, Herr Profes-
sor Sensburg?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte schön? Ich hatte es gerade akustisch nicht verstanden?

(Der Zeuge, sein Rechtsbeistand und MR Philipp Wolff (BK) begeben sich zum Rande des Sitzungssaales)

Entschuldigung, Herr - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ob wir mal ganz kurz eine
Pause haben können, um
das hier zu regeln!)

- Ja, können wir das so machen, dass erst gefragt wird, bevor rausgegangen wird? Die Pause können wir gerne machen. Fünf Minuten, geht das?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich hatte ja gefragt! Nein,
wir brauchen gar keine fünf
Minuten!)

- Oder geht es um eine Besprechung kurz?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich bin ja der Meinung, um
das zu erklären, dass - -
Martina Renner (DIE
LINKE): Mikro!)

- Herr Rechtsanwalt, es geht mir nur um die Frage, ob eine Pause oder eine Rücksprache notwendig ist. Bei einer Pause unterbrechen wir die Sitzung, bei Rücksprache halte ich nur die Uhr an.

(RA Johannes Eisenberg:
Geht nur um eine Rück-
sprache!)

- Alles klar, logisch.

(Der Zeuge, sein Rechtsbeistand und MR Philipp Wolff (BK) beraten sich am Rande des Sitzungssaales)

- Okay? Gut.

Zeuge T. P.: Also, die hypothetische Frage nach dem Außenministerium kann ich Ihnen so nicht beantworten. Wir bekommen die Selektoren aus der Zentrale Pullach, und die wurden bei uns nicht geprüft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Frage war ja nicht hypothetisch, aber gar nicht in Bezug darauf, ob Sie das geprüft haben bei dieser Nummer. Mir ging es um den Vorgang, dass es sein kann, dass Sie eine Telefonnummer kriegen, eine Mail-Adresse und etwas ganz anderes sich dahinter verbirgt. Ich habe Sie jetzt richtig verstanden, sie wurden bei Ihnen nicht mehr geprüft.

Zeuge T. P.: Nein, sie wurden nicht mehr geprüft. Das hätte passieren können, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würde ich noch mal fragen: Sie haben vorhin gesagt, eingangs auch, Sie haben Selektoren, die Sie selbst generiert haben, Sie haben welche von der Zentrale bekommen, wo möglicherweise auch AND-Selektoren mit dabei waren, und Sie haben gesagt, es gab zu einzelnen Fragen Aufträge, die Sie auch bekommen haben. Von wem haben Sie denn diese Aufträge bekommen?

Zeuge T. P.: Ja, die Aufträge bekommt die Unterabteilung T2 aus der Auswertung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nicht von beispielsweise dem Bundeskanzleramt oder vom Präsidenten?

Zeuge T. P.: Läuft alles bei T2 auf, nicht direkt in der Außenstelle.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, das ist - - Ich weiß ja nicht, wie das aussieht, wenn Sie einen Auftrag kriegen. Sagt man Ihnen da nur: „Steuere das und das“, mehr wird nicht gesagt, oder wissen Sie, diese Aufforderung kommt vom Wirtschaftsministerium, vom Kanzleramt oder vom Präsidenten? Dass Sie also wissen, in wessen Auftrag Sie dort arbeiten.

Zeuge T. P.: Nein, das wissen wir nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und waren bei diesen Aufträgen, die Sie bekommen haben - Sie haben ja gesagt, da ist in der Regel auch ein Selektor mit dran oder mehrere Selektoren, wenn Sie einen Auftrag erfüllen sollen -, waren bei den Dingen, die Sie als Aufträge bekommen haben, Sie persönlich, EU-Regierungen, Regierungschefs usw. dabei? Ich frage nicht nach, welchen, ich frage nicht, wie viele, ich möchte nur wissen, ob es für seinen - wir wissen doch alle, dass es das gegeben hat; da brauchen wir doch nicht mehr drumrum reden - - ob bei den Aufträgen, die er erhalten hat, solche Selektoren dabei waren. Das ist eine ganz einfache Frage.

Zeuge T. P.: Zu Inhalten leider nur nichtöffentlich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist kein Inhalt. Ich habe gefragt, ob dabei Adressen dabei waren,

die EU betrafen, mehr nicht, kein Name, kein Land, kein gar nichts. Die zentrale Frage, um die es hier geht, ist doch, ob es bei den Aufträgen - - Wir haben doch zwei verschiedene Sachen: einmal die selbstständig generierten Selektoren. Da liegt die Verantwortung dann bei dem, der sie dort eingestellt hat. Und wenn es Aufträge gibt, liegt die Verantwortung bei dem, der den Auftrag erteilt hat. Und da ist jetzt einfach die Frage, ob bei diesen Aufträgen so etwas dabei war. Nicht mehr und nicht weniger. Alles andere kann dann nichtöffentlich diskutiert werden.

Zeuge T. P.: Da waren auch Aufträge dabei mit EU-Bezug.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Dann haben Sie vorhin gesagt, dass Sie ungefähr - ich will Sie da nicht festnageln - Hälfte-Hälfte eigen generierte - - ungefähr, das ist jetzt gar nicht weiter wichtig. Wie ist denn da eine Kontrolle erfolgt?

Zeuge T. P.: Vor der neuen Datenbank lag es im Ermessen des Nachrichtensbearbeiters. Und ich gucke mir jetzt den Meldungs Ausgang an, da sind die Selektoren ja dann dabei. Und die schaue ich mir dann auch an. Das wäre die einzige Kontrolle gewesen, die es dann damals davor gab.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber die Treffer haben Sie nicht gekriegt, die kriegt wieder der Sachbearbeiter?

Zeuge T. P.: Die Treffer stehen in der Datenbank. Ich kann auf jeden getroffenen Datensatz zugreifen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also nicht nur der Sachbearbeiter. Das war eine Frage, die beim letzten Mal eine Rolle gespielt hat, inwieweit zum Beispiel der Bearbeiter, weil es ihn interessiert, die Telefonnummer seiner Frau im Ausland eingeben kann, und wenn er die Treffer nur kriegt, dann auch sehen kann, was dort läuft, oder weil es ihn interessiert, die Jetzt-nicht-mehr-Präsidentenskandidatin Clinton meinetwegen steuert, weil er das spannend findet und es keine Kontrolle gab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. P.: Die Erfassungsergebnisse, je nachdem, wie man gegliedert ist in einer Außenstelle - in der Außenstelle haben wir Teams, das heißt, es sind immer mehrere Nachrichtensachbearbeiter, die auf einen Erfassungstopf zugreifen - - Also, wenn jetzt ein Nachrichtensachbearbeiter etwas steuern würde, würde die Gruppe, das Team, die drei, vier, fünf Leute, das Ergebnis sehen. Also, er hat keinen eigenen Einzeltopf. Mehr sage ich Ihnen gerne in der Nichtöffentlichen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und in der Zeit, wo Sie tätig waren, haben Sie da jemals Anfragen bekommen von Ihren Mitarbeitern, von Ihren Sachbearbeitern: „Soll ich diese Adresse, diesen Regierungschef, diesen Minister steuern, ja oder nein?“, mal völlig unabhängig von einzelnen Ländern? Haben Sie solche Dinge genehmigt und gewusst, oder ist das alles quasi an Ihnen vorbei passiert?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gar nicht passiert.

Zeuge T. P.: Da gab es nichts zu genehmigen. Die wurden ein- - Also, wenn ein Auftrag da war oder wenn Sie es selber in die nachrichtendienstliche Erfassung eingesteuert haben, also eine Eigensteuerung vorgenommen haben, haben Sie das gemacht. Also, es musste nicht nachgefragt werden, bevor man steuert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, verstehen Sie mal: Für mich oder, ich glaube, auch für mehrere Kollegen ist es schwer vorstellbar, dass irgendein Sachbearbeiter einen Staatspräsidenten steuert und das in eigener Verantwortung macht, weil es ihm gerade gefällt oder weil er das für wichtig hält oder für notwendig oder auftragskonform oder weil es ihm einfach Spaß macht. Wenn es also überhaupt keine Mechanismen gibt, dann kann ja der Betreffende zunächst mal jeden steuern. Kann rauskommen bei den Treffern bzw. bei den Meldungen.

Zeuge T. P.: Da würde es auf jeden Fall rauskommen, genau. Aber er konnte - - Er hat eingesteuert, das ist richtig.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wen er wollte, ohne klare Vorgaben.

Zeuge T. P.: Nicht, wen er wollte und ohne Vorgaben. Ich habe vorhin mal erzählt, dass - - Die Nachrichtensachbearbeiter werden geschult. Die müssen natürlich nach APB, nach unseren Vorgaben - - gehen die schon vor. Es wird aber - - Ich gebe Ihnen recht: Es gab keine Kontrollinstanz, die jetzt überprüft hat: Ist das tatsächlich alles nach APB genau richtig oder nicht?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt gucke ich mal in die Runde. Gibt es noch Fragen, die an den Zeugen im öffentlichen Teil gestellt werden können und sollen, wollen? -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir könnten immer,
aber - -)

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Ende der öffentlichen Befragung. Ich gehe aber davon aus, dass wir den Zeugen noch nicht-öffentlich und eingestuft befragen wollen. Sehe ich das richtig? - Wir wollen den Zeugen noch eingestuft und nichtöffentlich befragen. Dann würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen T. P. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich, ist nicht der Fall.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich einen Vorschlag - -)

- Können wir eben den Zeugen entlassen? Oder brauchst du ihn noch? - Nein. - Dann dürfen Sie jetzt schon mal gehen. Wir würden dann gleich in einem späteren Teil eingestuft noch mal auf Sie zurückkommen. Sie hätten jetzt erst mal Pause. - Jetzt der Kollege.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde den Vorschlag machen, dass wir mit dem Zeugen direkt weitermachen. Das wird, glaube ich, nicht so lange dauern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im eingestuftem Teil?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das wäre mein Verfahrensvorschlag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Du möchtest aber doch wahrscheinlich noch R. U. jetzt hören, oder nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde R. U. danach hören. Ich glaube, dass das hier sehr viel kurzweiliger - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen wir wieder hierhin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und es geht doch jetzt um die eine Befragung hier, um die Passage, die dir wichtig war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, nein, das ist völlig richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Sie haben jetzt erst mal Pause. - Jetzt kommt noch eine ganz kurze Befragung von R. U., die eben übrig gewesen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vielleicht können wir danach dann so verfahren, wie vorgeschlagen, dass wir ihn dann nehmen und danach R. U.

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Professor Sensburg,
soll er hier warten?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. Er hat jetzt ein bisschen Zeit. Er kann draußen was essen, was trinken. Freizeit. Genau.

Und ich bitte, den Zeugen R. U. noch mal in den Sitzungssaal zu geleiten. Wir unterbrechen jetzt erst mal für fünf Minuten, bis der Zeuge da ist.

(Unterbrechung von
18.26 bis 18.36 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen R. U.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir würden weitermachen. Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt mit dem Zeugen R. U.

Herzlichen Dank, Herr Zeuge, dass Sie gewartet haben und uns jetzt noch mal für eine öffentliche Vernehmung zur Verfügung stehen. Es geht eigentlich nur um einen Fragenkomplex, der am Ende der Fragestellung an Sie unklar geblieben ist. Sie erinnern sich, es ging ein bisschen um Strecken etc. Und ich würde Ihnen gerne die entsprechende Passage des Protokolls aus Ihrer Vernehmung eben noch mal vorlesen, dass Sie noch mal wissen, worum es geht. Da war ja ein bisschen Unruhe bezüglich Frage und Antwort. Und dann können wir diese Passage vielleicht noch mal gemeinsam klären. Ist das okay?

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr schön. Das lautete so: Sie, Herr R. U. sagten - und jetzt lese ich wörtlich vor - :

Mir ist kein Fall bekannt, dass bei mir ein Nachrichtenbearbeiter bewusst einen Freund gesteuert hat, weil es bei uns um Krisengebiete



Nur zur dienstlichen Verwendung

ging, und da waren das unsere Selektoren. Was die Zentrale macht, weiß ich nicht.

Dann sagte Kollege von Notz:

Ich glaube, dass Ihre Antwort uns alle in die Irre führt, Herr R. U.

Und dann geht es weiter. Ich lasse jetzt zwei Stellen aus, die aber dafür aus meiner Sicht überhaupt nicht, wirklich nicht relevant sind. - Dann sagten Sie, Herr R. U.:

Da habe ich eben keine Strecke drin in der Regel, die irgendwie von - jetzt sage ich nicht zwei Städte, sonst steht es morgen in der Zeitung - - aber die innereuropäisch oder so was sind, sondern ich schalte ja auf meine Transponder Strecken auf, die zum Beispiel - -

Und jetzt greift Herr Wolff ein, und dann wird dieses Stück unterbrochen. - Im Kern geht es also um die Frage Strecken und Selektoren, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe. Und da würden wir einfach gerne noch mal alle konkret nachfragen. Oder wollen Sie schon vorab das noch mal einordnen? Sonst würden wir in die Fragen der Abgeordneten übergehen.

Zeuge R. U.: Also, das war ja das Protokoll, was ich gesagt habe, und Sie hatten mir dann ja auch eine Unterlage vorgelegt. Also, es entspricht tatsächlich - - Das ist mein Wissensstand auch damals gewesen. Und ich war selbst überrascht, was in dem BfDI-Bericht - das war ja wohl der originale, nehme ich mal an, den ich auch nicht kenne -, was da drin stand. Und ich kann es auch nicht erklären jetzt. Also mein Wissensstand war die ganzen Jahre eben, dass wir die Krisenländer als Strecken aufgeschaltet hatten, und mich überrascht das jetzt auch. Ich müsste das - - Also, ich kann es jetzt hier nicht aufklären. Ich müsste dazu auch die Gelegenheit haben, noch mal in die Dienststelle zu fahren, um mit den Leuten, die da diese Streckenübersicht dann ja letztlich abgegeben haben, noch mal sprechen oder aufklären zu können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, vielleicht Kollege von Notz da als Erster.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, das ist nett. - Das ist ja überhaupt kein Problem sozusagen, wenn wir das verifizieren oder differenzieren können. Das wäre für uns sehr gut. Ich gehe halt davon aus, dass Sie als Behördenleiter für diese Außenstelle informiert werden oder in diese Entscheidungsprozesse, welche Strecken ausgewählt werden, eingebunden sind in irgendeiner Form.

Zeuge R. U.: Im Tagesgeschäft nein. Das war nicht meine Aufgabe. Dafür gibt es eine Nachrichtengewinnung mit einer eigenen Gruppe und einem Sachgebietsleiter drüber, und die gehen die Strecken, ich sage mal, von den verfügbaren Satelliten eben immer wieder zusammen mit der Nachrichtenbearbeitung durch, und sie schauen - da ändert sich ja an den Belegungen auch immer wieder was -, ob es jetzt neue relevante Strecken gibt. Und mein Wissensstand war eben immer - auch zusammen mit den Kollegen -, dass wir, weil wir ja die Krisenselektoren, die eigenen, gesteuert hatten, auch wirklich immer auf der Krise-Krise-Land-Strecke sozusagen waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reden Sie nur über Satellitenerfassung.

Zeuge R. U.: Ja. Also, zu meinem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das denn beim Kabel?

Zeuge R. U.: Ich weiß nicht, wo diese Streckenabklärung oder diese Streckenerklärung, die da drin war, wo die herkommt, ob die aus einer Kabelsteuerung kommt oder ob die aus einer - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wie ist es denn beim Kabel? Ich beziehe mich jetzt gar nicht auf den Bericht.

Zeuge R. U.: Ja, beim Kabel - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der ist eh eingestuft.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der ist eh eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist sowieso eingestuft. - Also, wie ist es beim Kabel?

Zeuge R. U.: Zu meiner Zeit war der Kabelansatz dort nicht aktiv; aber wir haben - - Wie wäre es beim Kabel - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kabelansatz heißt, Sie haben einen einzigen.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also einen einzigen, den Sie selbst steuern, oder einen einzigen, den Sie bearbeiten?

Zeuge R. U.: Ja, Bad Aibling sowie die anderen Außenstellen analog bearbeiten Kabelansatz insofern, dass sie natürlich die Selektoren in den Kabelansatz einsteuern und die Meldungen auch wieder rauskriegen. Und die Strecken - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Kabelansatz?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und wer sucht da die Strecken aus?

Zeuge R. U.: Auch die Nachrichtengewinnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist aber schon in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Die ist in Bad Aibling, und die muss natürlich dann auch Rücksprache halten. Das sind ja dann Auslandsansätze; da ist man ja nicht mehr Herr des Geschehens in dem Sinne, als wenn ich meine Satellitenschüssel drehe, sondern es ist ja immer in Kooperation mit einem

anderen Dienst; da muss man sich mit dem natürlich dann abstimmen. Also, ich habe nicht mehr die Hoheit über diesen Ansatz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Problematik ist uns bewusst, weil wir das im umgekehrten Fall bei „Eikonat“ und Ähnlichem kennen, dass man dann nicht ganz sozusagen bestimmen kann, welche Musik gespielt wird. Aber trotzdem - wie haben Sie das vorhin genannt? -: In der Führungslinie zu denjenigen, die zuständig sind für die Streckenauswahl - sei es nun auf Satellit- oder auf Kabelansatz -, in dieser Führungslinie sind Sie der Vorgesetzte.

Zeuge R. U.: In der Führungslinie komme ich auch vor, ja, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt für die People, die das machen, -

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sind Sie der nächste Vorgesetzte.

Zeuge R. U.: Nein, der überübernächste unter Umständen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, ich bin da nicht im Film, und weil Sie immer sagen, dass Sie - das wären niemals meine Worte - aber so unbedeutend sind, denke ich immer gleich, bei Ihnen ist man an der Basis. Aber das ist gar nicht so, sondern es gibt sozusagen noch zwei oder drei Stufen unter Ihnen Leute.

Zeuge R. U.: Ja, es gibt einen Sachgebietsleiter in dem Fall unter mir und einen Gruppenleiter unter mir. Und in der Gruppe arbeiten Leute, die eben sich auch um die Strecken kümmern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, so war mein Eindruck. Aber dann trägt man natürlich schon für einen größeren Bereich auch die Verantwortung. Das sage ich ohne jede böse Absicht, aber nur, weil Sie das immer so sagen. - So, auf jeden Fall - - Jetzt wenn jemand zur Streckenauswahl eine Frage hat oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

Überlegungen hat oder - man spricht ja von strategischer Fernmeldeaufklärung - eine strategische Frage, geht das dann über Ihren Schreibtisch?

Zeuge R. U.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sondern?

Zeuge R. U.: Ich nehme mal an, dass das - - Das endet wahrscheinlich sogar beim Gruppenleiter. Vielleicht tauscht der sich mit dem Sachgebietsleiter ab und an aus. Aber das ist ja ein Routinevorgang; das ist ja sein tagtägliches Arbeitsumfeld des Gruppenleiters, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hammer.

Zeuge R. U.: - eben neue Strecken aufzuschalten und dann der Nachrichtenbearbeitung auch zu sagen: Wir haben da was Neues. Bitte schaut mal nach, ob es da auch ND-relevante Inhalte gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn die den - jetzt nehmen wir mal den Satelliten - Satelliten drehen wollen, also da die Schüssel, und sagen: „So, jetzt“ - ich fantasiiere jetzt - „Belgien-Afrika“, dann machen die das, und das kann sein, dass das der Sachbearbeiter sagt, und die Techniker drücken dann die Daten, und dann hört man eben Belgien-Afrika ab, und Sie bekommen da nie was von mit.

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, insofern könnte es schon sein, wie das da in dem Bericht steht, dass man eben, ich sage mal, Strecken, die auch in Europa liegen, dass man die erfasst, ohne dass Sie das mitbekommen.

Zeuge R. U.: Das kann ich von hier aus nicht überprüfen. Also, ich kriege die konkrete Auswahl nicht mit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das können Sie nicht überprüfen. Es geht darum, ob das sein könnte.

Zeuge R. U.: Ja, theoretisch ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und praktisch?

Zeuge R. U.: Ja, auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht? Genau. - Also, ich bin dankbar dafür, dass wir ein konstruktives Gespräch über diese Frage führen, weil ich glaube, so, wie das vorhin durchgegangen ist, die Diskussion, so entstand der Eindruck, dass man auf keinen Fall irgendwie was Europäisches, was nicht Krisengebiet ist, erfasst, und das kann jetzt ja so schon irgendwie sein.

Zeuge R. U.: Ich kann den Sach- -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Zeuge R. U.: Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Verzeihung.

Zeuge R. U.: Ich kann den Sachverhalt, wie ich es ja vorhin auch schon gesagt habe, jetzt von hier aus nicht überprüfen. Mein Wissensstand oder Kenntnisstand ist nach wie vor der, dass wir Krise-Krise haben und nur krisenrelevante Sektoren auch, also die Aibling-eigenen Sektoren haben, und deswegen kann ich es von hier aus nicht zuordnen, warum da jetzt europäische Länder in dem Bericht mit auftauchen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, Herr R. U., also, ich kenne mich da ja wahrscheinlich deutlich schlechter aus als Sie; aber so viel habe ich gelernt: Wenn man jetzt über ein Land wie Mali Dinge erfahren möchte, dann ist das insofern nachrichtendienstlich ein Act, weil die sprechen ja eine Sprache, die nicht so viele Übersetzer sprechen usw. Und da habe ich häufig ein Problem, deswegen - - Französisch sprechen mehr Leute - nicht? -, glaube ich, bei Ihnen, und da kriegt man leichter eine Übersetzung. Oder vielleicht hat man sogar Glück und erwischt irgendjemanden bei der EU, der deutsch



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, und der spricht sogar deutsch über die Probleme in Mali. Und sozusagen, dass das theoretisch eine Idee sein könnte, dass man die Informationen nicht direkt gewinnt in Mali über dieses Krisengebiet, sondern dass man eben am Ende in Brüssel, wo viele Infos zusammenlaufen, doch ganz interessante indirekte Informationen bekommen kann, das kann ja an Ihnen nicht komplett vorbeigegangen sein, dass Nachrichtendienste auch so arbeiten.

Zeuge R. U.: Also, Sie haben recht mit der Sprache; das ist wirklich ein großes Problem, das wir insgesamt haben. Aber, ohne jetzt einzelne Länder zu nennen, wir haben in jeder Außenstelle und so auch in Bad Aibling schon eine gewisse Menge an Native Speakern, die auch solche Sprachen natürlich abdecken, weil wir ja nach meinem Kenntnisstand an den inneren Strecken der Krisenländer interessiert sind. Also, wir haben auch Menschen, die wirklich sehr, sehr exotische Dialekte beherrschen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich sofort, und das ist unbestritten. Aber trotzdem spricht das ja nicht gegen die Frage - und um die geht es uns ja überwiegend -, dass man eben auch die Methode anwenden könnte, irgendeine interessante NGO oder so zu nehmen, bei denen auch relevante Informationen aus dieser Krisenregion aufschlagen, die aber in Europa liegt, zumindest ein Ende der Strecke in Europa liegt. Und da frage ich Sie jetzt noch mal, damit das nicht so im Ungefähren bleibt: Ist Ihnen das bekannt, dass Teile der Strecken auch in Europa liegen und dass es insofern auch Sinn machen könnte, einfach um interessante Informationen zu bekommen, auch Selektoren zu steuern, die Europäerinnen und Europäer betreffen?

Zeuge R. U.: Nein, mein Wissensstand war immer, dass wir Strecken von Krise zu Krise aufschalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mali, Syrien und so, -

Zeuge R. U.: Zum Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und nie eine andere. Es hat nie jemand

besprochen, da gibt es keinen Plan, da gibt es nicht Diskussionen und Runden, bei denen der Leiter der Außenstelle sagt: „Leute, jetzt sind aber alle Satelliten irgendwie nach Europa gerichtet, da muss auch mal wieder einer nach Mali zeigen“, oder so? Also, niemand stellt eine Transparenz her.

Zeuge R. U.: Nein, das war nie eine Diskussion in der Runde zwischen mir und den Sachgebietsleitern oder zwischen mir und irgendjemandem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man - -

Zeuge R. U.: Es wurde auf Arbeitsebene entschieden und wurde auf Arbeitsebene eben durchgeführt, die Streckenauswahl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kam nach Snowden mal eine Frage von oben irgendwie: In welche Richtung zeigen eigentlich unsere Satelliten? Welche Strecken erfasst ihr beim Kabelansatz? - Hat da mal jemand nachgehakt?

Zeuge R. U.: Kann ich mich jetzt nicht konkret erinnern, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ist tatsächlich das erste Mal, dass die Bundesdatenschutzbeauftragte das mal aufgeschrieben hat, dass der Leiter der Außenstelle feststellt: Teile der Strecken, die wir erfassen, liegen in Europa, oder - -

Zeuge R. U.: Na, ich habe es ja nicht festgestellt. Ich habe ja der Bundesdatenschutzbeauftragten gesagt, dass mein Kenntnisstand der ist, dass wir Krise-Krise aufschalten. Wenn ich das besser gewusst oder anders gewusst hätte, wenn es denn wirklich so ist, wie es da steht, hätte ich das ja nicht behauptet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fänden Sie es gut, wenn Sie es gewusst hätten?

Zeuge R. U.: Ja, klar. Oder ich hätte zumindest nichts Gegenteiliges - - Ich kann ja nur das von



Nur zur dienstlichen Verwendung

mir geben, was ich weiß und was meinem Wissensstand entspricht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie Widerspruch eingelegt, wenn Sie festgestellt hätten: „Mensch, die Strecke liegt da in Brüssel auch, das ist irgendwie heikel“? Also, hätten Sie gesagt: „Das geht nicht, Freunde“, oder hätten Sie gesagt: „Okay“?

Zeuge R. U.: Na ja, nach der Weisung, die es - wann war das? - 2013/14/15 mal gab, hätten wir mit Sicherheit dann, wenn es an mich herangetragen wäre, ob so was jetzt in Ordnung ist, schon noch mal genauer gucken müssen und das untersuchen müssen, was jetzt der Hintergrund ist - ja? -: Ist es eine, keine Ahnung, malinesische Botschaft irgendwo - - Also, man hätte das dann genauer machen müssen. Aber diesen Sachverhalt habe ich nie diskutiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage: Im Hinblick auf die NSA-Selektoren - also ein AND, der sehr kraftvoll ist und massive Aufklärungsinteressen auch in Europa hat -, ist da mal überlegt worden: Welche Strecken schalten wir da eigentlich für diese NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Wir haben die Strecken ja nicht speziell für die NSA geschaltet, sondern die Streckenauswahl oblag ja immer dem BND. Und die NSA hat mit ihren überprüften Selektoren einfach nur partizipiert. Und es ist mir kein Fall bekannt - also, ich sage mal, in einem regelmäßigem Austausch -, dass die NSA mit unseren Leuten - zumindest in den letzten Jahren; wie es zur Gründerzeit war, weiß ich nicht - zusammensaß und gesagt hätte: Jetzt schalte uns doch mal genau die Strecke auf und mal die, und die will ich jetzt wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen ja von den NSA-Selektoren - da sagen Sie, das ist jetzt Schuld von Pullach -, aber dass eben ein Großteil der Selektoren überhaupt nicht zu lesen war, also dass die nicht verstanden haben, was sie überhaupt steuern. Hat sich leider nicht rausfinden lassen. Die Zuständige aus dem Bundeskanzleramt hat neulich gesagt, dass sie nicht wüsste, ob das 1 Prozent oder

99 Prozent sind, die man nicht lesen konnte. Mein Tipp wäre, dass dann die Menge der nicht lesbaren Selektoren deutlich über 50 Prozent liegt. Aber war es mal ein Thema: Auf welchen Strecken steuern wir eigentlich die NSA-Selektoren?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt noch mal wechseln, falls andere Fraktionen auch noch dranmöchten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kämen jetzt zur CDU/CSU. Gibt es Fragen? - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Gibt es da Fragen? - Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr U., ich habe eine Nachfrage zu einer eben von Ihnen getätigten Aussage. Sie sagten, der Kabelansatz bestand nicht mehr, als Sie in Bad Aibling die Verantwortung übernommen haben für die Außenstelle, oder bestand noch nicht. Können Sie das noch mal erläutern?

Zeuge R. U.: Also, vom Prinzip her bestand er; aber ich meine, dass er - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Also, ich bitte, dazu nur in nichtöffentlicher Sitzung etwas zu sagen, und dann auch nur ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht, grob.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso?

MR Philipp Wolff (BK): Die Beschreibung des Kabelansatzes, wann der bestanden hat - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will nicht wissen, wann - - Also, er hat vorhin gesagt, zu seiner Zeit gab es kein - - Verkürzt - ja? -: Es gab einen nicht mehr und einen noch nicht. Und das würde ich einfach in Zweifel ziehen, dass das eine richtige Aussage ist. Und da würde ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

gerne dem Zeugen noch mal die Gelegenheit geben, uns noch mal zu sagen, ob es in Bad Aibling einen Kabelansatz gab zwischen 2010 und 2015, zu deren erfassten Daten dort eine Verarbeitung via Selektoren vorgenommen wurde.

Zeuge R. U.: Also, einen Kabelansatz gab es und gibt es, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge R. U.: - der war aber den absoluten Großteil, soweit ich das erinnere - - lag der brach. Das lag am ausländischen Partner.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was heißt denn „brach“?)

- Also, keine Erfassung fand statt, zum absolut überwiegenden Teil. - Aber die genauen Monate, wie lang der jetzt während meiner Zeit Meldungen produziert hat für uns oder nicht, weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist der Ansatz, der nach Snowden, weil er detektiert wurde, auf Eis gelegt wurde? Also, er wird auch in den Snowden-Dokumenten beschrieben, er wird auch bei der BfDI erwähnt, „Smaragd“. Also, in dem BfDI-Bericht, also bei netzpolitik nachzulesen, gibt es einen Auslandskabelerfassungsansatz „Smaragd“, und bei dem - den findet man unter dem Begriff „Emerald“ oder „Wharpedrive“ in den Snowden-Dokumenten - - und dort wird beschrieben, dass er zeitweise deaktiviert wurde, weil es Sorge gab, dass er detektiert wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff oder - -

MR Philipp Wolff (BK): Wir haben darüber schon öfter diskutiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

MR Philipp Wolff (BK): Wir halten es für nicht untersuchungsgegenständlich. Der Zeuge hat jetzt hier gerade eine knappe Aussage getätigt, und das war es auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff, da würde ich gerne mittlerweile mal in eine neue Runde der Diskussion mit Ihnen gehen, weil Sie haben bis jetzt immer argumentiert, der ist nicht untersuchungsgegenständlich, weil die Daten nicht verarbeitet würden in Bad Aibling. Jetzt ist er ja im BfDI-Bericht beschrieben und auch mit einer eigenen Datei beschrieben, die dort die Daten verarbeitet aus diesem Erfassungsansatz. Ich glaube, die Haltung, dass es nicht untersuchungsgegenständlich ist, kann vor dem Hintergrund des BfDI-Berichtes nicht mehr aufrechterhalten werden.

MR Philipp Wolff (BK): Das glaube ich schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Daten werden ja in Bad Aibling verarbeitet. Damit, würden wir sagen - „in, nach und von Deutschland“ ist die Formulierung in unserem Untersuchungsauftrag -, sind wir voll drin im Geschäft.

MR Philipp Wolff (BK): Wir haben da eine sehr ausführliche Begründung geschrieben, die auch schriftlich übergegangen ist. Das können Sie gerne auch noch mal abgleichen, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber wer was über den Ansatz wissen will, kann ja bei der BfDI nachlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Dann Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich wollte nur noch mal zur Sicherheit jetzt nachfragen: Handelt es sich - ohne dass wir jetzt weiterfragen, dass Herr Wolff wieder einen Herzkasper kriegt - - Ist es der, von dem jetzt die Kollegin Renner gesprochen hat, oder ist es möglicherweise noch ein weiterer, anderer Kabelansatz? Nur ja oder nein. Das ist ja einfach. Wenn es der gleiche ist, ist das Thema beendet; wenn es ein anderer ist, müssten wir weiterfragen.

Zeuge R. U.: Ich bin an der Stelle jetzt verunsichert, ob ich zu operativen Kabelansätzen hier in der öffentlichen Sitzung noch was sagen darf oder nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist der, von dem die Kollegin Renner gesprochen hat, der, den Sie auch kennen, oder gibt es dort einen weiteren? Das ist eine ganz einfache Frage.

(RA Johannes Eisenberg: Es sind ja nicht nur schwierige Fragen in öffentlicher Sitzung zu beantworten! Ist ja keine Abiturprüfung!)

Zeuge R. U.: Also, das sind Geheim eingestufte Operationen. Da kann ich öffentlich nichts dazu sagen. Tut mir leid.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und in nichtöffentlicher Sitzung sagen Sie dann: „Es gibt einen oder es gibt noch einen und noch einen dritten“ im Zweifel. Dann können Sie uns das sagen, in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Auch dazu wird er in nichtöffentlicher Sitzung nichts sagen, weil das weder mit dem ursprünglichen Untersuchungsgegenstand noch mit den Selektoren, die herausgenommen wurden, etwas zu tun hat und deswegen nicht untersuchungsgegenständlich ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also halten wir fest: Es gibt wenigstens einen oder mehrere Kabelansätze, die in Bad Aibling verarbeitet werden.

MR Philipp Wolff (BK): Was Sie zu Protokoll festhalten wollen, Herr Hahn, das sei Ihnen freigestellt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, die Frage ist, was die Wahrheit ist; das ist der Punkt: was die Wahrheit ist. Und bisher war immer die Rede davon, dort wird nichts verarbeitet von Kabelansätzen. Jetzt hören wir, es wird etwas verarbeitet, möglicherweise in einem oder in mehreren Kabelansätzen. Das muss doch geklärt werden hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hat der Zeuge meines Wissens nicht gesagt. Der hat gesagt, er sagt dazu nichts.

(Nina Warken (CDU/CSU): Können wir jetzt alle was zu Protokoll geben? Dann sparen wir uns die ganze Beweisaufnahme! - Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Das wäre gut! Oder wir nehmen Herrn Hahn in den Zeugenstand!)

Okay. Ich frage jetzt mal: Kollege Hahn hat keine Fragen mehr? - Frau Kollegin Renner noch? - Gut. - Dann gucke ich mal in die Runde. Bündnis 90/Die Grünen? - Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich würde gerne noch eine Sache fragen: Ich will zu dem Streitpunkt von eben noch sagen: Also, das stimmt, was Herr Wolff sagt, unter der Voraussetzung, dass das nichts mit den Five Eyes zu tun hat. Dann stimmt es; sonst stimmt es nicht. Und das können wir ja noch mal in einer eigenen Runde klären. Aber wenn das mit den Five Eyes zusammenhängt, dann müssen wir das hier besprechen. Und wenn das pausiert wurde sozusagen während der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, dann müssen wir zumindest bezüglich der Pausierung und den Dingen, die davor gestrickt wurden, Informationen bekommen. Akten haben wir bisher dazu nicht. Also, da hätte ich dann auch noch mal Ausdrucksbedarf.

Ich habe aber eine ganz andere Frage. Mir geht es immer noch um die Freunde. Ein Punkt im Hinblick auf die Streckenerfassung. Jetzt ist das ja, glaube ich, so, dass die großen Internetprovider und die großen Dienste in den USA liegen.

Zeuge R. U.: Gewisser Anteil mit Sicherheit, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. So Facebook.

Zeuge R. U.: Ja, Facebook. Ist Facebook ein Internetprovider?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber ein Dienst, wo auch relevante Daten hin- und hergeschickt werden. So. - Wenn man Strecken auswählt, wie wählt man denn Strecken aus zu diesen großen Datenmühlen der



Nur zur dienstlichen Verwendung

USA? Wählt man dann Strecken aus, indem man sagt: „USA“, oder was macht man?

Zeuge R. U.: Also, eine Streckenauswahl durch die Nachrichtengewinnung erfolgt - wiederum meines Wissens, mein Kenntnisstand - immer danach: Der guckt da rein und schaut sich einige Verkehre an und sieht dann, als Beispiel: Da sind jetzt viele malische Verkehre drin, da sind viele syrische Verkehre drin, könnte interessant sein für uns. Dann vielleicht schalten wir das mal zur Probe auf und sehen, ob wirklich dann tatsächlich ND-relevantes Material mit dabei ist. - Wenn nicht, geht die Strecke wieder runter, und er wendet sich der nächsten zu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie Facebook-Daten erfassen wollen, was müssen Sie beim Streckeneingang und beim Streckenausgang eingeben?

Zeuge R. U.: Facebook? Ich muss jetzt den Herrn Wolff fragen: Sind das Dinge, die ich diskutieren - - Das ist ja mit - wie nennt man das? - Methodenschutz - - die einen, ich sage jetzt mal, konkreten Selektoren auch und ganz konkrete Selektorarten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt. Mir geht es um die Streckenauswahl, und das können Sie sagen. Sie müssen nicht den Spezial- - Mir geht es darum: Müssen Sie da Länder eingeben?

Zeuge R. U.: Um eine Strecke auszuwählen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es Ihnen um Facebook-Daten geht, was geben Sie dann ein bei Streckeneingang und Streckenausgang?

Zeuge R. U.: Auf so einer Strecke tummelt sich viel. Wenn sich da Facebook tummelt, ist das eine Internetstrecke, dann haben Sie da in der Regel E-Mail-Verkehre drauf und noch viel mehr. Und dann müssen Sie mit Ihren Selektoren, egal ob das - - zu welcher Materialart auch immer, Internet - das ist, wo Sie aus Ihrer PBDB eben relevante Selektoren haben, gucken, ob die da mit dabei sind. Wenn sie mit drin sind, dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da müssen Sie ein Land eingeben, oder nicht? Vielleicht wissen Sie das ja nicht. Das kann ja sein. Aber ich weiß es.

Zeuge R. U.: Nur als Beispiel: Eine E-Mail-Adresse - - kann ein Länderkennner dabei sein, muss aber nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es geht nicht um E-Mail. Facebook ist ja jetzt nicht E-Mail.

Zeuge R. U.: Ich weiß es bei Facebook nicht. Ich habe keinen Facebook-Account. Ich weiß es nicht, ob da jetzt ein „.com“ oder „.us“ oder irgendwas da mit dranhängt. Ich weiß es wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Sinne des Methodenschutzes will ich es nicht sagen; aber ich sage Ihnen: Ein Land muss man nicht eingeben.

Zeuge R. U.: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen kann man sagen: Land, also „Europa“, geben wir gar nicht ein. Sie müssen eine bestimmte Begrifflichkeit steuern, dann kriegen Sie die ganzen Daten, die jeden Tag - in Klammern: Safe Harbor - in die USA gepusht werden; die laufen dann durch Ihre Systeme durch. Und deswegen ist die Streckenauswahl, sozusagen Europa oder nicht Europa, natürlich nur partiell relevant, wenn man überlegt, dass eben ein Großteil dieser dann natürlich auch deutschen Facebook-Verkehre auf Strecken erfasst werden, wo Länder überhaupt gar keine Rolle spielen.

Zeuge R. U.: Aber dafür gibt es doch meiner Meinung nach eben genau die Selektorprüfung der US-Selektoren. Das muss ja dann sichergestellt sein, dass diese Selektoren eben nicht einem deutschen entsprechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stimme ich Ihnen zu. Aber wenn man 13 Millionen Selektoren steuert und die Hälfte davon nicht lesen kann, dann spricht vieles dafür, dass man Millionen von Selektoren steuert,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die alle möglichen Datenverkehre erfassen, die eben gegen diese deutschen Interessen verstoßen. Man hat halt eben in dubio pro Steuerung gemacht, und das hat auch was mit Streckenauswahl zu tun. Und wenn Sie sich diesen Bericht der Bundesdatenschutzbeauftragten mal angucken, da wird deutlich, wo das Problem liegt in dem „Abhören unter Freunden geht gar nicht“, warum der Satz nicht stimmte für den BND und für Bad Aibling. Und das hat eben auch was mit diesen sozusagen Streckenerfassungen zu tun, bei denen es nicht um Länder geht. Aber vielleicht müssen wir da tatsächlich noch mal jemanden befragen aus Ihrer Außenstelle, der das selbst täglich gemacht hat. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich eine Verständnisanfrage - sorry, dass ich das jetzt in die Länge ziehe -: Ist Ihnen im Untersuchungszeitraum bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst Facebook-Messenger, Facebook oder WhatsApp erkennen kann?

Zeuge R. U.: Damit würde ich jetzt die Fähigkeiten und Methoden des Bundesnachrichtendienstes öffentlich darlegen. Das glaube ich nicht, dass ich das darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder eben die Nichtfähigkeiten, nicht?

Zeuge R. U.: Oder die Nichtfähigkeiten, wie auch immer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würde mich ja freuen, wenn er es könnte. - Okay, gut. Ich hätte sonst keine Fragen mehr. - Ich sehe, andere auch nicht. Dann wären wir am Schluss der öffentlichen Vernehmung mit Ihnen, Herr R. U. Weil noch einige Fragen für nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung übrig geblieben sind, würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen R. U. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine, einstimmig. Damit ist das so beschlossen. - Herr R. U., wir würden Sie gleich dann noch mal in eingestufte Sitzung vernehmen. Ansonsten sind wir an dieser Stelle mit der öffentlichen Befragung zu Ende.

Ich würde einen zweiten Beschluss gerne vorschlagen, weil wir ihn dann hier auch treffen können. Das betrifft den Zeugen H. H. Auch an dieser Stelle würde ich beschließen lassen, dass der Zeuge H. H. dementsprechend in nichtöffentlicher Sitzung vernommen wird, und schlage folgenden Beschlussvorschlag vor:

Für die Vernehmung des Zeugen H. H. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch der Zeuge H. H. jetzt gleich in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung geladen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils. Ich bedanke mich bei der Öffentlichkeit, bei den Vertretern der Presse, denjenigen, die immer sorgsam und ausgiebig über diesen Untersuchungsausschuss berichten. Wir sind damit am Ende dieser Sitzung. Allen, die jetzt nicht mehr weiter an der Sitzung teilnehmen, einen schönen Abend noch. - Und wir ziehen jetzt um in den bekannten Sitzungssaal für die nichtöffentliche Sitzung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich: 19.06 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Streng Geheim)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung